

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Grund zur Euphorie?

Neulich verwickelten mich zwei Berliner Genossen in ein Gespräch. Beide sind langjährig organisiert und gehören heute der Linkspartei.PDS an. Sie offenbarten mir ihre Bauchschmerzen. Sorge um den Ausgang des Parteibildungsprozesses, der jetzt abrollt, treibt sie um. Sie wollen gewissermaßen dem Rad in die Speichen greifen, indem sie bei der innerparteilichen Abstimmung ihr Votum einbringen. Mit den „Eckpunkten“ laufe „die Karre gegen den Baum“, meinte Herbert. Das Papier habe mit Sozialismus oder Klassenpositionen nicht das geringste zu tun. Und er fügte hinzu: „Schon heute kann ich das Gefühl nicht loswerden, in einer völlig anderen Partei zu sein als in jener, in die ich vor 55 Jahren eingetreten bin.“ Helmut überlegte eine Weile, dann sagte er düster: „Manchmal erinnert mich alles an die Geschichte mit dem hölzernen Pferd, das die Trojaner stolz in ihre Stadt gezogen haben. Ist die Partei, mit der wir uns vereinigen sollen, vielleicht nicht eigens deshalb geschaffen worden, um auf diese Weise die alte PDS gänzlich loszuwerden?“

Die Bedenken der beiden Genossen wogen schwer. Ich selbst hatte die PDS Anfang 1992 verlassen, nachdem mir im Dezember 1989 auf dem „Sonderparteitag“ in der Berliner Dynamohalle zum ersten Mal die Berufung auf Eduard Bernstein begegnet war. Doch ich wollte nicht nur den negativen Aspekt in Betracht ziehen. So warf ich die Frage auf, ob die Formierung einer neuen gesamtdeutschen Linkspartei nicht auch etwas frischen Wind in das „politische Geschäft“ bringen könne. „Das ist nicht ausgeschlossen“, meinte Herbert, „aber nur unter bestimmten Voraussetzungen.“ Jetzt ging es um Inhalte. Am Ende stimmten wir darin überein, daß man an die Parteigründung trotz der Tatsache, daß der rechte Flügel der PDS-Führung das Schrittmaß der Vereinigung vorgibt, unbedingt sachlich und konstruktiv herangehen müsse, ohne in romantische Illusionen zu verfallen: „So viel ist klar: Der Zug soll nicht in Richtung Sozialismus fahren. Doch viel hängt von den Passagieren ab“, warf Helmut ein. „Ob sie überhaupt einsteigen und wohin sie wollen.“

Eine Partei links von der SPD, die das politische Vakuum auffüllt, das durch den massiven Rechtsruck unter Schröder, Müntefering und Beck – von den Steinbrücks und Steinmeiers ganz zu schweigen – entstanden ist, wäre dann von Vorteil, wenn sich die antikapitalistischen, prosozialistischen und zum Teil noch aus einer marxistischen Wurzel kommenden linken Gruppierungen mit einigem Gewicht einbringen könnten. Dabei meinen wir keineswegs nur uns ideologisch nahestehende Kreise wie die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum,

die durch den Führungskurs offensichtlich ausgehebelt werden sollen, sondern auch solche Sozialisten, die in dieser oder jener Frage nicht mit uns übereinstimmen. Wir ziehen die Tatsache in Betracht, daß die meisten PDS-Mitglieder in den letzten 17 Jahren – seit Gysis „drittem Weg“ – vom wissenschaftlichen Sozialismus nichts mehr gehört haben. Im Gegenteil. Ihnen wurde der durch Bernstein kreierte und in Bad Godesberg zur SPD-Fahne erklärte „demokratische Sozialismus“ schmackhaft gemacht, wobei man die Klassiker mit Vokabeln wie „unmodern“ oder „zeitgeistwidrig“ abzutun suchte. Auch die Diffamierung von „Anhängern der reinen Lehre“ als „Betonköpfe“ und die Einführung des antikommunistischen Kampfbegriffs „Stalinismus“ sind an den Genossen nicht spurlos vorübergegangen.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wenn die prosozialistischen Flügel von PDS und WASG im Verlauf der Orientierungssuche ihr Gewicht in die Waagschale werfen könnten, bestünde zwar noch kein Grund zu besonderer Euphorie, ergäbe sich aber die Chance einer Stärkung der Linken und der weiteren Zusammenführung antikapitalistischer Potenzen.

Bei aller Bereitschaft zu einer unvoreingenommenen Sicht auf den Parteibildungsprozeß dürfen wir uns den klaren Blick nicht trüben lassen. Fehleinschätzungen, Übertreibungen und subjektivistische Lagebeurteilungen würden unweigerlich zu späterer Enttäuschung führen. So, wie die Dinge liegen, hat die über den Apparat, die meisten Vorstände und die Mehrheit der Parlamentarier verfügende Parteirechte, in der notorische DDR-Hasser und andere Antikommunisten den Ton angeben, gegenwärtig trotz des Grollens an der Basis das Heft fest in der Hand. Sie will der PDS ihre an Bernstein und anderen Apologeten des Kapitals orientierten „Eckpunkte“ aufzwingen. Dieses Dokument aber ist nichts anderes als ein neues Godesberger Programm.

Gibt es also Grund zur Euphorie? Wohl kaum, denn die Vereinigung zweier Parteien ist kein Wert an sich. Allein die Inhalte entscheiden. „Als ich 1952 um Aufnahme in die SED bat, wollte ich einer marxistisch-leninistischen Partei angehören. Inzwischen befinde ich mich auf einer Scholle, die in Richtung Sozialdemokratie treibt. Ich werde das wohl nicht mehr lange mitmachen“, sagte Herbert. Auch Helmut teilte seine Einschätzung, nicht aber das Fazit des Freundes. „Ich will die Flinte nicht voreilig ins Korn werfen“, meinte er. Nachdenklich hörte ich mir die Meinungen beider Genossen an. Entscheidend ist, daß jeder auf seine Weise der Sache treu bleibt – wo auch immer, ging es mir durch den Kopf.

Klaus Steiniger



INHALT

Marburger Kapriolen	S. 2
Vor 90 Jahren: Lenins Aprilthesen	S. 3
Gelb wie Bernstein	S. 4
Ulbrichts „relativ selbständige Gesellschaftsformation“	S. 5
Klarsicht und Verschleiertes	S. 6
Was ist Recht? (Teil 2 und Schluß)	S. 7
Über Krupp und ähnliches Kruppzeug	S. 8
Steigbügelhalter und Herrenreiter	S. 9
Die Galgen von Tulle	S. 10
Alter antikommunistischer Adel	S. 11
Prof. Knigges	
„Weg der Menschenrechte“	S. 11
Unausstehbare Beweise	S. 12
Die „blaue Mauritius“	
der „falschen Deutschen“	S. 13
Börsengang der Bundesanstalt für Arbeit?	S. 14
Absurde Kontraste	S. 15
Dagmar Zieglers	
„Kindergesundheitsgipfel“	S. 16
■ Erfahrungen zweier Genossen, die der Sache treu geblieben sind	RF-Extra
Die Tat des Untersergeanten Maslow	S. 17
Als „Kongo-Müller“ stutzte	S. 17
Beitrag zum christlich-marxistischen Dialog	S. 18
Eva Ruppert: Im Rechtsstaat	S. 18
MIK – Chiffre für eine Mordmaschine	S. 19
Japan auf dem Weg zur militärischen Großmacht	S. 20
Der Fall Ehren Watada	S. 20
Der kleine rote Floh von Hoboken	S. 21
Faschisten im Europaparlament	S. 21
Der Kosovo-Coup	S. 22
Fontane: Trauerspiel von Afghanistan	S. 22
Wie Polens katholischer Klerus die Rolle der Frau pervertiert	S. 23
Belchite: Reise in eine gestorbene Stadt	S. 24
„Thomas Münzer“ und die Westberliner Tante	S. 25
Ein Niederländer von Format	S. 26
Nachhall einer Backpfeife	S. 27
Die Wolgograder Fischsuppe	S. 27
Als Archie noch an die DDR-Ostsee fuhr	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Impressum / Anzeigen	S. 32

Was hinter Gysis „modernem Sozialismus“ steckt

Marburger Kapriolen

Gregor Gysi machte Punkte, betrat mit einer neuen Idee – mit dem „modernen Sozialismus“ – den Ring, wodurch ihm natürlich die Herzen seiner Marburger Zuhörer zuflogen. Die Streiter für einen „unmodernen“, gar einen veralteten Sozialismus schlugen verschämte die Augen nieder. Auch Sozialisten wollen schließlich „modern“ sein. Gysi wurde bald konkreter: „All diese Forderungen haben mit einer Transformation dieser Gesellschaft [zum Sozialismus! W. R.] erst einmal nichts zu tun [!]. Damit erreichen wir bestenfalls ein Niveau an Regulierung und die Wiedereinbettung [ja, wie man sich bettet, so liegt man – W. R.] der Marktwirtschaft in die Gesellschaft wie in den siebziger oder achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts! Es handelt sich eigentlich um sozialdemokratische, nicht um sozialistische Politik. Aber diese Schritte [gemeint sind „Rückkehr in keynesianische Zeiten“, „Veräußerungen der Kapitalgesellschaften wieder besteuern“, „Energieversorgung wieder vergesellschaften“, „für ein sozial gestaltetes Europa“] sind notwendig, um überhaupt wieder politische und gesellschaftliche Gestaltungsmacht gegenüber den Kräften des Marktes zurückzugewinnen.“ Der Leser verzeihe dieses längere Zitat – es wäre kontraproduktiv, hier etwas aus dem Zusammenhang zu reißen. Die Ausführungen des G. G. befaßten sich in der Tat fast ausschließlich mit „diesen notwendigen Schritten“, nicht mit den „zukünftigen Alternativen jenseits dieser bestehenden Gesellschaftsordnung“, über die er uns im allerletzten Absatz seiner Rede mit einem Engels-Zitat weiterzuhelfen versuchte.

„Es geht also nicht einfach um Macht und Eigentum“, so G. G., „sondern um die Inhalte von Macht und Eigentum.“ Das riecht verdammt nach Tautologie, denn selbst den Erzkonservativen geht es – wenn sie nach ihrer parlamentarischen Karriere „in die Wirtschaft“ hinüberwechseln – natürlich nicht um die Verpackung, sondern um den Inhalt des Eigentums. Wo der Zuhörer auf frischen Wind durch einen „modernen Sozialismus“ gespannt war – denn der wurde ihm durch das Thema versprochen – stützte der Redner die Eigentumsfrage auf die „Kontrolle und Teilhabe der Anteilseigner an den Rentenfonds“ zusammen.

Auch einen kleinen historischen Exkurs konnte uns G. G. nicht vorenthalten: „Der Kapitalismus kam nicht zustande, weil die Leute beschlossen [kursiv G. G.] hatten, daß sie Kapitalismus machten“ – wozu dieser Hinweis? „Man kann entgegen früheren Hoffnungen nicht einfach etwas anderes [zum Beispiel den Sozialismus!] beschließen“, meinte der Referent. Ganz abgesehen davon, daß G. G. in der 11. Klasse der EOS einfach nicht aufgepaßt hat – der Kapitalismus wurde sehr wohl *beschlossen*, z. B. wurden im Sommer 1789 im Zuge der Großen Französischen Revolution nach heftigen Debatten die Menschenrechte beschlossen. Und damit auch gar kein Zweifel am kapitalistischen Charakter dieses Beschlusses aufkommen konnte, bestanden die Thermidorianer – nach den Orgien auf der Guillotine 1794 – darauf, die Unschlüssigkeiten von 1789 aufzuheben: Das „Menschenrecht auf Eigentum“ wurde nachgereicht, also beschlossen. Auf die deutsch-revanchistische Einführung eines „Menschenrechts auf Heimat“, kam man in Paris damals natürlich nicht. Die Abschaffung der feudalen Privilegien wurde beschlossen, auch die Enteignung der Kirchengüter, die völlige Neugliederung des bürgerlichen Nationalstaates durch Einführung der Departements. Tut mir leid: Grundkenntnisse sind nun einmal erforderlich.

Um das Maß vollzumachen, meinte G. G. auch noch: „Hoffnung heißt aber nicht, daß es im Hier und Jetzt nichts zu tun gibt. Letztlich geschieht nur das, was die Menschen zulassen, daß es geschieht“ (in der Endkonsequenz also das, was „die Leute beschließen“, wie G. G. sich zu äußern beliebte).

Zum Glück begnügte sich Gregor Gysi nicht mit theoretischen Allgemeinplätzen, sondern ging auch ins Detail: „Eine Überwindung dieser kapitalistischen Verhältnisse kann und muß in einer Demokratie enden und auf demokratischem Weg erfolgen, mit dem Risiko, auf demokratischem Weg auch wieder abgewählt zu werden.“ Herrliche Zeiten: Eine oder zwei Legislaturperioden wird auf „Sozialismus“ geschaltet, dann siegt der andere Block, weil er als Opposition sein „soziales Profil geschärft“ hat (wie das im Politikerjargon vor Wahlen immer so schön heißt). „Die Vorschläge der Sozialisten waren nicht gut genug“, resümierte G. G. – und wir haben den Kapitalismus wieder! Nun haben die Sozialisten genügend Muße, um über bessere „Vorschläge“ nachzudenken. So könnte man sogar das preußische Dreiklassenwahlrecht „wiederwählen“. Das wären wohlthuende Wahlwechselbäder – wie in den USA, wo mal die Demokraten, mal die Republikaner am Ruder sind –, für die wir uns als Fußvolk mit Handzetteln, Infoständen und Treppensteigen abstrampeln, um dann den nunmehr demokratischen Sozialismus in der demokratischen Kloake zu entsorgen.

Problematisch wird es, wenn da einmal die nötigen Mehrheiten fehlen, so daß sich die beiden „Blöcke“ für eine „große Koalition“ entscheiden müssen, so einen Sozialismus/Kapitalismus-Hybriden.

Auch dann ist der „moderne Sozialismus“ mit Sicherheit zwar demokratisch, dafür aber bis in alle Ewigkeit verendet: Die ALG-II-Empfänger verlassen die Aufsichtsräte, und die Ackermänner kehren auf ihre Chefsessel zurück. „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, und grün des Lebens goldener Baum“ könnte man diesen, nicht sonderlich leuchtenden Neo-Theoretikern mit Mephistopheles raten.

Nun, so übermäßig „modern“ sind diese „neuen“ Ideen von G. G. für einen „modernen Sozialismus“ allerdings nicht, eher Ladenhüter, ja Plagiate – klammheimlich ausgeliehen bei der FKP, den französischen Kommunisten. In deren Programm aus den neunziger Jahren „Le Socialisme à la française“, das George Marchais, in der „Humanité“ vorstellte, las man: „Wir werden uns nicht widersetzen, wenn wir (mitsamt unserem Sozialismus) eines Tages abgewählt werden.“ Hier herrscht also totale Übereinstimmung, fast im Wortlaut, da könnten Urheberrechte geltend gemacht werden.

Wir sind vom Ex-Parteivorsitzenden Gysi, vom Ex-Fraktionschef Gysi, vom Ex-Wirtschaftssenator Gysi gewohnt, daß er schon mal leichtfertig, ja hastig die Flinte ins Korn wirft. Aber mit uns den Sozialismus erringen zu wollen, was ja noch aussteht, und schon in den Startlöchern steckenzubleiben, ohne die Möglichkeit eines demokratischen Konsens' zur Konsolidierung dieses „modernen“ Sozialismus auch nur in Betracht zu ziehen, verbreitet nicht gerade Mut. Mit anderen Worten: jenen unumgänglichen Optimismus, den wir heute eigentlich bitter nötig hätten. Tröstlich bleibt Oskar. Sicher sind wir noch nicht am „Ende der Geschichte“ – auch danach fragte Gysi in Marburg – angelangt.

Walter Ruge

In herzlicher Verbundenheit
grüßen wir Genossin

Margot Honecker

die am **16. April** in Kuba ihren **80. Geburtstag** begeht. Engagierte „RotFuchs“-Leserin von Anfang an, ist die langjährige Volksbildungsministerin der DDR der Sache des Sozialismus treu geblieben. Das äußert sich heute ganz besonders in ihrer solidarischen Haltung gegenüber der kubanischen Revolution, ihren Genossen in Chile und allen fortschrittlichen Kräften Lateinamerikas. Die Entwicklungen in der BRD verfolgt Margot Honecker mit Sorge. Förderverein und Redaktion haben der Jubilarin ein Glückwunschsreiben übersandt.

Am **27. April** um **18 Uhr** spricht die Abgeordnete des Europaparlaments und kommunistische Politikerin **Sahra Wagenknecht** in **Güstrow**, Sonnenplatz 1 (Bürgerhaus), auf einer Veranstaltung der dortigen Regionalgruppe über das Thema:

Wie links ist die künftige Partei „Die Linke“?

Ein genialer Plan für die proletarische Revolution

Vor 90 Jahren: Lenins Aprilthesen

In diesem Jahr begehen die dem wissenschaftlichen Sozialismus treu gebliebenen Kräfte in der Welt den 90. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Auch wenn die unter ihrem Einfluß entstandene revolutionäre Weltbewegung in Europa vorerst eine Niederlage erlitten hat, bleiben die Erfahrungen der russischen Kommunisten beim Heranführen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten an die Macht von grundsätzlicher Bedeutung.

Besonders wichtig sind die von W. I. Lenin ausgearbeiteten Thesen „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“ (LW 24/3), die der Führer der Bolschewiki unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Schweizer Emigration am 4. (17.) April 1917 in Petrograd der Partei unterbreitete. Mit den Aprilthesen, wie sie bald genannt wurden, stimmte Lenin seine Genossen auf die Fortsetzung jenes gesellschaftlichen Umwandlungsprozesses ein, der im Februar 1917 zum Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution geführt hatte. Nun ging es um die Überleitung dieser in die sozialistische Revolution. Die zaristische Selbstherrschaft war beseitigt, die Bourgeoisie in Gestalt der Provisorischen Regierung Kerenskis an die Macht gelangt. Doch auch eine parallele Regierung hatte sich herausgebildet: Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten verkörperten die Macht und den Willen des revolutionären Volkes. So war eine Art Doppelherrschaft entstanden, eine in der Geschichte bis dahin noch nie dagewesene Konstellation, die keinen dauerhaften Bestand haben konnte. Nach Ansicht Lenins mußte die Machtfrage zugunsten der Arbeiter- und Soldatenräte entschieden werden. „Man sucht mit Phrasen loszukommen, hüllt sich in Schweigen, macht Ausflüchte, beglückwünscht einander tausendmal zur Revolution“, schrieb Lenin in seinem Artikel „Über die Doppelherrschaft“, „und will nicht darüber nachdenken, was denn die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sind ... Diese Macht ist eine Macht von demselben Typus, wie es die Pariser Kommune von 1871 war“. (LW 24/21) Lenin besaß ein klares Konzept, wie unter den Bedingungen, die die Februarrevolution geschaffen hatte, die Machtfrage zugunsten des Volkes zu lösen war, wie der Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution vollzogen werden konnte.

Die Aprilthesen waren von der Überzeugung Lenins durchdrungen, daß die proletarische Bewegung eine revolutionäre Vorhutpartei benötigt, die sich auf die Arbeiterklasse orientiert und den Mut zur Machteroberung aufbringt. „Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt“, bemerkte er, „daß eine Partei im allgemeinen und die Partei der fortgeschrittenen Klasse im besonderen keine Existenzberechtigung hätte ..., wenn sie, ist einmal



die Möglichkeit der Machtergreifung gegeben, auf die Macht verzichten wollte.“ (LW 26/72 f.) Lenin sah die Aufgabe der Partei darin, die für den Sieg der Revolution notwendige Bewußtheit und Organisiertheit des Proletariats und seiner Verbündeten zu entwickeln, die Massen von der Verlogenheit der konterrevolutionären Kräfte und von der Ehrlichkeit der bolschewistischen Politik zu überzeugen. Die Aprilthesen enthielten konkrete Forderungen: Beendigung des mörderischen Krieges, demokratischer Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, Nationalisierung von Grund und Boden, Enteignung der Großgrundbesitzer und Monopolisten, Übergabe des Landes an den einfachen Bauern, Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte. Es waren allgemeindemokratische Forderungen, die die Werktätigen an die sozialistische Revolution heranführten, die dann im Oktober 1917 ihren Anfang nahm.

Knapp dreißig Jahre später, 1945/46, wenigleich unter völlig anderen historischen Bedingungen, standen KPD und SED vor einer Situation, die im Leninschen Sinne gemeistert werden mußte. Der faschistische Staat war militärisch zerschlagen. Große Teile Deutschlands lagen in Schutt und Asche. Die Mehrheit des Volkes sah keinen Ausweg aus der katastrophalen Lage. Viele Menschen standen noch unter dem Einfluß der Nazi-Ideologie. Doch die Niederlage Hitlerdeutschlands eröffnete neue Möglichkeiten. Die sowjetische Besatzungsmacht und deutsche demokratische Kräfte hatten die Verantwortung für die Normalisierung des Lebens übernommen. Es mußten Garantien dafür geschaffen werden, die eine Wiederholung des Geschehenen ausschlossen. Die logische Konsequenz war die Orientierung auf den freiwilligen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien zur SED. Es ging zunächst um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung.

Später, wenn die Voraussetzungen dafür herangereift sein würden, sollte die nächste Etappe in Angriff genommen werden: die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Zunächst jedoch mußten allgemeindemokratische Aufgaben gelöst werden. Auf der Tagesordnung standen eine Bodenreform, die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, die Umgestaltung der Justiz und des Schulwesens. Auf diesem Wege konnten große Teile des Volkes für die Politik der SED gewonnen und Schritt für Schritt an den Gedanken des Sozialismus herangeführt werden.

Die Richtigkeit seines planmäßigen Aufbaus, der bei einem vielleicht voreilig unterstellten entsprechenden Bewußtsein der Werktätigen von der II. Parteikonferenz der SED 1952 beschlossen wurde, wird heute auch durch manche linken Historiker in Zweifel gezogen. Sie meinen, diese Entscheidung sei zu früh getroffen worden. Im Sinne Lenins hätte man den zweiten Schritt erst dann tun sollen, wenn die Möglichkeiten des ersten voll ausgeschöpft gewesen seien.

Je nach den nationalen Bedingungen kann dieser Übergang unterschiedliche Fristen beanspruchen. Im Rußland des Jahres 1917 vollzog er sich in relativ kurzer Zeit, während die durch den Krieg unterbrochene Schaffung der Grundlagen des Sozialismus Jahrzehnte in Anspruch nahm. In der DDR, wo es keine „klassische“ revolutionäre Situation wie im Land der Oktoberrevolution gab, hätte er eine längere Periode ausfüllen müssen. Die imperialistisch-faschistische Ideologie, Antikommunismus, Antisowjetismus und nationalistische Überheblichkeit waren auch sieben Jahre nach Kriegsende noch nicht überwunden. Hinzu kam, daß sich Hitler als Verfechter eines „nationalen Sozialismus“ ausgegeben hatte, was zusätzlich für Verwirrung sorgte.

Wenn nach 1945 von Kurt Schumacher, dem Vorsitzenden der West-SPD, ebenfalls der Sozialismus – sogar als Tagesaufgabe – propagiert wurde, dann war dies ein demagogischer Schachzug, um die Massen irrezuführen. Von einer Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und der Entmachtung des Monopolkapitals war keine Rede. Schon bald erfolgte die Restauration der imperialistischen Ordnung. Wieder einmal hatte die SPD das Volk belogen.

In den darauffolgenden Jahrzehnten aber wurden in der DDR tatsächlich Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft zur gesellschaftlichen Realität. Diesen ins Stocken geratenen Prozeß beendete 1989/90 die Konterrevolution. Wir sind keine Tagträumer. Deshalb wissen wir, daß sich eine neue Chance für den Sozialismus in Deutschland so schnell nicht wieder auftun wird. Lenins Aprilthesen haben dennoch ihren Wert nicht verloren. Sie bleiben ein Kompaß für den revolutionären Kampf.

Dr. Rudolf Dix

Zurück zu Bernstein? Die kürzlich unter diesem Titel erschienene Betrachtung weist ihren Autor, Ehrenfried Pößneck aus Dresden, als profunden Kenner der Materie aus. Sein Thema ist nach wie vor brandaktuell – berufen sich doch besonders Politiker der Linkspartei, allen voran Gregor Gysi, seit den PDS-Parteitag von 1990 immer wieder gerade auch auf Bernstein. Pößneck differenziert: Eduard Bernstein, einst Mitglied der I. Internationale, trug in den Jahren bis 1891, bis zu dem von ihm mitverfaßten Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie, durchaus zur Verbreitung des Marxismus bei. Nach dem Tode von Friedrich Engels aber verlangte er von der SPD, „sich vom Gedanken an die proletarische Revolution zu lösen und als legale demokratisch-so-

bestimmte seiner Erscheinungsformen. Während Liebknecht und Luxemburg den engen Zusammenhang von Militarismus und Imperialismus enthüllten, begrüßte er den Militarismus als „Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit“.

Wohin Bernsteins Revisionismus in der praktischen Politik führte, zeigte sich zugespitzt während des 1. Weltkriegs und der Novemberrevolution. Pößneck: „Vom einzelnen Proletarier verlangte er nichts anderes als der Kaiser: als Soldat Menschenleben zu vernichten sowie sein eigenes Leben aufs Spiel zu setzen.“ Bernstein folgte der „Grundidee des Opportunismus im Kriege“ – so nannte Lenin die Verklärung der imperialistischen Politik als „Vaterlandsverteidigung“.

Ein Revisionist, der als Vorvater heutiger Sozialisten ausgegeben wird Gelb wie Bernstein

zialistische Reformpartei zu wirken“. Man solle Verbesserungen der Lage der Arbeiter nicht von einer „utopischen“ sozialistischen Zukunftsgesellschaft erwarten, sondern durch Aufsicht des Staates über das Wirtschaftsleben stückweise den Sozialismus verwirklichen. Eine proletarische Revolution wäre eine Katastrophe. Da die Arbeiterklasse zur Übernahme der Macht nicht reif sei, müsse die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien Regierungskoalitionen bilden und außerparlamentarische Kämpfe einschränken. Bernstein wurde zum Stammvater des Revisionismus. Er wollte den wissenschaftlichen Sozialismus „revidieren“, genauer: durch die bürgerliche Ideologie ersetzen. In der Politik leugnete er den Klassenkampf und erhob den bürgerlichen Staat zu jenem Instrument, mit welchem man friedlich zum Sozialismus kommen werde.

Pößneck konzentriert sich in seiner Arbeit auf die Problematik Krieg und Frieden. Er verweist auf Bernsteins Rechtfertigung deutscher Kolonialpolitik: Expansionismus gehöre zu einer gesunden Volkswirtschaft; er helfe, den Kolonialvölkern die „höhere Kultur“ der Europäer zu vermitteln. Die Arbeiter hätten ein direktes Interesse an der dadurch bewirkten Ausdehnung der Märkte. Als die kaiserliche Kriegsmarine in Kiautschou landete, applaudierte er, da China so „kein Raub anderer Nationen“ werden könne. Die dort stationierte „Schutztruppe“ beteiligte sich an Strafexpeditionen, gegen chinesische Bauern und an der Niederwerfung des „Boxeraufstandes“, Bernstein aber verteidigte das „Recht auf Okkupation“. Bernsteins Äußerungen zum Militarismus sind widersprüchlich. Er verwarf ihn nie grundsätzlich, sondern immer nur

Zweimal stimmte er für die Kriegskredite, zweimal verzichtete er auf die Stimmabgabe, im Dezember 1915 und im März 1916 stimmte er dagegen und zwar wegen der inzwischen erreichten „günstigeren Kriegslage“. Im April 1917 kam es zur Gründung der USPD; Bernstein gehörte ihr bis zur Wiedervereinigung ihrer Minderheit mit der SPD 1922 an. 1917 begann er, gegen den deutschen Militarismus zu wettern, ohne allerdings die Losung der „Landesverteidigung“ aufzugeben.

Im August kam es zum Matrosenaufstand mit der Forderung, den Krieg zu beenden. Als die Militärjustiz dann Albin Köbis und Max Reichpietsch ermorden ließ, äußerten die USPD-Reichstagsabgeordneten ihr „Bedauern“, distanzierten sich jedoch von ihnen.

Am 7. Oktober 1918 beschlossen die Spartakusgruppe und die Linksradikalen Deutschlands ihr antimilitaristisches Programm der Volksrevolution. Als die SPD am 22. Oktober in die Regierung eintrat, um einer solchen Revolution zuvorzukommen und damit den Machterhalt des Kapitals zu sichern, begrüßte Bernstein diesen Schritt. Er nahm sogar an den Verhandlungen zur Regierungsbildung teil. Folgerichtig waren die Revolutionäre für ihn „Staatsverbrecher“ und Liebknecht der „Hauptschuldige“, der das Unternehmen „gewissenlos“ mit Gleichgesinnten ins Werk setzte. Den Überfall des konterrevolutionären Militärs auf die Volksmarinedivision nannte er „Pflichterfüllung“. Als Noske am 6. Januar seine Ernennung zum Befehlshaber der Truppen mit den Worten quittierte „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden“, war Bernstein zugegen und zeigte sein Verständnis.

All das läßt keinen Zweifel daran, auf wessen Seite dieser Mann stand. Er ver-

urteilte die Revolution als „Versuch eines Gewaltaktes, den ... mit Gewaltmitteln niederzuschlagen ... Pflicht der Regierung war“. Schuld an den Opfern waren für ihn „die deutschen Kommunisten und die russischen Bolschewisten“. Er verteidigte sogar die Ermordung Liebknechts als durchaus vom Dienstreglement des Heeres gedeckt. Die Oktoberrevolution verunglimpfte er als Willkürakt, um mittels der Diktatur einer Partei und des Terrors Rußland in eine sozialistische Gesellschaft zu überführen. Er bejahte die Besetzung des Baltikums durch deutsche Truppen, um den „Widerstand gegen anprallende bolschewistische Regimenter“ zu verstärken. Später behauptete er sogar eine „Wesensverwandtschaft“ von Bolschewiki und Faschisten und wurde damit zu einem der Väter der Totalitarismuskonzeption. Die Sozialdemokratie orientierte er auf den sogenannten Dritten Weg zwischen „bolschewistischer Diktatur“ und kapitalistischer Sklaverei – eben das, was seither als „demokratischer Sozialismus“ propagiert wird. Bernsteins Grundanliegen blieb, die „angeblich in den Sozialismus hineinwachsende moderne bürgerliche Gesellschaft durch Reformen vor einer proletarischen Revolution zu bewahren“.

Viele seiner Schandtaten suchte Bernstein mit Marx-Zitaten zu verschleiern. Es ist Rosa Luxemburgs Verdienst, diese Demagogie immer wieder entlarvt und das Wesen des Revisionismus enthüllt zu haben. Bernsteins Formel, das Ziel des Sozialismus sei nichts, die Bewegung alles, setzte sie kühn entgegen: „Ich behaupte ..., daß für uns als revolutionäre proletarische Partei keine praktischere Frage existiert als die vom Endziel ... Nur das Endziel ist es, welches den Geist und Inhalt unseres sozialistischen Kampfes ausmacht, ihn zum Klassenkampf macht ... Und zwar müssen wir unter Endziel das verstehen, was unserer Zukunftsgesellschaft vorangehen muß, nämlich die Eroberung der politischen Macht“ (GW I/1, S. 236 f.).

Wenn man das liest, muß man es wohl als besonders pikant empfinden, wenn jetzige Linkspartei-Strategen wie Gysi und Bisky immer noch versuchen, sich sowohl auf Bernstein als auch auf seine erbitterteste Gegnerin Rosa Luxemburg zu berufen. Ehrenfried Pößneck versteht die heutige Sozialdemokratie – mit ihrer bereits bewiesenen Fähigkeit, als Regierungspartei das deutsche Volk in imperialistische Kriege zu stürzen – „als ein „Produkt der Entwicklung, in welcher der Bernsteinische Revisionismus einen Markstein bildet“, allerdings nunmehr unter Bedingungen, da das militärische Potential zur Vernichtung der gesamten Menschheit ausreicht. Jeder Satz in der Schrift von Pößneck ist eine Warnung davor, den Bernsteins von heute zu folgen!

Dr. Ernst Heinz

Ehrenfried Pößneck: Zurück zu Bernstein? Eine Betrachtung seiner friedenspolitischen Ansichten. Selbstverlag. Dresden 2007. 165 Seiten

Man hätte auf Walter Ulbrichts Sozialismus-Definition hören sollen Die „relativ selbständige Gesellschaftsformation“

Zu dem Artikel Wolfgang Mäders „Fragen der Übergangsperiode“ (RF, Januar 2007) möchte ich einige Bemerkungen machen.

Aus heutiger Sicht stimme ich dem Autor zu, daß wir uns tatsächlich noch in der Übergangsperiode befanden. Zumindest in Ansätzen brachte das Walter Ulbricht mit seiner Überlegung zum Ausdruck, daß der Sozialismus eine lange währende, relativ selbständige Gesellschaftsformation sei. „Übergangsperiode“ zu formulieren verbot sich nicht nur wegen der jahrzehntelangen positiv besetzten Erörterung dieser Entwicklungsphase in der internationalen Arbeiterbewegung, sondern auch wegen der heftigen Kritik selbst an der den Realitäten angemesseneren Formulierung „relativ selbständige Formation“.

Bekanntlich korrigierte die SED diesen Ansatz, und nun galt das Wort des Genossen Honecker, daß er selbst noch im Kommunismus leben werde. Diese Umorientierung hatte selbstverständlich erhebliche Auswirkungen auf Theorie und Praxis. Während in den 50er und 60er Jahren im wesentlichen sachliche Analysen und realistische Ziele bestimmend waren, setzten sich vor allem in den 80er Jahren Wunschvorstellungen und unklare Zukunftsvisionen durch, die nicht zuletzt die Analyse des erreichten Bewußtseinsstandes betrafen. Ich erinnere mich an die Empörung einiger Genossen, als ich in einer Vorlesung an der Bezirkspartei- und Parteischule forderte, die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten hier und heute in den Mittelpunkt zu stellen, statt einer fernen Zukunft wegen „kommunistische Erziehung“ als Losung zu wählen. „Aber unsere Kinder werden doch im Kommunismus leben, wenn schon Genosse Honecker ...“ wurde eingewendet.

Eng verbunden mit dem hier Genannten ist das Ignorieren der Hinweise der Klassiker, daß sich das neue Denken erst allgemein durchsetzen wird, wenn nicht nur die alten gesellschaftlichen Verhältnisse überwunden sind, sondern auch die Erinnerung an diese verschwunden ist. Dies konnte schon deshalb nicht geschehen, weil eben in der Übergangsperiode nicht nur materielle, sondern auch ideelle Elemente des Alten im Massenumfang weiter bestanden. Zweifellos wurde die falsche Sicht beeinflusst, weil sich tatsächlich (!!) ganz beträchtliche Veränderungen im Denken und Handeln vieler aktiv am Aufbau beteiligter Menschen vollzogen hatten.

Die Mehrheit folgt immer einer aktiven Minderheit, so lange diese sich ihrer Rolle bewußt bleibt. Ich habe in meiner persönlichen Entwicklung die anspornende Wirkung solcher Brigaden wie „Franz Franik“ im Bergbau und „Nikolai Mamai“ in Bitterfeld sowie bei der Formierung von Studentenkollektiven an der Universität erlebt. Erst als in den achtziger Jahren die Kluft zwischen dem Anspruch der Partei- und Staatsführung und der Realität immer größer wurde, funktionierte der normale Kreislauf zwischen Aktiven und Zögernden nicht mehr. Nun gewannen sozialismusfremde und feindliche Gedanken die Oberhand, was schließlich in konterrevolutionärem Handeln mündete. Die im kalten Krieg auf militärischem, ökonomischem, politischem und geistigem Gebiet geführte Aggression des „Westens“ gegen den „Osten“ fand in der DDR eine besondere Zuspitzung. Täglich drang eine Flut von bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologie – meist „gefällig“ verpackt – über verwandtschaftliche oder bekanntschaftliche Beziehungen, über die westlichen Medien und auch durch wissenschaftliche oder künstlerische Kontakte auf die Menschen in der DDR ein. Ein Heer von Experten im Dienste der Bourgeoisie erarbeitete Strategien der psychologischen Beeinflussung, zugeschnitten auf bestimmte Bevölkerungsgruppen der DDR, teilweise sogar auf einzelne Personen. Als politischer Funktionär im Gesundheitswesen habe ich selbst erlebt, wie man langfristig bemüht war, bestimmte Fachärzte für konkrete Aufgaben in Westberliner Einrichtungen abzuwerben. „Ihr geht doch nur von Deutschland nach Deutschland“, wurde diesen eingeredet.

Wir wirkten dieser Form der Aggression mit einer beispielhaften Bildungs-

Sozial- und Gesundheitspolitik sowie hervorragenden Werken der Kunst und Literatur, großartigen Theaterinszenierungen und niveauvollen Filmen und Fernsehbeiträgen entgegen. Es gelang, die positive Haltung zum Friedenskampf, zum Antifaschismus und zur internationalen Solidarität zu stärken. Mir scheint allerdings, daß der offensive Kampf gegen die imperialistische Ideologie sträflich vernachlässigt wurde. Selbst nicht wenige Genossen empfanden Karl Eduard von Schnitzlers „Schwarzen Kanal“, der beim Klassenfeind Wutausbrüche hervorrief, als überspitzt, so daß sie ihn ablehnten. Als dann noch das Klassenwesen der friedlichen Koexistenz zugunsten eines Geschwafels von allgemeinen Menschheitsinteressen aufgegeben und die Mär vom „friedensfähigen Imperialismus“ verbreitet wurden, verstanden die kalten Krieger das als Einladung zum Sturmangriff. Wir wissen heute, wie sich in Jugoslawien, der Ukraine und Belarus das Zusammenwirken von angeblichen Verbesserern des Sozialismus, „Menschenrechtlern“ und der CIA unter versteckter oder offener Beteiligung westlicher Botschaften und Politiker vollzog. Einem Witz zufolge gibt es in den USA deshalb keine solchen Putsche, weil dort keine US-Botschaft existiert.

Die gründliche Erforschung des Wirkens all dieser Mechanismen bei der Liquidierung der DDR steht noch aus. Die beispiellose Diffamierung unserer Staatssicherheit sowie die ständigen Entschuldigungsarien führender PDS-Politiker verhinderten bisher eine sachliche Untersuchung des Zusammenhangs von eigenen Fehlern, Aktionen der als Bürgerrechtler getarnten Konterrevolutionäre und westlichen Geheimdiensten. Ob mit dem „Sturm auf die Stasizentrale“ oder erst durch

das Wirken von Gauck und Birtcher Unterlagen zu dieser Thematik verschwunden sind, wird sich erst in Zukunft herausstellen. Bekannt ist indes, welche Rolle Mitarbeiter der Ständigen Vertretung Bonns bei der Organisation des „Künstlerprotests“ gegen die Biermann-Ausbürgerung und bei der Vorbereitung der Demonstration am 4. November 1989 gespielt haben. Zweifellos bedarf es weiterer Überlegungen. Aber 17 Jahre nach unserer Niederlage brauchen wir eine freimütige, ehrliche und unvoreingenommene Aussprache über diese Probleme.



Er sagt, daß er rauskommen möchte, wenn wir aus der EU austreten ...
Aus: „Proletären“, Göteborg

Dr. sc. Fritz Welsch

Die „politische Klasse“ der BRD ist vom Klassenhaß beseelt Klarsicht und Verschleyertes

Zu den glanzvollen Attributen, mit denen die sogenannte freiheitlich-demokratische Grundordnung hierzulande von ihren Protagonisten geschmückt wird, gehört bekanntlich das Recht auf Meinungsfreiheit. Das gilt als heilig. Unsere Patentdemokraten sträuben sich gegen die minimalste Einschränkung dieses „hohen Gutes“. Das gilt sogar dann, wenn von dieser Meinungsfreiheit in einer Weise Gebrauch gemacht wird, die sogar ihren Hütern peinlich ist – wegen des negativen Widerhalls im Ausland. Ein Beispiel dafür: Da roten sich Ewiggestrige samt ihrem Pimpfennachwuchs zusammen, um ihre braune Gesinnung mit Transparenten zu bekunden, auf denen steht: „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“ Versuche kommunaler Instanzen (Stadtparlamente oder Bürgermeister), dem faschistischen Treiben durch Verbote einen Riegel vorzuschieben, scheitern regelmäßig an der „unabhängigen“ bundesdeutschen Justiz: Per Richterspruch wird den Neonazis „die Straße frei“ gegeben und „Meinungsfreiheit“ eingeräumt. Denn diese, so die blauäugige Begründung, sei unantastbar. Kein Richter stößt sich daran, daß die SS per Völkerrecht geächtet wurde – sie ist 1946 im Nürnberger Prozeß offiziell als „verbrecherische Organisation“ eingestuft worden. Daß es inzwischen bundesdeutsche Praxis wurde, die nachgewachsenen Huldiger dieser kriminellen Vereinigung als Nutznießer der Meinungsfreiheit gewähren zu lassen, erklärt sich nur aus einem Umstand: Die Träger der Nazi-Ideologie waren und sind alles andere als antikapitalistisch!

Dort jedoch, wo sich gegen das Kapital gerichtete Positionen deutlich artikulieren und positive Resonanz finden, ersetzen seine vorgeblichen Hüter das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung durch den politischen Maulkorb, liefert seine Ausübung den Anlaß zu haßerfüllten Racheorgien. Exemplarisch dafür ist der „Fall“ Christian Klar, dessen Handhabung durch die Herrschenden verrät, wie weit die Faschisierung in der BRD bereits vorangeschritten ist.

Da sitzt ein Mann seit 24 Jahren hinter Gittern, bestraft wegen seiner Teilnahme am bewaffneten Kampf der damaligen „Roten-Armee-Fraktion“ (RAF) gegen das bestehende System. Augenscheinlich hat Klar verstanden, daß die seinerzeitigen Methoden der RAF verfehlt und in ihren politischen Auswirkungen kontraproduktiv waren. Seiner Grundüberzeugung als Gegner des Kapitalismus ist er indes treu ge-

blieben. In einer Mitte Januar an die Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung „junge Welt“ gerichteten Botschaft ließ er keinen Zweifel daran, daß er in der Überwindung der Ausbeuterherrschaft die Voraussetzung dafür sieht, „die Tür für eine andere Zukunft“ zu öffnen. Eine Vorstellung, die Millionen – auch die Macher und Leser des „RotFuchs“ – mit ihm teilen. Sein kurzes Grußwort, in einer Sprache verfaßt, die literarischem Anspruch genügt, rief Neider auf den Plan, die sich selbst kaum anders als in amerikanisiertem Kauderwelsch ausdrücken können und nun an Klars Stil und Sicht Anstoß nehmen. Geradezu hysterisch sind die vom Klassenhaß durchtränkten Ausfälle seiner und unserer Gegner. Parteiführer und Medien der Bourgeoisie überschla-

Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine Vernichtung, nicht um Vertuschung der Klassegegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um die Gründung einer neuen. (Marx/Engels, Werke 7/248)

gen sich in Forderungen, dem politischen Gefangenen Klar in Bruchsal das Sozialist-Sein, wenn man es ihm schon nicht austreiben kann, auf schikanöseste Weise zu vergelten. Und sie sehen Möglichkeiten dazu: Gesetzlich vorgesehene und in

Erwägung gezogene Hafterleichterungen wurden, nicht zuletzt unter dem Druck einer zügellosen Lügenkampagne, vom „liberalen“ (!) baden-württembergischen Justizminister verhindert. Und unisono übt das rechtskonservative Lager massiven Druck auf den zu ihm gehörenden Bundespräsidenten aus, Klars Gnadensuch auf keinen Fall stattzugeben.

Doch da sind auch Stimmen der Vernunft vernehmbar. Hut ab vor dem Intendanten des Berliner Ensembles Claus Peymann, der sich nicht nur hinter Klars im Brief an die „jW“ geäußerte Ansichten stellte, sondern ihm auch noch einen Arbeitsplatz anbot. Der bekannte Theatermann nannte das kapitalistische System „bis ins Mark faul“. Angesichts der inquisitorischen Atmosphäre sind Mut und Charakterstärke zu einer solchen Parteinahme vonnöten. Peymann hat beides bewiesen. Welche namhaften Intellektuellen hierzulande lassen ein gleiches Maß an Courage erkennen?

Wenig ist von dieser bei bestimmten Prominenten der Linkspartei.PDS zu spüren, soweit sie sich bislang überhaupt vernehmen ließen. Selbst wenn sie sich für Hafterleichterungen und Klars Begnadigung verwenden – ohne ein „Nachtreten“ in Sachen RAF kommt keiner von ihnen aus. Und wenn die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann glaubt, sich von Klar dadurch distanzieren zu müssen, daß sie seinen Standpunkt als „verstaubt“ denunziert, dann ist das ebenso niederträchtig wie aufschlußreich. Denn Christian Klar fordert in seiner Adresse lediglich, daß die „geschichtlich dafür reife Welt“ durch die Niederlage des Kapitals die Voraussetzungen schafft, damit „die künftig Neugeborenen in ein Leben treten können, das die volle Förderung aller ihrer menschlichen Potentiale bereithalten kann“. Worte, die mit den Kernsätzen des kommunistischen Manifests übereinstimmen. Wer sie, wie die Linkspartei-Parlamentarierin Enkelmann, als verstaubt empfindet, läßt damit nur erkennen, was von jenem Bestandteil des „strategischen Dreiecks“ der PDS-Führung zu halten ist, in dem nebulös ein „Hinausgehen über den Kapitalismus“ in Aussicht gestellt wird. Augenscheinlich handelt es sich dabei um ein zur Beschwichtigung der Parteibasis bestimmtes Wortgeklingel, dem nichts an Taten folgen soll, weil mit dem Kapitalismus auch die Pfründe jener vom ihm großzügig alimentierten Berufspolitiker wegfallen würden.

Wolfgang Clausner



Warum es keine unparteiischen Gesetze und keine „parteilosen“ Richter gibt Was ist Recht? (2 und schluß)

Das Recht, gemeint ist hier zunächst das sogenannte objektive Recht im Unterschied zum subjektiven Recht, zu den Rechtsansprüchen von Personen und Firmen, tritt als eine Gesamtheit von Regeln, von Normen auf; man kann es auch als Zusammenfassung von „Spielregeln“ bezeichnen.

Wo kommen diese Regeln her? Wer legt sie fest? Worin haben sie ihren Grund?

Im Alltag erleben wir, daß die Gesetze vom Bundestag – in einigen Fällen notwendigerweise mit Zustimmung des Bundesrates – erlassen werden. Bekannt ist auch, daß sie fast sämtlich von den Beamten der Ministerien vorbereitet und als Entwürfe der Regierung eingebracht werden.

Aber wie kommen die Ministerialbeamten bzw. die Politiker, die ihnen entsprechen die Vorgaben erteilen, dazu, gerade solche Gesetze auszuarbeiten und nicht andere? Es ist nicht schwer zu erkennen, daß dahinter Interessen stehen. Nicht erst seit Schröder, dem „Genossen der Bosse“, und Merkel kann an den bundesdeutschen Gesetzen abgelesen werden, daß sie überwiegend im Interesse „der Wirtschaft“, also der Kapitalisten ergehen.

Hinzu kommt das Wirken der Lobby, durch die schon im Vorfeld der Gesetzesmacherei auf betreffende Regierungsmitglieder, auf Abgeordnete, nicht nur solche, die in den Aufsichtsräten der großen Monopole sitzen, und auf Ministerialbeamte Einfluß genommen wird – von der öffentlichen politischen Schelte jeder sozialen Regung oder von Drohungen der ökonomisch Mächtigen ganz abgesehen.

Auch darf die in aller Regel straflos bleibende Korruption nicht vergessen werden, von der schon vor Jahrzehnten gesagt wurde, daß sie ein „aufstrebender Wirtschaftszweig“ sei.

Den erlassenen Gesetzen liegt ein Konzept zugrunde, das einen politischen Willen ausdrückt.

Wäre es deshalb richtig, nur davon zu sprechen, daß das Recht der zum Gesetz erhobene Wille der Regierung ist, die die Interessen der Kapitalisten, der großen Monopole als deren „geschäftsführender Ausschuß“ vertritt?

Bei dieser Aussage stehenzubleiben, wäre gefährlich. Es würde dann nämlich eine voluntaristische, subjektivistische Auffassung vom Recht zur Geltung kommen. Marx und Engels als historische Materialisten blieben nicht bei dem Willen der herrschenden Klasse stehen, sondern fragten nach dessen Inhalt. Dieser ist in den materiellen Lebensbedingungen der Klasse gegeben.

So kommt Marx zu dem Schluß, „daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes,

sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln“. (MEW 13/8) Und im gleichen Sinne kennzeichnen Marx und Engels im Kommunistischen Manifest die moderne Staatsgewalt als einen „Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet“. (MEW 4/464)

Und weiter: Die Gesetze sind nur „die ideell ausgedrückten Existenzbedingungen der herrschenden Klasse ...“, die von ihren Ideologen ... theoretisch verselbständigt werden“. (MEW 3/405)

Aus diesen Erkenntnissen folgt, daß unter gegebenen Produktions- und Gesellschaftsverhältnissen nicht beliebige Gesetze erlassen werden können. Solange diese bestehen, muß ihnen das Recht notwendigerweise entsprechen.

Das bedeutet nicht, daß unter den derzeitigen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen nicht auch andere Gesetze erlassen werden könnten als jene, welche der Bundestag – über sechs Jahrzehnte – im Interesse der Kapitalisten beschloß.

Bekanntlich sieht das Grundgesetz in den Artikeln 14 und 15 durchaus – unter gewissen Voraussetzungen – auch Sozialisierungsmaßnahmen vor. Daß von diesen Möglichkeiten des Grundgesetzes praktisch niemals Gebrauch gemacht wurde, zeigt, welche politischen Kräfte in Regierung und Parlament in wessen Interesse bestimmend waren und sind.

Es offenbart aber auch, daß die Öffentlichkeit der BRD – eingeschlossen außerparlamentarische Bewegungen – nicht stark genug war und ist, Gesetze zu verlangen und deren Durchsetzung zu erreichen, die den Interessen der, sozial-ökonomisch betrachtet, Eigentumslosen entsprechen, welche über nichts anderes verfügen als ihre Arbeitskraft.

Aus dem bisher Gesagten folgt, wie die Gerichte entscheiden und wirken. Denn bei allem Spielraum, den ein Richter hat, ist das Gericht an das gesetzte Recht gebunden und kann nur in dessen Rahmen entscheiden, selbst wenn im Einzelfall dieser Rahmen überschritten wird und – wie wir wiederholt erleben mußten – auch gesetzwidrige Unrechtsurteile ergingen.

Da das Gesetz Interesse und Willen der jeweils herrschenden Klassenkräfte reflektiert, also parteilich ist, kann nicht

erwartet werden, daß der einzelne Richter, selbst wenn er eine progressive Einstellung besitzt, völlig entgegen dieser Parteilichkeit des Gesetzes entscheidet. Die Parteilichkeit des Richters ist nur Ausfluß der Parteilichkeit des Gesetzes.

Auch insoweit darf an Karl Marx erinnert werden, der in seinen „Debatten über das Holzdiebstahlsgesetz“ erklärte: „Welch eine törichte, unpraktische Illusion ist überhaupt ein parteiloser Richter, wenn das Gesetz parteiisch ist? (MEW 1/145)

Fragen wir daher bei jedem Gesetzesvorhaben nach: Wem dient es, welchen Interessen?

Nehmen wir z. B. die Gesundheits-„Reform“. Wenn die privaten Krankenkassen nicht angetastet werden dürfen, bleibt es dabei, daß die gesetzlichen Krankenkassen, die der Armen und der weniger Begüterten, die weiterhin nur begrenzte Beiträge erhalten, gezwungen sind, die steigenden Kosten der medizinischen Versorgung auf diese ohnehin genügend gebeutelten Kranken und Patienten abzuwälzen.

Jeglicher so oft im Munde geführte Solidargedanke bleibt außer Betracht.

Auch in diesem Zusammenhang muß man sich nach den wirtschaftlichen Interessen, nach den Profitinteressen, besonders denen der pharmazeutischen Industrie, erkundigen.

Zu hinterfragen ist vor allem der Begriff der persönlichen Freiheit, die im Grundgesetz durch Art. 2 gewährleistet wird.

Mit wachen Augen und Ohren konnte man in der letzten Zeit überdeutlich erfahren, daß diese „persönliche Freiheit“ nur ein Synonym oder besser ein Tarnbegriff für Eigentum und Geld ist. Der Ausgang der Prozesse gegen Ackermann und Komplizen sowie gegen Hartz hat es erneut gezeigt.

Als es um die Offenbarung von „Nebenverdiensten“ der Bundestagsabgeordneten ging, waren einige von ihnen über die Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheit besorgt. Es ging aber gar nicht darum, sondern um das Kundtun von Eigentum und Vermögen, von unverhältnismäßig großen Einkünften.

Als es um das Rauchverbot ging, wurde wieder auf die persönliche Freiheit verwiesen; es ging aber in Wirklichkeit um die Sorge, daß die Profite der Zigarettenindustrie geschmälert werden und bei den Gastwirten Umsatzverluste eintreten könnten.

Gerade bei dem Stichwort „persönliche Freiheit“ besteht besondere Veranlassung, stets kritisch nachzufragen, um wessen Freiheit und um welche wirtschaftlichen, materiellen und Profitinteressen es eigentlich geht.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz

Das Rechtssystem
Aus:
„The Guardian“,
Sydney



Deutschlands Verderber genießen in der BRD höchstes Ansehen Über Krupp und ähnliches Kruppzeug

Im RF 110 habe ich auf den Zusammenhang zwischen den heutigen Krupp-Thyssen-Nachfolgern und der Regierung der BRD hingewiesen. Jetzt geht es mir um die Vorgeschichte. Kanonenkönig Alfred Krupp war – erschrocken über die Pariser Kommune – von Haß auf die sich formierende Arbeiterklasse erfüllt. Alle Versuche von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, für die Proletarier elementare Rechte zu erkämpfen, wurden von ihm auf das schärfste zurückgewiesen. Im Bericht eines seiner leitenden Angestellten an Krupp hieß es zum Verlauf des Bergarbeiterstreiks von 1893 im rheinisch-westfälischen Kohlrevier: „Auf Ihren Steinkohlezechen ist alles in Ordnung und Ruhe geblieben. Ich schreibe dies vorzugsweise dem Umstande zu, daß sich die Belegschaften nach dem Vor gange des Jahres 1891 sagen, daß jeder Arbeiterausstand mit einer mindestens vierwöchigen Aussperrung von der Arbeit Ihrerseits (!) beantwortet werden würde. Es war diese Aussperrung, wie sie im Jahre 1891 von Ihnen verfügt wurde, eine empfindliche, aber, wie es scheint, in der Wirkung nachhaltige Maßnahme.“ Weil aber für die hochspezialisierte deutsche Rüstungsproduktion in zunehmendem Maße eine langjährig eingearbeitete Stammbesellschaft erforderlich wurde, versuchte Krupp zugleich, ihm hörige, verbürgerlichte Arbeiter heranzubilden. Diesem Ziel dienten die Einrichtung von Pensions- und Krankenkassen, der Aufbau von Konsumanstalten und nicht zuletzt der Bau von Werkwohnungen. Den nötigen finanziellen Spielraum verschaffte sich Krupp durch die enormen Profite aus seinen Rüstungsgeschäften. Es ist sehr aufschlußreich, wenn sich die Firmen des heutigen Imperiums Thyssen-Krupp rühmen, jeder zweite Beschäftigte in Deutschland und Frankreich besäße Aktien der Unternehmen. Allerdings wurde dieses Belegschaftsaktienprogramm nur für „inländische Beschäftigte“ aufgelegt. Auch auf diese Weise gelang es dem Konzern, „unterschiedliche Arbeitszeitmodelle und -regelungen mit Arbeitszeitkonten und der Auftragslage angepaßten Arbeitszeitkorridoren einzuführen ...“ Für die Jahre 1919 bis 1933 beschreibt Gustav Krupp seine eigene Rolle und die anderer Großindustrieller folgendermaßen: „Es ist ein einmaliges Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, daß sie in diesen bösen Jahren nicht untätig gewesen ist, möchte ihre Wirksamkeit auch aus erklärlichen Gründen dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein.“ (Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, Band 22, S. 481) Bereits im April 1933 machte Krupp Hitler mit seinen Plänen vertraut. Deren Kern-

gedanke bestand darin, „wirtschaftliche Maßnahmen und politische Notwendigkeiten“ in Übereinstimmung zu bringen. Dabei war es ihm wichtig festzustellen, daß „die Wendung der politischen Ereignisse den Wünschen entspricht, die ich selbst und der Vorstand schon seit langem gehegt haben“. (a. a. O., S. 481)

Zu dieser Wendung gehörten Hitlers aggressives Kriegsprogramm nach außen und der bereits alltägliche Massenterror der Nazis nach innen.

Im übrigen sorgte Krupp im Mai/Juni 1933 dafür, daß der Nazi-Partei mehr als 4,7 Millionen Mark aus den Firmengewinnen zufließen.

Einen tiefen Einblick in Krupps Denkungsart ermöglicht eine Rededisposition aus dem Jahr 1944. Krupp formulierte dort u. a.: „Kriegsmaterial ist lebenssparend für das eigene (!) Volk, und stolz darf sein, wer auch immer in dieser Sphäre werkt und wirkt. Hier findet Unternehmertum seine höchste Bewährung.“

Die Moral: Schlagt möglichst viele der anderen tot, dann gibt es weniger eigene Verluste! Unverkennbar: die Nähe zur Rassenideologie der Nazis, verbunden mit einer widerwärtigen Beschönigung und Verschleierung übelster Profitmacherei. Allein in den Jahren 1935 bis 1941 verdoppelten sich die Nettogewinne Krupps, während der Buchwert des Konzerns von 1933 bis 1943 auf mehr als das Dreifache stieg! (a. a. O., Bd. 1, 149)

Der Hauptankläger der USA Robert H. Jackson erklärte im Nürnberger Prozeß: „Vier Generationen der Familie Krupp besaßen und betrieben die großen Rüstungs- und Munitionsanlagen, welche die Hauptquelle der deutschen Kriegsrüstung gewesen sind. Seit über 130 Jahren bildet diese Familie den Brennpunkt, ist Symbol und Nutznießer der unheilvollen Kräfte, die den Frieden Europas bedrohten.“

Jackson schlußfolgerte daraus, „daß dem Weltfrieden kein schlechterer Dienst erwiesen werden könnte, als die Familie Krupp und die Kriegsrüstungsindustrie in diesem Prozeß, in dem das Führen von Angriffskriegen verurteilt werden soll,

auszusparen. Man müsse „den Menschen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die vier Generationen lang durch Krupps Munition und Krupps Rüstung ums Leben kamen ..., ebenso wie den künftigen Generationen, die sich so lange nicht sicher fühlen können, wie solche Leute einer Verurteilung entgehen“. (a. a. O., Bd. 1, S. 146 ff.)

Worte, die die historische Dimension des Potsdamer Abkommens ebenso unterstreichen wie den verbrecherischen Charakter seines Bruchs durch die Westmächte.

Die außerordentliche Bedeutung seiner konsequenten Verwirklichung in der DDR tritt um so klarer hervor.

Die Tatsache, daß Krupp zu den in Nürnberg angeklagten Hauptkriegsverbrechern zählte, ist im Bewußtsein der Masse der Bundesbürger weitgehend ausgelöscht. Um so notwendiger erscheint es, in die Erinnerung zurückzurufen, daß Gustav Krupp, „zwischen 1932 und 1945 Leiter der Friedrich Krupp AG, Präsident der Reichsvereinigung der Deutschen Industrie, Leiter der Gruppe für Kohle, Eisen und Metallproduktion unter dem Reichswirtschaftsministerium“ als Teilnehmer am „gemeinsamen Plan oder an der Verschwörung zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ in Nürnberg angeklagt war. (a. a. O., Bd. 1, S. 80 f.) Lediglich sein schlechter Gesundheitszustand verhinderte, daß er neben Göring und Keitel auf der Anklagebank Platz nehmen mußte.

Gustav Krupp war an der Verschleppung und brutalen Ausbeutung, an der Mißhandlung und am Tod von Zehntausenden Zwangsarbeitern aus den durch die Nazis überfallenen Ländern führend beteiligt. Sein Sohn Alfried Krupp von Bohlen und Halbach wurde im Rahmen der Nürnberger Nachfolgeprozesse zu einer zeitlichen Freiheitsstrafe verurteilt, wenige Jahre danach aber vorzeitig aus der Haft entlassen.

In seiner Schrift „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ (1915) setzt sich Lenin mit dem Chauvinismus Plechanows und Kautskys auseinander. Dieser hatte behauptet: „Alle haben das gleiche Recht oder die gleiche Pflicht, ihr Vaterland zu verteidigen; der wahre Internationalismus besteht in der Anerkennung dieses Rechts für die Sozialdemokraten aller Nationen ...“ Lenin bezeichnete diese These als „grenzenlos vulgäre Verhöhnung des Sozialismus ..., weil die Unterdrückung einer ganzen Reihe von Nationen ... durch die imperialistischen Großmächte, die Konkurrenz zwischen der Bourgeoisie dieser Länder wegen der Teilung der Beute, das Bestreben des Kapitals, die Arbeiterbewegung zu spalten“ völlig unbeachtet bleiben! (LW 21/213) Eine auch heute absolut zeitgemäße Orientierungshilfe!

Hans Gebhardt

Am **25. April** begeht unser verdienter Autor und Kampfgefährte, der Journalist, Publizist und Wissenschaftler

Genosse

Prof. Dr. Georg Grasnick

seinen **80. Geburtstag**.

Wir gratulieren herzlich!

Die wissenschaftliche Aufklärung über die ökonomischen Grundlagen des Faschismus war in der DDR fester Bestandteil des sozialistischen Bildungsauftrags. Heute wird dies als „verordneter Antifaschismus“ diffamiert. Während gut 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges einerseits der Geschichtsrevisionismus in vollem Gange ist – man denke nur an das Totschweigen der entscheidenden Rolle der Sowjetunion bei der Zerschlagung Hitlerdeutschlands, die Beschränkung der Ursachenforschung für den Holocaust auf rein psychoanalytische Aspekte und die Leugnung der monopolkapitalistischen Wurzeln der Naziherrschaft –, gibt es im hiesigen Medienbetrieb kaum historische Untersuchungen, die Einblicke in die Rolle der kapitalistischen Konzerne beim Aufstieg des deutschen Faschismus gestatten. Forschungsergebnisse werden in aller Regel erst dann veröffentlicht, wenn sie niemandem mehr weh tun. Man spricht verharmlosend von „Beziehungen zu den Nationalsozialisten“ und von „Verstrickung in den Krieg“, wo man von moralischer, politischer, wirtschaftlicher und völkerrechtlicher Hauptverantwortung des Monopolkapitals sprechen müßte. Man muß immer wieder die Frage stellen: Wie konnte es geschehen? Hierzu bedarf es vor allem einer klassenmäßigen Antwort. Der Wirtschaftshistoriker Stephan H. Lindner hat 2005 unter dem Titel „Hoechst: Ein I.G.-Farben-Werk im Dritten Reich“ eine umfangreiche Auswertung von neu zugänglichen Quellen aus den Archiven der ehemaligen Hoechst AG vorgelegt. Im Jahre 2000 erfolgte in der BRD eine gesetzliche Erledigung der Entschädigungsansprüche der von den Faschisten nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter durch Minimalzahlungen. Seit diesem Zeitpunkt haben die wirtschaftlichen Hauptprofiteure nichts mehr von einer Offenlegung ihrer Rolle im faschistischen Staat zu fürchten! In der Einleitung zu seinem Buch zieht Lindner das Fazit: „I.G. Farben stand und steht für Autarkie, Aufrüstung, Ausbeutung und – Auschwitz.“ Am 1. Januar 1933 wurde Ludwig Hermann als Leiter des I.G.-Farben-Werkes Hoechst eingesetzt. Er war ein begeisterter Anhänger Hitlers, seiner Wirtschafts- und Außenpolitik. Hermann zur Seite standen einflußreiche Kollegen wie Georg Kränzlein, Leiter des Alizarin-Hauptlabors. Auch er war ein Mann der NSDAP und fanatischer Antisemit. Auf seinen Druck wurden Juden frühzeitig aus der Forschung entfernt. Kränzlein und Hermann hatten bereits im Ersten Weltkrieg an der Synthese chemischer Kampfstoffe mitgewirkt. Oberleutnant Hermann befahl sogar an vorderster Front, die Feinde und gelegentlich die eigene Truppe zu vergasen. Seine Skrupellosigkeit empfahl ihn für höhere Aufgaben im Giftgaskrieg. Auch für den faschistischen Raubkrieg wurde bei Hoechst an chemischen Kampfstoffen gearbeitet. Nach Hermanns Tod 1938 wurde Carl Ludwig Lautenschläger sein Nachfolger, ebenfalls Antisemit und Nazi. Ungefähr 40 Prozent des von den I.G. Farbwerken

Hoechst während des Krieges gelieferten waren reine Rüstungsproduktion. Das betraf Sprengstoffvorprodukte, Nebelsäure, Farbstoffe für Uniformen und zum Tarnen. Die Erzeugnisse des Konzerns waren kriegswichtig. Die Produkte der Stickstoffabteilung wurden außer zu Sprengstoffen auch zu Düngemitteln weiterverarbeitet. Die Düngemittel und die bei Hoechst hergestellten Schädlingsbekämpfungsmittel, Farben, Pharmaka, Kunststoffe und die mit ihnen erwirtschafteten Devisen stärkten das Naziregime von Anbeginn. In diesen Bereichen stieg der Ausstoß bis 1944 immens an. Voraussetzung für die Produktionssteigerung war der Einsatz von Zwangsarbeitern. Diese lebten unter katastrophalen hygienischen Verhältnissen. Vermeintliche Bummelanten steckte

Konzerns im Jahre 1937 seien auch die Spitzen des Reichs eingeladen worden. Die Adam Opel AG habe sich bereits seit 1929 im Besitz der amerikanischen General Motors Corporation befunden. Trotz der beeindruckenden Umsätze ihres deutschen Ablegers zeigte sich der amerikanische Mutterkonzern angeblich über die restriktive deutsche Devisenpolitik besorgt, die seit Jahren eine ungehinderte Gewinnabschöpfung verhinderte. Deswegen ungeachtet führte GM-Vizepräsident Grand bei der Festveranstaltung aus: „Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um meiner Bewunderung für den fortschrittlichen Geist ihrer führenden Männer Ausdruck zu geben, der die Erfolge der letzten vier Jahre möglich gemacht hat.“ Turner sah General Motors als „Opfer der

Wie Hoechst und General Motors Hitlers Macht ökonomisch absicherten Steigbügelhalter und Herrenreiter

die Werksleitung in „Strafkolonnen“ für Schwerstarbeit oder ließ sie durch die Gestapo verhaften und in „Arbeitserziehungslager“ einweisen. In der pharmazeutischen Abteilung war es seit den 20er Jahren bei Hoechst Praxis, die Wirksamkeit neuer Medikamente an ahnungslosen Insassen von Heilanstalten zu testen. Im Krieg ließ Hoechst von KZ-Ärzten in Auschwitz und Buchenwald die Präparate 3582 und Rutenol „an künstlich mit Fleckfieber infizierten Häftlingen“ erproben, ebenso an mit Tuberkulose verseuchten im KZ Gusen. Viele der menschlichen „Versuchskaninchen“ starben dabei. Trotz ihrer Unwirksamkeit und Unverträglichkeit lieferte Hoechst bis Februar 1945 die Präparate aus, da der Konzern um jeden Preis Gewinne machen wollte. Keines der von Hoechst begangenen Verbrechen ist je geahndet worden. Der Hauptverantwortliche, Betriebsleiter Lautenschläger, wurde 1947 im Nürnberger I.G.-Farben-Prozeß freigesprochen. Nicht weniger aufschlußreich ist die Rolle des USA-Konzerns General Motors in der faschistischen deutschen Wirtschaft. Amerikanische Unternehmen operierten schon seit den zwanziger Jahren durch Beteiligungen an ausländischen Firmen international. Die deutsche Adam Opel AG war während der gesamten Nazi-Herrschaft eine 100prozentige Tochter von General Motors! Unter dem Titel „General Motors und die Nazis. Das Ringen um Opel“ veröffentlichte der USA-Historiker Henry Ashby Turner eine Rechtfertigungsschrift. Zur 75-Jahr-Feier des mittlerweile zum größten Automobilbauer Europas aufgestiegenen Rüsselsheimer

Verhältnisse“. Dessen Besitz sei „potentiell bedroht“ gewesen. So werden die guten Kontakte der General-Motors-Führung nach Berlin, vor allem ins Reichswirtschaftsministerium, damit begründet, man habe „Begehrlichkeiten des örtlichen Gauleiters, Zugriff auf Opel zu nehmen“, abwehren müssen. Glaubt man Alfred P. Sloan, dem Präsidenten des Konzerns, so wollte GM im übrigen von Politik nichts wissen. In einem 1939 notierten internen Schreiben heißt es: „Ein weltweit tätiger internationaler Konzern sollte seine Unternehmungen auf rein geschäftlicher Ebene betreiben, ohne Rücksicht auf die politischen Ansichten seines Managements oder der Staaten, in denen er tätig ist.“ Das ist allerdings eine klare Politik! Opel profitierte von der steigenden Nachfrage der faschistischen Kriegsmaschinerie nach Fahrzeugen. Der Konzern lieferte zuerst Lastwagen und schon vor Kriegsbeginn Teile für den Flugzeugbau. Die volle Umstellung auf Kriegsproduktion erfolgte angeblich erst unter dem „Zwang in Form der ernstzunehmenden Drohung, das Werk werde konfisziert“ – so jedenfalls Turner. Angesichts der bereits bewiesenen „Willigkeit“ des Konzerns darf die Ernsthaftigkeit dieser Drohung bezweifelt werden. Mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Nazideutschland wurde die Adam Opel AG als feindliches Vermögen unter Kuratel gestellt. Nach 1945 forderte General Motors seine einstigen Devisenbestände zurück – Kapital, das durch Beteiligung an Krieg und Zwangsarbeit verdient wurde.
Dr. Erhard Kegel

Im Jahr 1942 schrieb ein später gefallener Wehrmachtsoldat an seine Familie in der Eifel: „Es wird wohl auch noch ein Zeitchen dauern, bis wir diesen verfluchten Bolschewist niedergekämpft haben. Mit diesen Brüdern haben wir schnell aufgeräumt. Denen, die noch lebten, haben wir einen Strick um den Hals gehängt und sie an Bäumen hochgezogen. Denn sich als Zivilist zu verkleiden und aus dem Hinterhalt zu schießen, da gibt es keine Strafen, die hart genug sind.“

Die schleichende Übertragung von Erlassen und Praktiken, welche für die Sondereinheiten und Einsatzkommandos der SS und des SD im Osten die Handlungsgrundlage bildeten, auf ganz normale Wehrmachtsoldaten wird in diesem Brief deutlich. Das gilt auch für die Einführung dieser Methoden auf dem westlichen Kriegsschauplatz.

Der ehemalige Panzerleutnant und spätere Buchautor August Graf von Kagenack er-

jedes Mittel sei zulässig, kein Deutscher werde zur Rechenschaft gezogen.

Der Oberbefehlshaber West (OBW) übernahm mit dem „Sperrle-Erlass“ vom 3. 2. 1943 die „Methoden“ aus dem Osten: „Es wird sofort zurückgeschossen! Wenn dabei Unschuldige mitgetroffen werden, so ist das bedauerlich, aber ausschließlich Schuld der Terroristen. Sofortige Absperrung der Umgebung des Tatorts und Festsetzung sämtlicher in der Nähe befindlichen Zivilisten ohne Unterschied des Standes oder der Person. Sofortiges Niederbrennen von Häusern, aus denen geschossen worden ist. Zu scharfe Maßnahmen können angesichts der derzeitigen Lage kein Grund zur Bestrafung sein.“

Die deutsche Okkupation Frankreichs folgte der Logik Hitlers und Himmlers, wobei Kollaborateure behilflich waren. Der SD-Posten in Tulle, dem späteren Ort eines berüchtigten Kriegsverbrechens,

Als sich die Bevölkerung sträubte und Widerstand leistete – der Bäcker verkaufte z. B. denen kein Brot – kam es zu einem Deal: Der Präfekt sagte Lafont eine reibungslose Versorgung zu, wenn dieser im Gegenzug mehr Kulanz gegenüber der Bevölkerung walten lasse und einige Freilassungen vornehme. Aber Lafont und seine Leute waren offenbar nach Tulle geholt worden, um dort mit dem Widerstand aufzuräumen. Das aber stachelte diesen erst an. Jean-Jacques Chapou befehligte die Einheiten, die am 7. und 8. Juni 1944 angriffen und die Stadt nahezu vollständig eroberten. Offenbar glaubten die Führer des Maquis, die Deutschen seien mit der Invasion so stark beschäftigt, daß sie keinen entsprechenden Gegenschlag führen könnten. Das war indes eine Fehleinschätzung. Himmler hatte bei den Begräbnisfeierlichkeiten für den von Widerstandskämpfern in Prag erschossenen Reichsprotektor und SS-General Reinhard Heydrich erklärt: „Wir werden weder eigenes noch fremdes Blut schonen, wenn es die Nation verlangt.“ Das zog sich wie ein roter Faden durch die letzten Zukunfts des Hitlerreiches.

Die an der Ostfront völlig abgekämpfte SS-Division „Das Reich“ war im Februar 1944 nach Frankreich verlegt worden. Neuer Kommandeur: SS-General Lammerding. Der Rückzug der Division aus dem Osten war „traditionsgemäß“ erfolgt. Auszug aus einem Befehl Lammerdings: „Am 22. 2. früh wird die Besetzung der Ortschaften Waskowy, Mytkowzy und Klombowka aufgehoben. Die Orte sind nach der Beseitigung des Widerstandes zu evakuieren und niederzubrennen. Späteres Niederwalzen der Ruinen durch Panzer ist vorgesehen.“

Die SS-Division „Das Reich“ hatte in Frankreich den Auftrag, in mobiler Bereitschaft zu bleiben, um die Sicherung an der Atlantikküste zu stärken. Inzwischen machte sie sich bei der „Bandenbekämpfung“ nützlich. Das hieß: extremer Terror. Als die Landung der Alliierten erfolgte, wurde die Division in Richtung Normandie in Marsch gesetzt. Der französische Widerstand tat jedoch alles, um ein Vorwärtkommen der Faschisten zu behindern.

Ein geheimer Befehl Lammerdings vom 5. 6. an seine Unterführer steckte den Rahmen ab, der im Osten alltägliche Praxis des Vorgehens gegen die „Banden“ gewesen war. Als der Maquis am 8. Juni die zuvor befreite Stadt Tulle wieder räumen mußte, sprach Lammerding von 64 deutschen Gefallenen, andere nannten die Zahl 74. Unmittelbar nach der Einnahme Tullés durch die SS-Leute verhaftete man willkürlich 120 Einwohner. 99 der Geiseln wurden wenige Stunden später an Laternen und Balkonen entlang der Hauptstraße gehängt. Eine gerichtliche Verfolgung der Täter fand in der BRD so gut wie nicht statt. 1962 von der Staatsanwaltschaft veranlaßte Ermittlungen verliefen im Sande.

Eberhard Wendt, Kelmis (Belgien)

Wie SS-General Lammerding im besetzten Frankreich wütete Die Galgen von Tulle

fuhr gesprächsweise von der Ermordung der Juden Tarnopols im Juli 1942 durch die Waffen-SS-Division „Wiking“ unter dem Befehl des Kriegsverbrechers Eicke. Sein Informant berichtete: „Was Kamerad Eicke erzählt, ist haarsträubend. Am Tag, nachdem unsere Truppen die Stadt eingenommen hatten, kamen die ersten Einheiten der Waffen-SS-Division Wiking nach Tarnopol. Eine motorisierte Division, durch einige Panzereinheiten verstärkt. Die Leute von der „Wiking“ sind hervorragend und beeindruckend. Sie rückten seit dem Beginn der Feindseligkeiten an unserer rechten Flanke vor. Kerle, auf die man zählen konnte, hartgesotten und gute Kameraden, fröhlich selbstbewußt und stolz. Nun sagte Kamerad Reiff, sie seien zwei Tage geblieben und hätten die Zeit genutzt, um alle Juden der Stadt zu liquidieren. Alle Juden? Ja, alle Juden. Wieviel Tote es gegeben hat? Ich weiß es nicht, aber überall lagen Leichen, so vor den Mauern eines Platzes längs einer Brücke, von der sie welche in den Fluß geworfen haben. An der Jagd beteiligten sich Zivilisten, Polen oder Ukrainer. Das hat einen ganzen Tag gedauert, und am nächsten Tag haben sie erneut angefangen. Ein Kommandeur hat ihnen befohlen, Muniti- on zu sparen und Spaten und Kreuzhacke zu benutzen.“ An dieser Stelle bekennt von Kagenack, in Tarnopol habe er „begriffen“! Der Bandenbekämpfungsbefehl vom 18. 12. 1942 verdeutlicht, die Niederschlagung der Gegner solle „rücksichtslos“ sein,

umfaßte ca. 20 deutsche SD-Männer und ca. 250 Angehörige der Legion Nord-Africaine, aus Pariser Gefängnissen geholte Kriminelle unter der Oberaufsicht des Unterweltbosses Lafont, genannt „Capitaine Henri“, bürgerlicher Name Chamberlin. Sie arbeiteten als französische Gestapo eng mit dem SD zusammen.

Lafont war bald einer der größten Geschäftemacher unter deutscher Protektion. Bis auf wenige Ausnahmen standen alle führenden deutschen Polizeioffiziere auf seiner „Lohnliste“. Auf sein Konto kam auch der größte Kunstraub seit Jahrzehnten. Es handelte sich um die Gemäldesammlung „Schloß“, die nach Chambon ausgelagert worden war. Am 16. April 1943 fuhren Lastwagen vor. Die Insassen entwendeten 289 Meisterwerke. Von der französischen Polizei aufgehalten, bahnte der herbeigeeilte deutsche SD-Offizier Emil Heß der Kolonne mit dem Diebesgut den Weg. 262 Gemälde landeten in den „Sammlungen“ von Göring und Hitler, nur gut 100 wurden nach dem Krieg wieder aufgefunden.

Vor diesem Hintergrund spielte sich die Tragödie von Tulle am 9. 6. 1944 ab. Im Februar d. J. war ein den Deutschen genehmerer Präfekt für Tulle eingesetzt worden. Im März wurde die gesamte Mannschaft von Lafont nach Tulle verlegt. Der neue Präfekt trug am 28. März in seine Chronik ein: „Die Wölfe der Sicherheitspolizei und die Aasgeier der französischen Gestapo sind gemeinsam gelandet.“

Warum Herr von Donnersmarck den Oscar bekam Alter antikommunistischer Adel

Die Spitzenmeldung in den Morgen- nachrichten vom 26. Februar lautete: Das deutsche „Stasi“-Drama „Das Leben der Anderen“ erhielt als dritter deutscher Film den Oscar. Wer hat sich diesen – die höchste Ehrung für Filmschaffende in den USA – eigentlich gewünscht? Was erhoffen sich manche von ihm? Handelt es sich etwa um eine völlig unpolitische Entscheidung, mit der man allein der Kunst frönt? Wie immer: „Spiegel“-Leser (7/2007, S. 168/169) wissen mehr. Sie erleben förmlich mit, wie das Film-Drama wochenlang in den USA mit Hilfe von Sony Classics und bekannten Schauspielern in die Medien gehievt und hochgeschaukelt wurde. Sie lesen: „Herr von Donnersmarck, der Schöpfer des Films, und Darsteller wie Ulrich Mühle tourten zuvor durch die Vereinigten Staaten.“ Sie erfahren: „Donnersmarck, alter Adel, sieht sich in einer ‚Tradition von Leistungsträgern‘. Scheitern stand nie zur Debatte.“ Jetzt müssten wir eigentlich die „Tradition“ derer von Donnersmarck etwas eingehender prüfen. Doch lohnt das?

Der selbstbewußte Adelssproß brachte zum Fototermin in den USA drei Smokings mit: „Er ist Smoking gewöhnt.“ Hängt das mit den Auszeichnungen zusammen, die von Donnersmarck für seinen Debütfilm einsammelte? Das rührselige „Stasi“-Drama brachte ihm schon den deutschen und

den europäischen Filmpreis ein. 1,7 Millionen Zuschauer sahen bisher den Film, der bereits in 30 Länder exportiert wurde. Wegen der Schauspielerleistungen, die manche zu entdecken glaubten? Wegen der künstlerischen Gesamtaussage, die andere erfanden? Wegen der umstrittenen Moral des Filmdramas: Saulus wandelt sich zum Paulus? (Diese Moral vermißt Marianne Birthler bis heute.) Oder weil einfach der „Zeitgeist“ bedient wurde: Hetze gegen die DDR, Verleumdung des Sozialismus?

Florian Henckel von Donnersmarck erlebte in den USA manche Überraschung. Geben wir Lars-Olav Beier, dem Verfasser des „Spiegel“-Artikels, das Wort: „Bei einer Vorführung steht ein Zuschauer auf und sagt: ‚Der Überwachungsstaat, den Sie in Ihrem Film beschreiben, mag für Sie Vergangenheit sein – bei uns ist er Gegenwart.‘ Donnersmarck reagiert vernünftig, relativiert die Vergleiche zwischen DDR-Staat und Bush-Amerika und erzählt, wie seine aus Magdeburg stammende Mutter an der innerdeutschen Grenze erniedrigenden Leibesvisitationen unterzogen wurde. Bei der Kontrolle vor dem Flug nach Boston muß er dann aber selbst zweimal durch den Metalldetektor. Er haßt es, seine Schuhe auszuziehen. Nun muß er es. In ihrer herablassenden Art erinnern die Sicherheitsleute für Sekunden-

bruchteile an die Uniformträger in seinem Film. Doch Donnersmarck bleibt gelassen. Er weiß zu repräsentieren und sich zu verkaufen. Im Eilschritt geht er ins Fernsehstudio, nimmt Platz und erklärt dann in wenigen Sätzen, was die Stasi war. Um einen Regimegegner an seinem Verstand verzweifeln zu lassen, hätte die Stasi heimlich mehrere Untertassen entwendet, erzählt er. Was das bedeutet, weiß jede amerikanische Hausfrau.“ Da haben wir es: Die Staatssicherheit der DDR hat Untertassen gestohlen, was für USA-Ladies das schlimmste Delikt zu sein scheint. Die USA-Geheimdienste tun derlei Frevlerisches nicht. Sicherheitskontrollen sind nur schlecht, wenn sie an DDR-Grenzen stattgefunden haben. In der Tat: Donnersmarck kann sich als Antikommunist von altem Adel vermarkten. Warum die organisierte Show um die „Stasi“-Klamotte? Warum das Eigenlob des Regisseurs? Warum das bestellte Medienecho? Der Autor des „Spiegel“-Artikels antwortet: „Donnersmarck ist auf Wahlkampftournee, ob er will oder nicht. Denn der Gewinn eines Oscars läßt sich an der Kinokasse in viele Millionen Dollar ummünzen.“

Es geht also gar nicht um Kunst oder Moral, sondern „um viele Millionen Dollar“. Wie man sieht, besitzt das Thema Staatssicherheit einen erstaunlichen Marktwert.

Prof. Dr. Horst Schneider

Prof. Knigges „Weg der Menschenrechte“ führt in die Irre Orientierungshilfe

Wie zu erfahren war, hat der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, die seit 1991 keine Nationale Mahnstätte mehr sein darf, das Anlegen eines „Weges der Menschenrechte“ durch Thüringen vorgeschlagen. Dieser soll ausgehen vom Nationaltheater Weimar, in dem sich die erste deutsche Republik ihre Verfassung gab, soll weiterführen über Orte mit ehemaligen Haftanstalten der DDR und Relikte jener Anlagen berühren, mit denen die dritte deutsche Republik ihre völkerrechtlich anerkannte Grenze zur zweiten deutschen Republik (Alt-BRD) gesichert hat. Diese Auswahl bestimmter Erinnerungsorte soll nach Meinung von Herrn Professor Knigge die Geltendmachung oder Verletzung von Menschenrechten illustrieren. Man kann es nicht anders als bezeichnend nennen, wie ein aus der zweiten Republik nach dem Osten delegierter bourgeois Historiker den Kanon der Menschenrechte auf die Geltung von bürgerlichen und politischen Rechten einengt.

Ich möchte seinen Vorschlag, der sicher zur öffentlichen Diskussion gedacht war, wie folgt ergänzen: Der Weg der Menschenrechte müßte große volkseigene Betriebe (VEBs) und Kombinate (sofern noch

nicht weggeräumt) kreuzen, in denen das Menschenrecht auf Arbeit verwirklicht war. (UN-Charta Art. 23,1) Er müßte vorbeiführen an Erholungsheimen des Gewerkschaftsbundes FDGB (soweit noch nicht eingefallen), mit denen einer Bevölkerungsmehrheit ihr Recht auf Erholung wahrzunehmen ermöglicht wurde. (UN-Charta Art. 24) Dieser Weg müßte auch jene Stätten der Kultur wie Klubhäuser der Werktätigen, Sport- und Freizeiteinrichtungen der Freien Deutschen Jugend und der Jungen Pioniere einbeziehen, in denen Alt und Jung aus dem Volk der DDR ihr Recht zu kultureller und sportlicher Betätigung verwirklichen konnten. (UN-Charta Art. 27) Falls eine dieser Einrichtungen noch bestehen sollte, müßte dort der initiativreichen Schöpfer jener Häuser und Anlagen lobend gedacht werden, denn sie haben diese Menschenrechte in erlebbare Praxis verwandelt. Der Weg müßte aber auch dorthin führen, wo diese Orte beseitigt wurden, sowie zu den sogenannten Arbeitsagenturen größerer Städte, die in der Regel nur Paläste zur Verwaltung der Arbeitslosigkeit sind. Vor Bundeswehrrkasernen und

anderen Orten muß der Skandal öffentlich angeprangert werden, daß die vierte Republik (die Neu-BRD), deren Bürger viele im Osten nur unfreiwillig geworden sind, in permanenter Verletzung des Grundgesetzes das oberste Menschenrecht auf ein Leben in Frieden und körperlicher Unversehrtheit mit Füßen in Kommisßstiefeln tritt. (UN-Charta Art. 3–5) Wohlan, laßt uns an den Bau eines solchen Weges zum Einklagen aller Menschenrechte für alle gehen!

Peter Franz, Freier ev. Geistlicher

Narrenzeit ist immer



**Christen, die statt Vergebung zu erbitten, nur Gift und Galle spucken: Gauck und Birthler
Grafik: Karlheinz Effenberger**

Warum ihre Briefmarken die haushohe moralische Überlegenheit der DDR widerspiegeln

Unaustilgbare Beweise

Vor vier Jahren begann ich meine DDR-Briefmarkensammlung zu sichten. Dabei wurde ich mit der Geschichte konfrontiert. Ich verglich das, was die DDR für mich gewesen war, mit dem, was man als BRD-Bürger durchlebt. Ich ordnete meine Marken aus SBZ- und DDR-Zeiten und suchte sie zu komplettieren, um so dem bundesdeutschen Bild vom sozialistischen deutschen Staat und dessen Deutung etwas entgegenzusetzen. Briefmarken eignen sich ja hervorragend dazu. In der Zeitschrift des Philatelistenverbandes las ich des öfteren, daß Postwertzeichen das politische Gesicht eines Landes am treffendsten widerspiegeln. Es handelte sich also um eine Art konzentrierten Geschichtsunterricht. Jetzt, da die DDR seit sechzehneinhalb Jahren nicht mehr existiert, ihre Ausstrahlungskraft jedoch weiterwirkt, zumal die soziale Talfahrt in der BRD immer schneller wird, steigert sich die antikommunistische Hetze ins Unermeßliche. Es vergeht fast keine Stunde, in der Medien und Politiker nicht gegen die DDR zu Felde ziehen.

Wenn heute ein 20jähriger die DDR erklären sollte, dann würde er sie danach beurteilen, wie sie ihm von der kapitalistischen Gesellschaft präsentiert wird. Meine Sammlung, die ich auch Jugendlichen zeige, hält dagegen. Das Markenbild ist wie eine historische Dokumentation. Was bieten DDR und BRD den Philatelisten beispielsweise zu den Themen Faschismus, antifaschistischer Widerstand, 2. Weltkrieg und Befreiung des deutschen Volkes?

Man hätte in der BRD vielleicht besser daran getan, überhaupt keine Marken zu diesem Komplex herauszugeben. In den ersten elf Jahren nach Kriegsende wurden im Westen zu diesem Kapitel deutscher Geschichte nicht mehr als drei Editionen veranlaßt. Was aber sind deren Motive? 1953: „Deutsche Kriegsgefangene hinter Stacheldraht“; 1955: „Zehn Jahre Vertrei-

bung“ und 1956: „Kriegsgräberfürsorge“. Das änderte sich auch in den folgenden Jahren nicht. Kein Gedanke, das Wüten deutscher Nazi- und Kriegsverbrecher anzuklagen, keine Erwähnung der Untaten der deutschen Industrie, keine Silbe der Verurteilung des Geschehenen. Der antifaschistische Widerstand blieb völlig ausgeklammert, die Heldentaten jener, die den Kampf gegen das Nazi-Regime aufgenommen hatten, wurden verschwiegen. Das Einzige, was gewürdigt wurde, war das Attentat auf Hitler. Zu dessen 20. Jahrestag erschien 1964 ein Briefmarkenblock.

In den Unterlassungen zeigt sich die politische und moralische Verkommenheit der tonangebenden Kräfte in der BRD – eines Staates, der sich schon damals anmaßte, für ganz Deutschland sprechen zu wollen. In der Philatelie der DDR nahm die Aufarbeitung dieses Abschnitts deutscher Geschichte – die Formulierung wird ja heute sehr bevorzugt – wohl den breitesten Raum ein. Über 100 von 3120 insgesamt herausgegebenen Briefmarken befaßten sich mit dem Thema Faschismus – Antifaschismus, wobei die Lehren aus der Geschichte gezogen wurden.

Das gilt auch für vorangegangene Perioden. Eine meiner Teilsammlungen habe ich mit dem Motto überschrieben: „Vom Bauernheer zur Volksarmee“. Sie umfaßt Marken, die Thomas Müntzer und den Bauernkrieg zeigen; die Führer des antinapoleonischen Befreiungskrieges und die fortschrittlichen Militärreformer wie Gneisenau, York, Blücher, Stein, Scharnhorst u. a.; die Berliner Arbeiterjugend Ernst Zinna und Heinrich Glasewaldt; Barrikadenkämpfer der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848; Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Führer der deutschen Novemberrevolution 1918; Max Reichpietsch und Albin Köbis, die Helden der revolutionären Matrosenbewegung in Kiel; den Vorsitzenden der KPD und des RFB Ernst Thälmann sowie Fritz Weineck, den „Kleinen Trompeter“; die Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes, die Interbrigadisten in Spanien, die Illegalen in Deutschland sowie die Frontbeauftragten des Nationalkomitees Freies Deutschland an der Seite der Roten Armee. Die Persönlichkeiten, deren Bildnisse auf den Marken zu sehen sind, wurden in der DDR geehrt, waren Vorbild für viele, vor allem in den bewaffneten Organen. Nicht alle können hier genannt werden. Diese Abbildungen haben

nichts gemein mit den Konterfeis auf bundesdeutschen Ausgaben: Hier geht es um Vertreter des Großkapitals oder um Politiker wie Bismarck, Lübke, Erhard, Adenauer und Strauß.

Wie die personenbezogenen Marken dokumentieren, wes Geistes Kind die Verantwortlichen in der DDR waren, so verhielt es sich auch bei jenen, welche die Befreiung durch die Rote Armee oder nationale und internationale Mahnmale des antifaschistischen Widerstandskampfes thematisieren.

Darauf baute die Traditionspflege der bewaffneten Organe auf, darin widerspiegelte sich der Charakter der ganzen Gesellschaft. Diese humanistische und internationalistische Grundhaltung kam auch im Verhältnis zur Solidarität zum Ausdruck. So brachte die Post der DDR Serien von Marken heraus, die zur Hilfe für das tapfere Volk Vietnams aufriefen. Aber auch die Solidarität mit Hochwassergeschädigten im eigenen Land 1954/55, die antiimperialistische Verbundenheit anlässlich der Weltfestspiele 1951 und 1973, die Unterstützung des überfallenen Ägypten und des von der Konterrevolution 1956 angegriffenen sozialistischen Ungarn spielten eine herausragende Rolle. Zum internationalen Jahr der Menschenrechte erschienen Marken, die das Recht auf Arbeit, auf Leben, auf Frieden proklamierten. Es gab eine Markenserie zur Solidarität mit dem schwarzen Afrika, mit dem palästinensischen Volk und den vom Pinochet-Faschismus verfolgten chilenischen Patrioten. Wir begnügten uns also keineswegs mit dem, was die bürgerliche Wohltätigkeit anbietet.

Allein anhand ihrer Briefmarken bewies die DDR, daß sie dem Staat des deutschen Imperialismus – trotz dessen in globaler Ausbeutung wurzelnder ökonomischer Überlegenheit – politisch und moralisch meilenweit voraus war. Die Jungen von heute und künftige Generationen können sich am Beispiel des authentisch vorliegenden Materials davon überzeugen.

Rainer Albert, Zwickau



Dieses Transparent brachten Jungen und Mädchen der FDJ am berühmten „Blauen Wunder“ – der Dresdener Elbbrücke zwischen Loschwitz und Blasewitz – an.

Der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins, Botschafter a. D., **Rolf Berthold** spricht am **15. April** um **15.30 Uhr** im Bürgerhaus, Sonnenplatz 1, auf einer Veranstaltung der

Regionalgruppe Güstrow

Thema: **Die Volksrepublik China – sozialistischer Weg**

Gratulation zum 50. Geburtstag des DTSB

Demnächst wird im „Beitrittsgebiet“ ein Geburtstag gefeiert: Im April steht der 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Turn und Sportbundes an. Die Veranstalter – die Vereine der DTSB-Senioren und Sport und Gesellschaft – haben sich intensiv vorbereitet, wenn auch keiner mit hohen Gästen aus den Kreisen der gegenwärtigen Obrigkeit rechnet. Das überrascht niemanden, denn der frühere Millionen-Sportverein zählt zu den vielen „ungeliebten“ DDR-Erben, die man seit 1990 mit – meist einfallloser – übler Nachrede ins Vergessen zu drängen trachtet. Der DTSB ist sogar eines der ungeliebtesten DDR-Vermächtnisse, weil die angeblich „richtigen Deutschen“ vierzig Jahre lang den „anderen Deutschen“ in den Stadien hinterherrennen, -schwimmen und -radeln mußten. Wer sich je sportlich betätigte, weiß, daß kaum etwas so schwer zu ertragen ist, wie Serien von Niederlagen – noch dazu bei dieser politischen Konstellation. In „Konkret“ hatte Erdmute Beha kurz vor den Münchner Spielen 1972 die Situation mit den damals im Westen gebräuchlichen Vokabeln treffend beschrieben: „Bei den richtigen Deutschen finden die Spiele statt. Von den falschen Deutschen werden sie gewonnen. Kurz vor der Katastrophe stellen die federführenden Deutschen fest, wie sogenannte diese Siege sein werden.“ Und: „Der ‚Spiegel‘ hat was gegen die ‚Staatsamateure‘ aus der DDR. Ausgerechnet der amerikanische IOC-Präsident Avery Brundage macht da Unterschiede. Auf einer Pressekonferenz wollte ein Engländer von ihm wissen, warum die DDR-Sportler vom Staat gefördert werden: ‚Ich war in der DDR. Die Antwort ist sehr kompliziert, weil dort jeder Mensch vom Staat gefördert wird.‘ So was tut weh, darf sich nicht rumsprechen.“ Tat es aber. Ein sicher von vielen respektierter Zeuge war der Stuttgarter Hans Blickensdörfer. Er schrieb außer Sportreportagen auch renommierte Literatur. (Seine Autobiografie „Die Baskenmütze“ wurde in 18 Sprachen übersetzt.) 1976 hatte ihn die „Stuttgarter Zeitung“ nach Montreal geschickt, um von den Olympischen Spielen zu berichten. Er hatte den Mut zu schreiben, was er empfand: „Man kann gegen die nationalistischen Aspekte des Medaillenspiegels angehen, wie man will. Er bleibt Olympias beliebtester Blickfang, und wenn man hineinguckt, schaut einem mit stolzer und ernster Würde die DDR entgegen. Giganten wie die UdSSR und die USA können weder so blicken, noch haben sie Grund dazu. Gegenüber den Posters, die sie auf der Landkarte ausmachen, ist die DDR eine Briefmarke. Olympisch gesehen ist sie freilich zur blauen Mauritius avanciert und nicht vergleichbar mit anderen klei-

Die „blaue Mauritius“ der „falschen Deutschen“

nen Ländern, die olympische Geschichte machten. Als die Nurmi, Irtola und Kolehmainen aus den finnischen Wäldern traten, um dem Langlauf eine neue Dimension zu geben, bewunderte die Welt das kleine skandinavische Land. Aber während die Finnen nur mit ihren Langläufern und Speerwerfern glänzten, hat die DDR ein olympisches Universalfeuerwerk von nie gesehener Brillanz losgelassen. Selbst die sowjetischen Freunde reiben sich die Augen. Total verunsichert aber sind die Amerikaner, und es gibt, nachweisbar, in ihrem Lager einige Athleten, die der DDR Erfolg über Erfolg gönnen. Nicht, weil sie Kommunisten wären. Aber der ‚American way of life‘ setzt der Züchtung von Olympiasiegern Grenzen, die es im Arbeiter-und-Bauern-Staat nicht gibt.“ Doch Blickensdörfer machte noch eine andere Entdeckung: „Während erfolgreiche DDR-Athleten Autogramme gaben, saß Delegationsleiter Manfred Ewald mit den Erfolglosen bei einem festlichen Abendessen im Dachrestaurant des Luxusshotels Chateau Champlain und gab einem amerikanischen Reporter, der Kornelia Ender zu entdecken versuchte, folgende Antwort: ‚Hier finden Sie keine Sieger. Wir sind eine große Gemeinschaft und wollen auch den anderen für ihre Anstrengungen danken und zeigen, wie stolz wir auf sie sind.‘ Auch das machte Eindruck. ‚Das

gibt's bei uns nicht einmal für die Sieger‘, staunte der Amerikaner.“ Blickensdörfer verzichtete auf die Feststellung, daß es solche Empfänge in bundesdeutschen Camps nie gegeben hat. Verlierer? Das überließ man „Bild“. Zur Probe ein paar Zeilen, die den bundesdeutschen Verlierern der Spiele von 2004 galten: „Gold blieb ihnen versagt. Sie hätten es auch nur verdient im Dreikampf: ‚Jammern, klagen, schönreden.‘ Wasser zu wenig, Wind zu stark, Tempo zu hoch, Druck zu groß, Konkurrenz gedopt. Es verging kein Tag ohne Blech holen und Blech reden.“ So ungefähr hatte das auch damals geklungen, als die DDR noch dabei war und die Olympischen Spiele nicht nur um einen Empfang für Medaillenlose bereichert hatte. (Mit der DDR verschwand diese Zeremonie wieder aus dem „Programm“.) Die DDR-Ergebnislisten kann man in den Annalen noch nachlesen. (Am Rande: Als die deutschen Leichtathleten 2004 aus Athen ganze zwei Silbermedaillen mitbrachten, hatten die beiden Damen in ihren Pässen Geburtsorte, die einst zur DDR gehörten.) Damit ist aber auch erklärt, warum gerade im Sport mit so anhaltend blindem Eifer die Delegitimierung der DDR betrieben wird. Als die Verbreitung der Legende vom angeblich grenzenlosen DDR-Doping im Gestrüpp der fast täglich enthüllten BRD-

Dopingskandale an Schwung verlor, wurde wieder einmal die „Stasi“-Keule ausgepackt. Die wird heute noch geschwungen. Inzwischen mehrten sich allerdings die Stimmen derer, die dazu rieten, das Gewäsch zu beenden und statt dessen endlich Erfahrungen des DDR-Sports zu nutzen. Man erinnerte sich der Kinder- und Jugendsportschulen, etikettierte sie neu, scheiterte aber daran, daß die soziale Voraussetzung fehlte: Talente haben heute keine Chance, wenn sie in einer Hartz-IV-Familie heranwachsen. (Siehe oben: Brundage) Ratlos sucht man nach Auswegen. Die könnten vielleicht sogar zu jener DTSB-Geburtstagsparty führen, obwohl einige altbundesdeutsche Experten schon zu verstehen gaben, daß ihnen an einem Platz in einer der hinteren Reihen gelegen wäre. Sie möchten nicht in die Optik möglicherweise auftauchender Fernsehkameras geraten, dieweil noch immer gilt: Die da feiern, sind die „falschen Deutschen“! Übrigens: Die Festrede hält Gustav-Adolf Schur!

Dr. Klaus Huhn



Karikatur von Ruynat

Börsengang der Bundesanstalt für Arbeit?

Der große Coup

A lso, weiterlesen ist erst erlaubt, wenn Aman sicher ist, niemals darüber zu sprechen und wenn, dann nur hinter vorgehaltener Hand. Geheimnisvoll ist der Vorgang deshalb, weil sogar der forsche Bundesarbeitsminister offiziell noch nichts davon gehört hat. Aber die Sache liegt bereits in den Schubladen der Versicherungskonzerne und der „Arbeitgeber“verbände. Natürlich weiß auch die Lobby davon. Sie soll das Loch in die Regierungsbürokratie bohren, durch das man die Bundesagentur für Arbeit an die Börse bringen will. Zuerst wird über den Medienmob ein Gerücht in die Öffentlichkeit lanciert, das noch am selben Tage heftig in Abrede gestellt wird. Damit wäre Punkt eins der Zielstellung erfüllt. Dieser besteht darin, der Regierung anzudeuten, wohin sie sich zu bewegen habe. Das Thema ist also im Gespräch. Nun läßt man das Ganze eine Weile schmoren, während das Kabinett überlegt, wie man es unverfänglich in den üblichen Sprachgebrauch einbringen kann. Der Medienmob engagiert dann „unabhängige“ Institute, Stiftungen und „vertrauenswürdige“ Personen, die die Vorzüge eines solchen Agierens betonen. Das wären z. B. die Erträge aus dem Verkauf der Bundesagentur, die natürlich allein den Arbeitslosen zugute kommen sollen. Die Versicherungswirtschaft wolle sich 51 % des Aktienpakets sichern und 1,5 Milliarden in den „Arbeitsaktienhilfsfonds“ einzahlen. Selbst linke Prag-

matiker finden die Idee hervorragend und jubeln, endlich sei „die Wirtschaft“ gezwungen worden, sich an den Kosten der Arbeitslosigkeit zu beteiligen.

Darüber, daß die verdeckte Zusammenarbeit der Agentur mit den Banken so reibungslos klappt, wenn die ARGE in den Konten ihrer Kunden schnüffelt, freuen sich besonders die Versicherungskonzerne. Sie können fortan lästige Verträge durch die Agentur beenden lassen, bevor es zur verlustreichen Auszahlung von Versicherungsleistungen kommt. Den Gewinn teilen sich beide.

Auch bei einem gewissen Unwillen der Geschädigten könnte die Bundesagentur mit ihren Machtbefugnissen nachhelfen. Schließlich sind ja alle Beteiligten – von der Staatsanwaltschaft über das Amtsgericht bis zur ARGE – beim Staat angestellt, der für die Gleichschaltung sorgt. Einmalig in der Rechtsgeschichte ist ohnehin schon die exekutive Machtfülle der Ämter. Nicht nur die Bundesagentur, sondern auch die ARGE des gleichen Ortes, sogar dieselbe Person genehmigt Anträge, kann sie ablehnen, Ermittlungen wegen Sozialbetrugs führen, Einsprüche zurückweisen oder einfach ignorieren, Sanktionen und Strafen auferlegen. Und wenn die ARGE jemanden in den Tod getrieben hat, dann ist sie damit wenigstens ein Problem los.

Nein, liebe Freunde, ein Polizeistaat ist die Bundesrepublik Deutschland deshalb noch lange nicht, lediglich ein behördlicher Überwachungsstaat mit einer nach eigenem Ermessen handelnden Selbstverwaltungsjustiz.

Dank der unkontrollierten Einsicht in sämtliche Vermögensverhältnisse hat die ARGE einen umfassenden Überblick, welch gigantisches Wertepotential noch aus den Arbeitslosen herauszuholen ist. Untersuchungen über deren Vermögensverhältnisse sehen die nächsten 10-Mil-

liarden-Steuerergeschenke der Regierung an die Unternehmer dadurch mehr als gegenfinanziert. Schätzungen belaufen sich auf etwa 16,5 Mrd. Euro Versicherungsleistungen, 17,8 Mrd. Euro Immobilienbesitz und 2,5 Mrd. Euro auf Konten geparkte Vermögen. Auch wenn diese oder jene Rücklagen und Besitztümer der Arbeitslosen vorerst noch geschützt sind: Immerhin kann keiner in einem kalten Haus wohnen oder ohne Elektroenergie leben. Wer aber die Kosten dafür nicht mehr aufbringt, ist gezwungen, alles Stück für Stück zu verkaufen. Dann erübrigt sich auch eine Lebensversicherung, denn bevor jemand 67 wird, ist er nackt und wirtschaftlich kahl an die Wand gestellt und von einer erbarmungslosen, menschenfeindlichen Regierungs- und Parteienbürokratie erschossen worden. Das Problem der Arbeitslosigkeit erledigt sich so gewissermaßen von selbst. Die Unternehmer machen exorbitante Gewinne, und die Regierung prahlt, wie sie „die Wirtschaft“ vorangebracht hat. Unsere Scheindemokratie besitzt demnach noch erhebliche Reserven, bis jemand erkennt, wie alles verschlungen und vernichtet wird.

Der letzte Stand: Die Eurorück- & Vorversicherungs AG hat die Bundesanstalt unterdessen für schlappe 2,4 Milliarden gekauft. Der Aktienwert belief sich anfangs auf 8,50 Euro. Nach zwei Jahren, als die Aktie auf 0,80 Euro gefallen war, wurde die BA sang und klanglos vom Markt genommen. Die Bundesrepublik war erleichtert. Sie war um etliche Schicksale ärmer. Den Vorstandsmitgliedern der BA und den Aufsichtsräten Schröder, Merkel und Müntefering konnte kein böser Wille nachgewiesen werden.

Die Bundeskanzlerin spendete 650 Euro für ein kirchliches Kinderheim im Osten, und Schröder schenkte seinem Patenkind aus Leninsk für 10,50 Euro einen süßen Teddy aus dem Quelle-Katalog.

Jochen Singer

■ Am Dienstag, dem **3. April**, findet um **18 Uhr** im Liebknechtshaus, Braustraße 15, eine Veranstaltung der **Regionalgruppe Leipzig** zum

90. Jahrestag der Leninschen „Aprilthesen“ statt.

Es spricht der Historiker **Prof. Dr. Ernstgert Kalbe**.

■ Am **14. April** um **10 Uhr** spricht Genosse **Wolfgang Herrmann**, Dreesch, der als Berater der SED bei der FSLN in Managua gearbeitet hat, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Neubrandenburg** im HKB (7. Etage) zum Thema

Nikaragua – ein halbes Jahr nach den Wahlen

■ Am **14. April** findet im Burgkeller (am Markt) um **14 Uhr** eine Veranstaltung der **Regionalgruppe Gera** statt. **Reinhardt Beike** und **Peter Lückmann** sprechen über

Faschismus und Neofaschismus in der BRD und weltweit

■ Die bekannte Schriftstellerin **Elfriede Brüning** ist am **26. April** um **17 Uhr** Gast der **Regionalgruppe Rostock** und des Familienzentrums **„Charisma“**, Lütten-Klein, St. Petersburger Straße 18b. Sie liest aus ihrem Buch

Gedankensplitter

Gäste sind herzlich willkommen.

Neuer Nürnberger Trichter

Die in Nürnberg angesiedelte Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr „unplanmäßig“ einen Überschuß in zweistelliger Milliardenhöhe „erwirtschaftet“. In einer Pressemitteilung gab sie Anfang Januar folgendes bekannt: „Im Jahr 2006 wurden von der BA insgesamt 55,4 Mrd. Euro eingenommen und 44,2 Mrd. Euro ausgegeben. Daraus resultiert ein Überschuß in Höhe von 11,2 Mrd. Euro. Ursprünglich waren nur 1,8 Mrd. Euro vorgesehen.“

Wie konnte diese enorme zusätzliche Summe in die Staatskasse getrichtert werden? Wieso hat sich die BA dazu ausgeschwiegen? Offene Fragen ohne Antworten.

Ich möchte die Leser auf einige Tatsachen hinweisen. Ende 1998 – nach dem Abschluß der Ära Kohl – hatte Ostdeutschland mit 1,3 Millionen etwa so viel Ar-

beitslose wie derzeit. Aber es gab damals die sogenannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die recht begehrt waren. Sie betrafen 216 677 Menschen. Obwohl sich unter Kanzler Schröder die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verbesserte, sondern deutlich verschlechterte und nochmals hunderttausende Stellen wegbrachen, fuhr man die ABM-Plätze im Osten auf weit unter 40 000 zurück. Gleichzeitig kürzte man massiv beim Arbeitslosengeld. Hinzu kommen die geschrumpften Weiterbildungsmaßnahmen. So kann man feststellen, daß der BA-Überschuß auf dem Rücken der Betroffenen zustande gekommen ist. Doch dieser neuartige „Nürnberger Trichter“ wird wie eine Selbstverständlichkeit behandelt.

Joachim Spitzner

Von Victor Hugos „Elenden“ zu den Verelendeten unserer Tage

Absurde Kontraste

„Solange es durch die Schuld der Gesetze und Sitten eine Verdammnis gibt, die noch im Schoße der Kultur künstliche Höllen schafft, weil sie das Schicksal, das göttlich ist, mit menschlichem Verhängnis mischt, solange die drei Probleme unseres Jahrhunderts, die Entwürdigung des Mannes durch ein proletarisches Dasein, die Erniedrigung der Frau durch den Hunger, die Verkümmern des Kindes durch ein umnachtetes Leben, nicht gelöst sind, solange in gewissen Gegenden noch der gesellschaftliche Erstickungstod möglich ist, oder, mit anderen Worten und von einem höheren Gesichtspunkt aus: solange auf Erden Unwissenheit und Elend herrschen, werden Bücher wie das vorliegende nicht überflüssig sein.“

Mit diesen Worten leitete der große französische Romancier Victor Hugo im Jahre 1862 den als sein Hauptwerk betrachteten Roman „Die Elenden“ ein, in dem er das Dasein der Unterschichten schildert.

Jetzt, fast eineinhalb Jahrhunderte später, findet in Deutschland eine „Unterschichtdebatte“ statt. Sie wurde durch die Hartz-IV-Gesetze ausgelöst, die dazu führten, daß große Teile der Bevölkerung – alle mehr als ein Jahr lang Arbeitslosen sowie die sogenannten Sozialfälle – mit dem staatlich festgelegten Existenzminimum (zur Zeit 345 Euro plus Miete) zurechtkommen müssen.

In den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen geriet im vergangenen Dezember ein arbeitsloser Bauarbeiter namens Henrico Frank, der vom SPD-Vorsitzenden Kurt Beck (den selbst ein Zehn-Tage-Bart zierte) zum „Waschen und Rasieren“ auf-

gefordert wurde, auf daß er so einen Job fände. Der Tenor der Medienkommentare lautete damals: Solche Typen wollen ja gar nicht arbeiten. Wer Arbeit sucht, der findet auch welche. Keinen Cent für Sozialschmarotzer dieser Art! Sollen sie doch aus Mülltonnen essen und unter Brücken schlafen. Es fehlte nur noch: Weg mit denen ins Arbeitslager!

Nichtsdestotrotz: Die viel zitierte „Neiddebatte“ hat eine neue Dimension erhalten. Richtete sie sich noch vor kurzem gegen Forderungen nach mehr sozialer und nicht zuletzt finanzieller Gerechtigkeit gegenüber den absurd Reichen und sich weiter Bereichernden, so ist sie inzwischen dadurch gekennzeichnet, daß die auf „anständige Weise“ Verarmten – nämlich jene, welche „wirklich Arbeit suchen“, womöglich Familie haben usw. – sich voller Abscheu über andere auslassen, die es sich vermeintlich in der „sozialen Hängematte“ bequem gemacht haben und dort ein lustiges Leben führen. Die mächtig Reichen dürfen aufatmen: Das „Pack“ schlägt sich untereinander.

Über die Situation des „nützlichen Idioten“ in dieser Geschichte, eben jenes Herrn Frank, weiß ich nicht viel zu berichten: Er ist wohl gesundheitlich angeschlagen, vielleicht Alkoholiker, gehört dem Punkmilieu an und wirkt ehrenamtlich in der Arbeitslosenselbsthilfe mit. In den ganzen Medienrummel ist er eher unfreiwillig, wenn auch ohne große Gegenwehr hineingezogen worden. Buchstäblich über Nacht sah er sich als Vorzeigeparasit präsentiert. Unterdessen soll er sogar eine Tätigkeit als Punkdarsteller aufgenommen haben.

Zu den Motiven von Herrn Beck und der „Bild“-Zeitung sowie ähnlichen Informationsquellen lassen sich schon eher Mutmaßungen anstellen: Hier wird ein heißes, wenn auch wenig wohlschmeckendes Süsschen gekocht. Man zielt auf jene, denen die Hartz-IV-Bezüge weiter gekürzt oder gar gestrichen werden sollen, wenn sie einen angebotenen Job (z. B. das Aufsammeln von Hundekot in Parkanlagen für einen Euro die Stunde) nicht zu akzeptieren bereit sind. In vielen Fällen seien die gezahlten Beträge einfach noch zu hoch, wird behauptet. Mitlöffeln bei dieser trüben Brühe werden auch all jene müssen, die zwar noch nicht im „Prekariat“ angekommen sind, aber aus Angst davor, in dieses bodenlose Loch zu stürzen, auch die allerletzten Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen klaglos über sich ergehen lassen.

Daß es nicht wirklich lustig ist, keine sinnvolle Beschäftigung zu haben, sich ungebraucht und verachtet zu wissen, sein Dasein am Existenzminimum, de facto ausgeschlossen von der Gesellschaft, zuzubringen, sich keine Opern-, Kino-, Theater-, Kneipen- oder gar Arztbesuche

leisten und sein Bier aus Kostengründen nur entweder anonym zu Hause oder asozial auf der Straße trinken zu können – all dies mag vielen, die es nicht erlebt haben, kaum einleuchten. Aber daß es für Menschen, die in diesem Staat groß geworden sind, jahrzehntelang gearbeitet und dabei gut verdient haben, eine absolute Katastrophe ist, sich plötzlich als Sozialfall wiederzufinden, sollte allgemein nachvollziehbar sein.

Während nun aber vor einigen Jahren in der BRD für solche damals (wenigen) Fälle noch ein relativ dichtes soziales Netz gespannt war, ist dieses mittlerweile nahezu komplett weggefallen. Jugendzentren schließen, Büchereien werden kostenpflichtig, Universitäten erheben Studiengebühren – die Ausgemusterten werden immer mehr und immer öfter zu Ausgegrenzten. Es ist nur allzu berechtigt, sich vor dieser Entwicklung zu fürchten, denn wenn die Verelendeten irgendwann so tief gesunken sind, daß ihnen nur noch die Wahl zwischen Freitod, Bettelei oder Verbrechen bleibt, werden sich viele für die letzte Variante entscheiden, um das obszöne Ungleichgewicht zwischen millionenschweren Managergehältern und Hartz-IV-Almosen gewaltsam auszugleichen. Denn nur die Stärksten und Weitblickendsten unter den Armen gehen den Weg des bewußten Widerstandes gegen das kapitalistische System.

Thomas Movtchaniouk



Den Magnaten an den Kragen gehen.
Aus: „Solidaire“, Brüssel

Letzter Gruß

Unser **Achim Thiel**, Begründer und erster Leiter der RF-Regionalgruppe Halle, ist am **9. März** im Alter von fast **74 Jahren** gestorben. Bis zum letzten Atemzug hat er auf aussichtslosem Posten gegen eine unheilbare Krankheit gekämpft. Im Hospiz daniederliegend, verfolgte er Monat für Monat den „Rotfuchs“ mit Hilfe eines Spezialcomputers am Bildschirm. Selbst in dieser ersten Lage blieb er uns Ratgeber und Freund, gewann er ständig neue Leser für den RF. • Zu DDR-Zeiten 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Bitterfeld, war Achim Thiel das Vorbild eines standhaften Kommunisten und eines trotz seiner Krankheit nie verzagenden, ungebrochenen Menschen. Er fehlt uns sehr. Seine Größe wirkt über den Tod hinaus. Wir behalten unseren lieben Genossen und Freund im Herzen und umarmen seine tapfere Brigitte.

Im Namen vieler Kampfgefährten
Rolf Berthold/Klaus Steiniger

Wo sonst zu verschmähende Blondinenwitze ihre Berechtigung hätten

Dagmar Zieglers „Kindergesundheitsgipfel“

Gesundheitsarmut – diese Wortschöpfung ist noch aussagefähiger als das gesamte Scheingefecht der angeblich um das „Wohl der Patienten“ bemühten schwarz-roten Koalitionäre bis zur Verabschiedung ihrer „Gesundheitsreform“ im Bundestag. „Gesundheitsarmut“ – mit dieser Vokabel charakterisierte Frau Prof. Jutta Almendinger, Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, unlängst den Treueschwur der Abgeordneten gegenüber den Lobbyisten der pharmazeutischen Industrie. Aber auch den Mitarbeitern der maßlos aufgeblähten Verwaltungsbehörde mit dem Namen „Kassenärztliche Vereinigung“ garantiert das grandiose „Reformwerk“ ein Überleben. Sie bleibt ein willfähiges Instrument des Staates, ein Relikt aus der Nazizeit, das hoheitliche Interessen durchzusetzen hat.

Auf dem Territorium der DDR wurde das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 10. Oktober 1945 uneingeschränkt verwirklicht, das die „Auflösung und Liquidierung der Naziorganisationen“ vorsah. Unter Punkt 15 ist dort das „Hauptamt für Volksgesundheit“, unter Punkt 26 der „NSD-Ärztebund“ genannt. Bereits am 14. Juli 1945 legte eine Magistratsverordnung für Berlin fest: „1. Vorläufig sind alle im Besitz einer rechtsgültigen Approbation befindlichen und niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte, die registrierten und geprüften Dentisten und die Hebammen verpflichtet, vorbehaltlich einer kommenden grundsätzlichen Regelung für die Versicherungsanstalt Berlin tätig zu sein.“ Mit dieser Verordnung entfielen alle Zwänge des Honorarwesens, begann der Aufbau eines staatlichen Gesundheitswesens, der mit der Veröffentlichung der „Satzung der Versicherungsanstalt Berlin“ am 14. September 1946 fundiert worden ist. Erstmals existierte in einem deutschen Staat ein Ministerium für Gesundheitswesen, dessen umfassende Fürsorge jedem Bürger der DDR zuteil wurde,

etwa durch das bereits am 27. September 1950 erlassene „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“. Reihenuntersuchungen – selbstverständlich kostenlos – gehörten allseits zum Vorsorgeprogramm fürs Kleinkind, für Erwachsene und überdies bestimmte gefährdete Berufsgruppen.

Später entstanden auch anderswo Gesundheitsministerien. So gibt es heute im Land Brandenburg eine blonde SPD-„Politikerin“ namens Dagmar Ziegler, die das dortige Gesundheits- und Familienministerium leitet. Die 1960 in Leipzig Geborene lebte bis zur „Wende“ unauffällig im DDR-Alltag. Dann begann ihre steile Karriere. Als Ministerin organisierte sie längst ein Treffen mit Interessierten und Verantwortlichen in ihrem Hause. Sie gab dem Unternehmen den bombastischen Titel „Kindergesundheitsgipfel der Landesregierung Brandenburg“. Man hätte nun mutmaßen können, daß die zu DDR-Zeiten an der Humboldt-Universität als Finanzwirtschaftlerin ausgebildete Blondine ein Fünkchen Selbsterlebens diesem „Gipfel“ zutragen würde. Aber nein! Sie glitt ab in die tiefsten Schluchten jetzt üblicher Verdummung. Als sie gefragt wurde, warum Reihenuntersuchungen für Schulkinder und Zuschüsse für ambulante soziale Dienste gestrichen worden seien und wie sich das mit ihrem Anspruch vereinbare, Brandenburg bei der Kinderbetreuung „ganz nach vorne zu bringen“, antwortete Frau Ziegler: „Die Reihenuntersuchungen in den Kitas sind bisher jährlich festgeschrieben. Wir müssen feststellen, daß die Inanspruchnahme nicht die ist, die wir uns wünschen.“

Die Gesundheitsministerin wurde weiter bedrängt: „Bleiben wir noch mal bei dem Beispiel Reihenuntersuchungen. Sie sagen, es habe Angebote gegeben, die nicht wahrgenommen wurden. Nun sind Reihenuntersuchungen aber eine sinnvolle Sache, ob das jetzt der Zahnarzt ist oder der Allgemeinmediziner, um den Entwicklungsstand des Kindes einzuschätzen. Da sagen Sie einfach: Wir gehen runter mit den Angeboten.“

Frau Ziegler übte sich nun im obligatorischen Antikommunismus: „Ich habe gestern im Landtag deutlich gemacht, von welchem Stand wir in der DDR ausgegangen sind. Der war viel miserabler, da gab es weder Multivitaminensaft für Kinder noch ausreichend Obst und Gemüse, was heute zur Selbstverständlichkeit gehört. Viele Menschen haben in feuchten Wohnungen mit kleinen Kindern leben müssen.“

So ist die Katze aus dem Sack: Deshalb also „mußten“ in der DDR kostenlose Reihenuntersuchungen „gesetzlich befohlen“ werden. Es gibt in diesem deutschen Gegenwartsstaat nicht nur eine grassierende Kinderarmut, eine immer mehr um

sich greifende Altersarmut, eine „Gesundheitsarmut“, sondern auch noch eine frappierende Geistesarmut bei Politikern.

Allein der Geburtenvergleich in Ost und West strahlt die „Kindergesundheitsgipfelstürmerin“ aus Potsdam der Lüge. Eben weil in der DDR die gesellschaftlichen Bedingungen für die Freude an eigenen Kindern, deren sozial gesichertes Aufwachsen, deren weitreichende Förderung und Betreuung bestanden, lag die Zahl der Lebendgeborenen (je 1000 Einwohner) überzeugend höher als in Westdeutschland.

	BRD	DDR	DDR- Überhang
1980	10,1	14,6	+ 4,5
1985	9,6	13,7	+ 4,1
1986	10,3	13,4	+ 3,1
1987	10,6	13,6	+ 3,0
1988	11,0	12,9	+ 2,9
1989	11,0	12,0	+ 1,0

Und in der reichen BRD, in der es Multivitaminsäfte sowie schadstoffbelastetes Obst und Gemüse in Hülle und Fülle gibt, geht seit 1990 die Geburtenrate deutlich abwärts.

Dagmar Ziegler und die anderen verlogenen Politiker der schwarz-roten Koalition drücken sich um die Wahrheit: Die Bundesrepublik Deutschland hat angeblich kein Geld. Sie muß überall sparen. Wofür? Sie braucht für ihre aggressive Politik nach innen (Beschneidung der Bürgerrechte, Eindämmung der Demokratie) und außen (Sicherung von Rohstoffen und Transportwegen) enorme Mittel. Allein 35 Millionen Euro veranschlagt „Verteidigungs“minister Franz Josef Jung nur für den Einsatz der 6 Tornado-Aufklärer, die ab April 2007 in Afghanistan „helfen“ sollen, Bombenziele für die NATO-Aggressoren vor allem der U. S. Army aufzuspüren. Jede Flugstunde dieses Typs kostet im Mittelwert etwa 6000 Euro. Bei solcher Verwendung des Budgets bleibt nur „Gesundheitsarmut“ für das Volk.

Hans Horn

Am **14. April** um **9.30 Uhr**
spricht Chefredakteur
Dr. Klaus Steiniger
auf einer Veranstaltung der
Regionalgruppe Strausberg
in der Begegnungsstätte der
Volkssolidarität,
Gerhart-Hauptmann-Straße 6,
zu dem Thema

**Wie steht es
um die revolutionäre
Weltbewegung**

Mitglieder, Leser und Freunde des RF
sowie weitere Interessenten sind herzlich
eingeladen.

Am **23. April** um **15.30 Uhr**
spricht **Egon Krenz** zu dem Thema:

**Der November '89
und was daraus
geworden ist**

auf einer Veranstaltung der

Regionalgruppe Rostock

im Familienzentrum „Charisma“ e. V.,
Lütten-Klein, St. Petersburgerstr. 18 b.

Wie Rotarmisten Ernst Thälmann aus dem „Gelben Elend“ befreien wollten

Die Tat des Unterseergeanten Maslow

Im April 1945 wurde auf Befehl Marschall Konews eine Vorausabteilung der Roten Armee zusammengestellt. Ihre Aufgabe bestand darin, einen Angriff mit Stoßrichtung Dresden zu führen. Den Hauptbestandteil der Vorausabteilung, die unter dem Befehl von Gardemajor Maximow stand, bildeten Einheiten des 7. Mechanisierten Gardekörps.

Am 19. April erreichte diese Gruppierung den östlichen Stadtrand von Bautzen. Im Morgengrauen des 20. begann der Sturm auf die Stadt. Die Rotarmisten stießen dabei auf hartnäckigen und erbitterten Widerstand der faschistischen Wehrmacht, des Volkssturms, der Hitlerjugend und der „Truppen“ des zum Feind übergelaufenen sowjetischen Generals Wlassow.

Am 23. April war Bautzen zu zwei Dritteln von den faschistischen Einheiten befreit. Zu diesem Zeitpunkt gab es nur noch einzelne Widerstandsnester auf der Ortenburg, am Schützenplatz und in der auch als „Gelbes Elend“ bekannten Landesgefängenenanstalt.

Unterdessen war Gardemajor Maximow schwer verwundet worden, so daß er beim weiteren Kampfgeschehen ausfiel. Den Befehl übernahm Gardemajor Fomenko.

Der Stab der Vorausabteilung befand sich im Haus Goschwitzstraße 33, Ecke Postplatz. An diesem Gebäude gab es nach 1945 eine Gedenktafel, welche an das Stabsquartier und die Befehlsstelle erinnerte. Sie wurde im Verlauf

der konterrevolutionären Ereignisse 1990 entfernt.

Die in Bautzen kämpfenden Rotarmisten gingen davon aus, daß der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann noch in der Landesgefängenenanstalt inhaftiert sei. Sie wußten zu diesem Zeitpunkt nicht, daß der deutsche Arbeiterführer bereits im August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald durch die SS ermordet worden war. Die Rotarmisten, vornehmlich Kom-

somolzen und Kommunisten, drängten deshalb den Stab, Befehl zur Befreiung Ernst Thälmanns zu geben. Gardemajor Fomenko beschloß, daß zwei Stoßtrupps die Landesgefängenenanstalt stürmen sollten.

Einer der Stoßtruppführer war der Gardeunterseergeant Maslow. Er erreichte mit seinen Genossen das nordwestliche Nebentor zum Gefängniseingang. Um dieses entwickelte sich ein äußerst heftiges Gefecht. Maslow überwand an der Spitze der anderen Rotarmisten das Tor und wurde im feindlichen Abwehrfeuer tödlich getroffen. Die Verluste seines Stoßtrupps waren beträchtlich. Der Vorstoß zur beabsichtigten Befreiung Thälmanns führte nicht zum Erfolg. Die Anstalt wurde von Wehrmachtsangehörigen, dem Gefängnispersonal und Wlassow-Truppen verteidigt. Der zweite Stoßtrupp konnte nicht unterstützend eingreifen, da er unter heftigen gegnerischen Beschuß geriet. Dennoch drang er bis zum Gefängnis vor, wurde dann aber ebenfalls zum Rückzug gezwungen.

Seitlich vom heute zugemauerten Nebentor ist eine schlichte Gedenktafel angebracht worden, die an den Heldenmut des Gardeunterseergeanten Maslow und seiner Genossen erinnert. Jedes Jahr werden dort Blumen zum Gedenken an die gefallenen Rotarmisten niedergelegt.

Horst Kubasch, Bautzen



Die Nazis haben doch nichts Böses getan ...
Karikatur von Boris Jefimow (Prawda)

Als „Kongo-Müller“ stutzte

Beim Blättern im vorjährigen November-„RotFuchs“ stieß ich auf die „Erinnerung an den ‚Lachenden Mann‘ – „Kongo-Müllers Selbstentlarvung“. Autor des Beitrags war RA Ralph Dobrawa. Der Dokumentarfilm von Heynowski & Scheumann gehört gewiß zu ihren am meisten beeindruckenden und von daher unvergessenen Arbeiten. Natürlich wußte Müller nicht, auf wessen Fragen er antwortete. „Heynowski und Scheumann kamen glücklicherweise gar nicht erst in die Verlegenheit, eine wahrscheinlich das gesamte Projekt gefährdende wahrheitsgemäße Antwort geben zu müssen“, schreibt Dobrawa. Abgesehen davon, daß den beiden mit Sicherheit eine plausible, befriedigende Antwort eingefallen wäre – wie ich sie kenne, hatten sie sich auch auf eine solche Situation vorbereitet –, wäre die ganze Sache einmal beinahe doch gekippt: Es war Drehpause. Die Assistenten legten belichtetes Material aus,

beluden Kassetten neu, pflegten die Kameras. Damals arbeitete man noch nicht mit elektronischer Aufzeichnung. Das kleine Atelier, die Technik mit den Kamara-Assistenten waren angemietet. Und einer von ihnen schimpfte vernehmlich auf das Filmmaterial minderer Qualität: „Dieses verdammte Ost-Zeug! So viel Absatz!“ (Gemeint war, daß die Oberfläche des ORWO-Negativmaterials weicher war als die von Agfa und anderen Herstellern, was dazu führte, daß sich auf den Kufen, über die der Film geführt wurde, unregelmäßig ein Belag absetzte. Beseitigte man den nicht, kam es zu Unschärfen.) Für einen Moment wurde Kongo-Müller stutzig. Und es muß wohl vorübergehend totenstill im Atelier gewesen sein. Dann aber grinst er und gab sich selbst die Antwort: „Ist wohl billiger, was?“ Nein, ich war nicht dabei. Und von wem ich diese Episode erfuhr, möchte ich für mich behalten.

Werner Wüste

Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger spricht am **21. April um 10 Uhr** in der Felsenschänke **Mylau**, Obermylauer Berg 25, über das Thema

Portugals Nelkenrevolution und Cunhals Partei heute

Es werden zwei Filme gezeigt. Einlader ist die

Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen.

Zum gleichen Thema findet am **26. April um 18 Uhr** in **Bautzen**, Haus der Sorben, Postplatz, eine Begegnung mit dem RF-Chefredakteur statt.

Hier lädt die **Regionalgruppe Bautzen-Lausitz**

alle an Portugal und der PCP interessierten Genossen und Freunde ein.

Auch in Bautzen werden zwei Filme gezeigt.

Ein Pfarrer Hans-Jochen Vogel gewidmetes Symposium in Chemnitz

Beitrag zum christlich-marxistischen Dialog

Erinnern und Rückbesinnen an Leben, Denken und Wirken Hans-Jochen Vogels, aber auch das Fragen nach gegenwartsbezogenem und zukunftsorientiertem Glauben und Handeln in der kapitalistischen Gesellschaft standen im Mittelpunkt eines Symposiums, zu dem die Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsen, Familie Vogel und der Chemnitzer Rothaus e. V. eingeladen hatten. Unterstützt wurde diese Veranstaltung, zu der sich etwa 150 Teilnehmer aus Ost und West trafen – Christen verschiedener Konfessionen saßen neben Marxisten/ Sozialisten kürzlich in einem Chemnitzer evangelischen Gemeindezentrum –, von der sächsischen Linkspartei.PDS.

„Dem Rad in die Speichen fallen“ – dieses Wort des bekannten Antifaschisten und evangelischen Theologen – zog sich wie ein roter Faden durch zahlreiche Beiträge und die Diskussion. So führte das Symposium Weggefährten zusammen, mit denen Hans-Jochen Vogel vor 1989/90 und später gemeinsam „nachgedacht und gearbeitet“ hatte. Sich engagieren, reflektieren und handeln wollen bedacht sein in konkreter Orts- und Zeitbezogenheit, wollen inspirieren und motivieren. Ideale und Ziele fordern Taten heraus.

Allerdings hielt sich der am 25. Dezember 2005 Verstorbene daran, daß sich politisches Wirken nicht in Kritik erschöpfen darf. Die Zukunft der Menschen braucht positive, konstruktive Entwürfe. Das Du vor dem Ich war eine der Maximen Vogels, an die er sich selbst hielt. „Jeden Menschen ernst nehmen als gleichwertigen Mitmenschen“ hieß seine Vorstellung vom und seine Forderung an den Sozialismus.

Auf das Leben und Wirken des Theologen und Sozialisten, des langjährigen Karl-Marx-Städter und dann Chemnitzer Studentenpfarrers verwies Dr. Klaus Bartl, verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag in seinem Grußwort. Das Denken und Tun Vogels bleibe „in dieser Stadt, in dieser Region lebendig“. Freilich besitze es eine Symbolik, daß sich unter den Anwesenden Menschen ganz verschiedenen Alters, unterschiedlicher Lebenslagen, Christen und Sozialisten, auch Christen, die sich als Sozialisten verstünden, und Sozialisten mit religiösem Hintergrund zusammenfänden, um zu debattieren, zu streiten, miteinander zu reden. Dies mit dem Ziel, motivierter und bereit zu sein, „sich an ihrem Platz, in ihren Lebenszusammenhängen einzusetzen, einzumischen, auch aufzulehnen, voranzugehen“.

Der Landespolitiker Klaus Bartl hatte H.-J. V., wie ihn seine Freunde nannten, in einer Zeit kennengelernt, als er noch selbst Leiter einer Abteilung der damaligen SED-Bezirksleitung war. Kirchenfragen gehörten zu seinem Ressort. Nach 1989 kreuzten sich die Wege des Marxisten und des Christen. Vogel hatte sich konstruktiv in die Debatte um die Perspektive einer „Kirche im Sozialismus“ eingebracht und deren friedensstiftende Rolle betont. Auch wenn er sich „nicht immer in Frieden mit der DDR“ empfand, sah er sich „mitnichten als ihren Feind“. Zu Gesprächen und Debatten über Berührungspunkte und Trennendes war er stets bereit.

Die Chemnitzer Tagung vermittelte auch viele biographische Informationen. Der Student der Theologie, der sich an der Leipziger Karl-Marx-Universität profundes Wissen aneignen konnte, interessierte sich auch für die Kulturen Afrikas und des Nahen Ostens, für Ethnologie.

Dietrich Bonhoeffer und der schweizer reformierte Theologe Karl Barth prägten sein Denken und Handeln. Sprachliche Interessen schlossen Kenntnisse in Englisch, Französisch und Spanisch ein. Persönliche Glaubenshaltung und politische Überzeugung bildeten für ihn eine unzertrennliche Einheit. 1979 gehörte Vogel zu den Mitbegründern einer Gruppe der Christlichen Friedenskonferenz (CFK). Er, der aus einer antifaschistisch orientierten Arbeiterfamilie stammte, sah sich als Christ und Sozialist zugleich. So war ihm der christlich-marxistische Dialog kein Widerspruch zu persönlichem vollzogenem Glauben. Die nach 1989/90 entstandene Situation beschäftigte Vogel thematisch in starkem Maße, so die soziale Lage vieler Menschen, Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und Rechtsextremismus.

Über persönliche Eindrücke von mancherlei Begegnungen mit dem Kirchenmann berichtete Prof. Dr. Dr. Ernst Woit, Dresden, Erster Sprecher der Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen und der Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. Sein Thema lautete: „Christen und Marxisten im Friedenskampf unserer Zeit“. Eine zweifellos ermutigende Tagung, die auf spezifische Weise die politisch-theologische Hinterlassenschaft Vogels aufbereitete und sein Erbe für Menschen im Hier, Heute und Morgen erschloß.

Hermann Gerathewohl, Leipzig

Im Rechtsstaat

Angenommen, du bist Klaus X,
Hartz-IV-Empfänger,
dein Geld reicht wieder mal nicht länger,
du stehst wegen Schulden vor Gericht.
345 Euro – mehr bekommst du nicht.
Dreißig Tage Knast, das ist ja nicht viel,
wenigstens nicht für Leute unterer Klassen,
die muß man von jeher hart anfassen.
Da hat es Peter Hartz schon besser,
den liefert kein Staatsanwalt ans Messer.
Egon Müller verteidigt ihn mit Geschick,
seinem Mandanten winkt das Glück.
„Sonderzahlungen“ um die Millionen
müssen sich doch am Ende lohnen.
Der Angeklagte verschob sie, ein Lump?
Hartz-IV-Empfänger leben von Pump.
Durch seinen Anwalt läßt Hartz erklären,
daß ihn Gewissensbisse beschweren,
bitterlich bereut er sein „Fehlverhalten“,
darum darf er die Millionen behalten.
Spesen für Reisen, Schmuck, Prostitution,
das kennt man inzwischen alles schon.
Nichts für sich selbst, Hartz ist ja bescheiden,
schlechten Ruf wollte er stets vermeiden,
Geld sei geflossen nur im Firmeninteresse,
unser Ritter ist ganz und gar Noblesse.
Wo es geblieben, ist einerlei;
Hauptsache nur: der Mann bleibt frei.
Topmanager mußte er finanzieren,
dabei hatte er nichts zu verlieren.
Kanzler Schröder holte ihn einst von VW,
Personalchef war er mit Renommee.
Das Sozialnetz sollte er neu gestalten,
die Bezüge der Arbeitslosen verwalten.
Gesetze wurden nach ihm benannt.
Nun ist er als Krimineller bekannt.
Ein anderer heißt Josef Ackermann,
der zeigt uns, wie man gewinnen kann.
Wer Geld hat, wird niemals verlieren,
notfalls muß er den Anwalt schmieren.
Oder man zahlt eine gute Kautions,
der Hartz-IVler bleicht Tagessätze – welch Hohn!
Das Gericht muß doch Unterschiede machen,
vor allem in solchen Millionensachen,
denn vor dem Gesetz sind zwar alle gleich,
doch nicht vor Gericht, nicht jeder ist reich.
Konzerne und Banken haben das Sagen.
Prekärer allein die Lasten tragen.
Aber wo sind eigentlich die Massen?
Die darf man keinesfalls auftreten lassen,
die kriegen BILD und Zuckerbrot,
dabei vergessen sie ihre Not.
„Vergleichsweise niedriger Schaden
wegen geringfügiger Taten.“
So sagt es uns der Staatsanwalt,
begraben ist die Komödie bald.
Das Volk soll auf solche Vertreter bauen
und stets dem Recht des Staates vertrauen.
Der beurteilt jeden nach seiner Klasse
und bittet nur die Armen zur Kasse.

Eva Ruppert

Die Regionalgruppe Bitterfeld/Wolfen
lädt für den **24. April** um **16 Uhr** nach
Bitterfeld in die Begegnungsstätte der
Volkssolidarität, An der Sorge 2, herzlich ein.
Dr. Peter Nitze spricht über das Thema

**Das Bildungssystem
der DDR und die
Bildungsmisere
in der BRD**

Gäste sind herzlich willkommen.

George Dabbelju erklärt immer wieder, Gott habe ihn berufen, Präsident der USA zu sein. Gemacht haben ihn jedoch die großen USA-Konzerne und Banken. Von ihnen wurden seine Wahlkämpfe großzügig gesponsert. Und Mr. Bush ist fürwahr nicht undankbar, wenn es um die „Revanche“ für solche Gefälligkeiten geht. Er ist der Sprecher und Sachwalter vor allem der Interessen der Öl-Multis und des Militärisch-Industriellen-Komplexes (MIK) der USA.

In der Rangliste der zehn umsatzstärksten Konzerne der Welt befinden sich immerhin sechs aus den Vereinigten Staaten, darunter drei Ölkonzerne. Und über 80 000 Unternehmen profitieren vom Rüstungsgeschäft.

Entsprechend sieht die Bush-Administration aus. George W. kommt direkt aus der „Ölbranche“ – mit eigenen Unternehmen. Er war Manager der Ölgesellschaften „Arbusto/Bush-Exploitation“ und Harken. Sein Vizepräsident Dick Cheney wechselte vom Posten des Vorstandsvorsitzenden des weltweit größten Ölfeld-Service-Unternehmens Halliburton in das derzeitige Amt. Die scharfmacherische Condoleezza Rice war langjähriges Aufsichtsratsmitglied des Chevron-Texaco-Ölkonzerns. Mehrere Präsidentenberater kommen vom Ölmulti Enron. Der inzwischen zurückgetretene Verteidigungsminister Donald Rumsfeld machte sein Geld in der Chemie-Pharma-Industrie und wirkte während seiner Regierungszeit als Rüstungs-Lobbyist. Exaußenminister Colin Powell war Generalstabschef der Army.

Der Anteil von Vertretern der Rüstungsindustrie ist übrigens in der jetzigen Administration so hoch wie in keiner früheren Regierung.

„Das Weltbild der Bush-Regierung ist das Weltbild von Ölmännern“, schrieb das liberale Wochenmagazin „The New Republic“. Sein Autor A. Lee charakterisierte sie als „Ansammlung von Chefs aus dem Öl- und Agrobusiness, von unbelehrbaren Militaristen, Fundamentalisten des Marktes, Todesstrafe-Fanatikern und dazu noch ein paar Neo-Südstaatenrassisten, die dem widerwärtigen Haufen die entsprechende Würze geben.“

Was ist der MIK? Er stellt einen Interessenverbund von Rüstungskonzernen, militärischen Führungszentren und hohen Staatsbeamten dar, die auf Krieg setzen. Politische, ökonomische und militärische Interessen sind hier engstens miteinander verflochten. Sie repräsentieren ein enormes Potential. Der MIK spielt im politischen System des Landes die entscheidende Rolle. Seine Allmacht hat verheerende Konsequenzen.

Sogar Präsident Dwight Eisenhower, selbst ein Vertreter rechtskonservativer Kreise, warnte am Ende seiner Präsidentschaft vor dem MIK, der die Gewichte einseitig zugunsten eines Konglomerats aus Rüstungsindustriellen und Führungskreisen der Streitkräfte verlagere. „Die Möglichkeit eines unheilvollen Anwachsens falsch platzierter Macht existiert und wird auch in Zukunft existieren“, erklärte Eisenhower. Sein Berater R. J. Barnet

fügte erläuternd hinzu: „Das Ergebnis ist eine Regierung, deren Hauptbeschäftigung darin besteht, Kriege zu planen und auszutragen.“

Der USA-Schriftsteller Gore Vidal ergänzte: „1950, zu Beginn des kalten Krieges, militarisierte Präsident Harry Truman die Wirtschaft. Seitdem stehen wir ununterbrochen im Krieg – im kalten wie im heißen.“

Und in der Tat: An vielen der etwa 200 Kriege seit 1945 waren die Vereinigten Staaten direkt oder indirekt beteiligt.

George W. Bush führt nun den „langandauernden Krieg gegen den Terrorismus“, um die „Neuordnung der Welt“ durchzusetzen.

Wesentlicher Bestandteil dieses Konzepts ist die sogenannte Seidenstraßen-Strategie. Sie zielt darauf ab, entlang dieser traditionellen Achse – vom Mittelmeer über

zen“. Das erklärte seinerzeit der russische Geopolitiker Leonid Iwaschow. Der 11. September 2001 lieferte George W. Bush, dessen Mannschaft schon drei Monate vor diesem Anschlag die Planungen für eine Afghanistan-Invasion abgeschlossen hatte, den Vorwand, um den „Ruf zu den Waffen“ zu artikulieren.

Die Kurse der Rüstungskonzerne schnellten sofort in die Höhe. Maximalprofite waren gesichert. Gore Vidal beleuchtet diesen Vorgang so: „Die Führung der Vereinigten Staaten, die Eigentümer dieses Landes, müssen ... Krieg führen, sonst bekommen sie nicht die nötigen Mittel für das Pentagon – Summen, die dann an Boeing und Lockheed weitergereicht werden. Es ist sehr wichtig, daß wir Feinde haben, deshalb schaffen wir uns immer neue.“

Der MIK sorgt also für eine stabile Auftragslage!

Warum Washington vor allem mit Kriegen beschäftigt ist MIK – Chiffre für eine Mordmaschine

Syrien, den Nahen Osten zum Kaspischen Meer und weiter in die zentralasiatische Region – die dort vorhandenen Ressourcen unter Kontrolle zu nehmen und auszubeuten. Berater Thomas P. M. Barnet weist den USA dabei die „Rolle des „Systemadministrators bei der ökonomischen Globalisierung“ zu. Die Bush-Administration strebt an, allen Rivalen den Zugang zum Erdöl maximal zu erschweren, ja, möglichst zu versperren.

Schon USA-Präsident Woodrow Wilson war zur Zeit des Ersten Weltkrieges davon ausgegangen: „Die Weltgeltung einer Nation wird von ihren Ölschätzen abhängen.“ Dem „Cheney-Bericht“ zufolge müssen zwei Drittel des Ölbedarfs der USA im Jahre 2020 importiert werden. Aus der Jagd nach Öl und anderen Ressourcen folgt: Der Pentagon-Etat ist größer als die entsprechenden Budgets der 13 nächstgrößten Militärmächte zusammen. 1,4 Millionen GIs stehen unter Waffen. 250 000 von ihnen sind rund um den Globus in über 725 Stützpunkten und Basen stationiert. Über 160 000 Angehörige der Streitkräfte nehmen bereits am „Krieg des 21. Jahrhunderts“ teil.

Der MIK stützt sich auf die „Erkundungstätigkeit“ der Geheimdienste und die medienbeherrschenden Konzerne.

Psychologische Kriegführung produziert ständig neue Bedrohungsszenarien und Feindbilder. Der terroristische Anschlag auf das New Yorker World Trade Center war – welche Kräfte auch immer ihn ausheckten und durchführten – „ein politischer Glücksfall für jene Kräfte in den USA und in der Welt, welche den Kurs auf Errichtung der Weltherrschaft unterstüt-

Eine neue „Weltordnung“ war von Bush sen. verkündet worden. Der Stern seines Sohnes, der diesen Kurs fortsetzt, befindet sich jedoch im Sinkflug. Irak und Afghanistan sind keine militärischen und politischen Ruhmesblätter für dessen Administration. Über 3000 tote und weit über 20 000 verwundete GIs wecken bei den USA-Bürgern düstere Erinnerungen an Vietnam. Der Ausgang der Kongreßwahlen vom 7. November 2006, bei denen Bushs Republikaner geschlagen wurden, widerspiegelte einen Stimmungsumschwung in den Vereinigten Staaten.

Bis Anfang 2009 ist George Dabbelju noch im Amt. Bricht danach der Frieden aus? Man sollte keine Illusionen haben. Denn die Demokraten – die andere Partei der USA-Monopolbourgeoisie – haben wiederholt erkennen lassen, daß im Falle ihres Wahlsieges kein grundlegender Wandel in der Außen- und Militärpolitik zu erwarten ist. Graduelle Unterschiede könnte es allerdings geben.

Bei den Wahlen im November 2008 steht nicht der USA-Imperialismus zur Disposition. Die Ölmultis bleiben. Der MIK wird dafür sorgen, daß das Prinzip „America first“ – die Vorrangrolle der USA – in der Welt vorerst seine Gültigkeit behält. Er setzt die Hauptakzente in der Politik Washingtons.

An den aktiven Friedenskräften in den USA und den imperialistischen Hauptländern sowie in aller Welt wird es liegen, ob die Aggressivität des MIK und seiner Regierung in Zukunft etwas zurückgedrängt werden kann.

Prof. Dr. Georg Grasnack

Japan auf dem Weg zur militärischen Großmacht

Das Ende der Pazifismus-Heuchelei

Seit Anfang Januar be-
sitzt Japan ein „echtes“
Verteidigungsministerium.
Die bisherige „Verteidi-
gungsbehörde“ wurde
einfach umbenannt. In
Washington nahm man die
Meldung mit Genugtuung
auf.

Der Schritt Tokios ruft un-
willkürlich die Erinnerung
an die furchtbaren Ver-
brechen wach, die Japans
kaiserlich-imperialistische
Armee in den 30er und 40er
Jahren zunächst in China
und Korea, dann im ganzen fernöstlich-
pazifischen Raum begangen hat. Nach
seiner Niederlage im Zweiten Weltkrieg
wurde das Land gezwungen, eine anti-
militaristische Verfassung anzunehmen,
an die es sich jahrzehntelang formal hielt.
Nach dem Zusammenbruch der Sowjet-
union suchten die aufeinanderfolgenden
japanischen Regierungen jedoch nach We-
gen, sich von den Beschränkungen auf mi-
litärischem Gebiet zu befreien. Sie gingen
dabei etappenweise vor. Seit 1992 wurden
mehr als 20 wichtige Ergänzungen in die
Verfassung aufgenommen, die das Kon-
zept einer „defensiven“ Verteidigung in
Richtung einer „normalen“ Verteidigung
änderten, wobei „überseeische Opera-
tionen“ einen integrierenden Bestandteil
bilden.

Nach jahrelangen Diskussionen beschloß
das Tokioter Parlament im Dezember
2006, alle bisherigen „Hemmnisse“ zu
beseitigen. Das war insofern ein Witz, als
Japan mit einem „Verteidigungsetat“ von
50 Mrd. Dollar bereits bei Ausgaben für
seine Streitkräfte unter den stärksten Mi-
litärmächten rangierte. Beim Wehrbudget
nehmen die USA mit etwa 50 % der Welt-
ausgaben den ersten Platz ein, gefolgt von
Großbritannien, Frankreich, Japan und
China mit jeweils etwa 5 %. (Rußland hat
keine neueren Zahlen veröffentlicht.) Die
sogenannten Selbstverteidigungskräfte
der Tokioter Machthaber bestehen aus
240 000 „Bürgern in Uniform“, die man
auch schon bisher ganz offen als Mili-
tärs bezeichnete. Japans Seestreitkräfte
gehören zu den modernsten der Welt. Die
Luftwaffe ist vorerst weniger mächtig,
arbeitet aber im Zusammenwirken mit
den USA daran, Systeme für Kurz-, Mittel-
und Langstreckenraketen zu entwickeln,
die mit Nuklearköpfen bestückt werden
können.

Das imperialistische Japan unter Pre-
mierminister Shinzo Abe zielt auf eine
aktivere Rolle in der internationalen Are-
na. Um die Landeskinder darauf vorzu-
bereiten, wurde ein Gesetz angenommen,
das den „Patriotismus“-Unterricht in den
Schulen zum Pflichtfach erklärt. Das er-
innert an finstere Zeiten.

Ministerpräsident Abe schweben beson-
ders Operationen im Ausland vor. Schon



jetzt ist die japanische Armee in Wa-
shingtons Irak-Aggression tief verstrickt.
Bei einem Besuch in Brüssel erklärte Abe
Anfang Januar, Japan sei bereit, „die
NATO beim Wiederaufbau Afghanistans
zu unterstützen“.

Wie man sieht, nimmt Tokio Kurs darauf,
Japan zu einer durch die USA gestützten
und gegen China gerichteten regionalen
Großmacht zu entwickeln. Deshalb soll
der Pazifismus aus seiner Verfassung
verbannt werden. USA-Präsident Bush be-
trachtet das fernöstliche Land als einen
engen Verbündeten bei seinem eigenen
Weltherrschaftsstreben.

Seit den 50er Jahren un-
terhalten die Vereinigten
Staaten 91 Militärbasen
in Japan. Angeblich
wurden sie für die Ver-
teidigung des „nicht über
eigene Streitkräfte ver-
fügenden“ Inselstaates
geschaffen.

Eine besondere Rolle ist
Japan von den USA im Zu-
sammenhang mit ihrem
neuen Raketenstationie-
rungsprogramm zuge-
dacht. Auch hofft man in
Washington darauf, an

japanischer Militär-Spitzentechnologie
teilhaben zu können, zumal das USA-Ster-
nenkriegsprogramm kaum Fortschritte
gemacht hat. Von Washington kam der
Vorschlag, gegebenenfalls auf Japans Bo-
den Kernwaffen zu stationieren.

Die Entwicklung des Landes zu einer
militärischen Großmacht ersten Ranges
und dessen Vernetzung mit den Potenzen
des Pentagons bestärken China in seiner
Überzeugung, daß beide zusammen für
Beijing eine immer ernsthaftere Bedro-
hung darstellen.

**RF, gestützt auf einen Artikel
von Pol De Vos in „Solidaire“, Brüssel**

Der Fall Ehren Watada

Unlängst wurde zum ersten Mal ein
USA-Offizier, der sich geweigert hatte,
in Irak zu kämpfen, vor ein Militärgericht
gestellt: Leutnant Ehren Watada, Sohn
eines USA-Bürgers japanischer Nationa-
lität und einer Mutter
chinesischer Abkunft,
war in Honolulu (Hawaii)
aufgewachsen. Nach den
Attentaten vom 11. Sep-
tember 2001 bewarb er
sich bei der U. S. Army,
die ihn vor zwei Jahren
zum Offizier ernannte.
Als seine Einheit damit
rechnen mußte, nach Irak
verlegt zu werden, er-
klärte er: „Als ich von all
den Lügen erfuhr, die die
Bush-Administration in Umlauf gesetzt
hatte, um diesen Krieg zu entfesseln,
war ich schockiert. Wie könnte ich diese
schreckliche Uniform in dem Wissen tra-
gen, daß wir ein Land auf der Grundlage
einer Lüge überfallen haben?“ Watadas
Schlußfolgerung war eindeutig. Der An-
griff auf Irak sei „illegal und unmora-
lisch“. Weder Pazifist noch Kriegsdienst-
verweigerer, bestand er darauf, weiter im
Dienst zu bleiben. Der USA-Generalstab
lehnte das ab. Er wollte ein Exempel
statuieren. Der Staatsanwalt erklärte vor
dem Kriegsgericht, Offiziere könnten sich
ihre Kriege nicht selbst aussuchen und
hätten nicht das Recht, sich dem Ober-

befehlshaber – dem Präsidenten der USA
– zu verweigern. Er forderte vier Jahre
Gefängnis.

Watada gab nicht klein bei. Er sprach vor
Irak-Veteranen gegen den Krieg. Nun än-
derten seine Verfolger ihre
Sprache. Sie bezichtigten
den Leutnant, eine Meu-
tereie anzetteln zu wollen.
Doch Meinungsumfragen
zufolge mißbilligten 72
% der USA-Soldaten den
Krieg. Inzwischen ist
Watada ein Symbol des
Widerstandes. Bushs Ar-
mee hat bereits Tausende
Soldaten verloren, die ent-
weder desertiert sind oder
wegen ihrer Zweifel über



den Krieg degradiert wurden.
Unterdessen hat Leutnant Watada die Un-
terstützung hervorragender Persönlich-
keiten erhalten: des Schauspielers Martin
Sheen, des Sängers Harry Belafonte und
des Friedensnobelpreisträgers Erzbi-
schof Desmond Tutu aus Südafrika. Die
Schauspielerin Susan Sarandon erklärte:
„Wenn ein Patriot derjenige ist, der sein
Land liebt und verteidigt, dann ist Ehren
Watada wirklich ein Patriot, weil er sich
weigert, an einem Krieg teilzunehmen,
der dem irakischen Volk großes Leid zuge-
fügt hat und der auch die Amerikaner in
zunehmendem Maße trifft.“

RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Wie belgische Kommunisten den Vlaams Belang am Regieren hindern Der kleine rote Floh von Hoboken

In Hoboken, einem Bezirk Antwerpens, sind die Faschisten vom Vlaams Belang die stärkste Partei. So waren sie fest davon überzeugt, bei den Kommunalwahlen am 8. Oktober mit absoluter Mehrheit das örtliche Rathaus zu erobern. Doch sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Am Ende fehlte der faschistischen Partei ein Sitz. Wie konnte das geschehen?

Die Kommunisten der Partei der Arbeit Belgiens (PTB) zogen mit zwei Abgeordneten in den Rat ein. Die Faschisten mußten ihre Träume begraben. Die „traditionellen“ Parteien der Bourgeoisie, an der Spitze die Christdemokraten, unterstützt von der Leitung der Sozialdemokraten in Antwerpen, befanden sich ebenfalls in der Minderheit. Auch für sie reichte es nicht. Sie zogen ein Minderheitskollegium einer Koalition der Mehrheit mit der PTB vor. Es wurde spekuliert, ob bei den Kommunisten deren Abneigung gegenüber den bürgerlichen Parteien oder deren Haß auf die Faschisten die Oberhand gewinnen würde. Doch ihre beiden Abgeordneten – die Ärztin Mie

Branders und die Gewerkschafterin Erika Demeyer – trafen keine gefühlsmäßige Entscheidung. Angesichts der faschistischen Drohung stimmten sie für die Minderheitskoalition der nichtfaschistischen, aber reaktionären oder reformistischen Parteien. Der Vlaams Belang blieb mit 10 von 21 Sitzen in der Minorität. Jetzt sind

die in Hoboken Regierenden, ob sie wollen oder nicht, vom Votum der beiden Kommunistinnen abhängig. Zu Recht schrieb ein bürgerliches Blatt: „Der kleine rote Floh verursacht Spannungen in den großen Parteien.“

Glückwunsch an die PTB!

RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



Die beiden kommunistischen Abgeordneten in Aktion

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Faschisten-Fraktion im Europaparlament

Seit dem 15. Januar gibt es im Europaparlament eine faschistische Fraktion. Um sie bilden zu können, waren mindestens 19 Abgeordnete aus fünf verschiedenen Ländern erforderlich. Durch die Aufnahme Rumäniens in die EU zogen auch fünf Mitglieder der dortigen rechtsextremen Mare-Partei in die Kammer ein. Dort vereinigten sie sich mit sieben Deputierten der Partei des französischen Faschisten-Führers Le Pen (Nationale Front) sowie Vertretern der neofaschistischen Nationalallianz aus Italien, der britischen UK-Unabhängigkeitspartei, der österreichischen Freiheitspartei und der bulgarischen ATKA. Hinzu kommen die Faschisten des belgischen Vlaams Belang.

In der Bildung dieser Fraktion widerspiegelt sich der bedrohliche Aufstieg rechtsradikaler Kräfte in einer Reihe europäischer Länder, wo sie – von bürgerlich-konservativen Ideologen gelenkt und durch Teile des Großkapitals finanziert – besonders auch unter den ärmsten Schichten der Arbeiterklasse an Einfluß gewinnen.

Natürlich haben die Fraktionen der Konservativen und der Sozialdemokraten im Europaparlament angesichts des Einzugs einer faschistischen Gruppe nicht wenig Krokodilstränen vergossen. Doch das ist pure Heuchelei, stellen doch die Politiker der Parlamentsmehrheit Kommunismus und Faschismus nach wie vor auf eine Stufe. In den baltischen Mitgliedsstaaten der EU sind faschistische Kriegsverbre-

cher offiziell rehabilitiert worden. In Lettland, wo unlängst ein NATO-Gipfel stattfand, dürfen sich ehemalige Angehörige der Waffen-SS als Kämpfer für die Freiheit präsentieren. In Ungarn wurde ein früherer General, der an der Seite der Nazis gekämpft hatte, mit der Ausrichtung der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Konterrevolution von 1956 beauftragt. Und schließlich sollte man nicht vergessen, daß das Europaparlament am 26. Oktober 2006 eine Resolution angenommen hat, mit der allein die Idee des Kommunismus verdammt wurde. Nimmt es da Wunder, daß Faschisten in diesem Haus Fraktionsstatus erhalten?

RF, gestützt auf Presseäußerungen des griechischen Europa-Abgeordneten Athanasios Pafilis

Belgrad verteidigt territoriale Einheit Serbiens

Der Kosovo-Coup

Kosovo, das 1,8 Millionen Einwohner zählt, ist seit eh und je eine autonome Provinz der Republik Serbien mit insgesamt 9,4 Millionen Landesbürgern. Die Serben bilden in Kosovo eine nationale Minderheit, die sich heute albanischer Drangsalierung ausgesetzt sieht. Seit dem von der NATO im Jahre 1999 entfesselten Krieg gegen Jugoslawien, wird Kosovo offiziell von den Vereinten Nationen verwaltet. Damit „nichts schiefgeht“, sind sogenannte Friedenskräfte der NATO für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zuständig. Über der Provinzhauptstadt Pristina (300 000 Einwohner) weht die albanische Flagge mit dem schwarzen Adler, als ob dieser Landesteil bereits abgetrennt sei.

Seit Juni 1999 wurden etwa 200 000 Serben aus Kosovo vertrieben. Sie flohen vor den Überfällen albanischer Separatisten. Wenn es zur von der NATO forcierten Abtrennung der Provinz käme, würde ein neuer Exodus erfolgen. Einem 2005 veröffentlichten und vom norwegischen Botschafter Kai Eide redigierten UNO-Bericht zufolge werden die Rechte der serbischen Minderheit in keiner Weise respektiert.

Übrigens ist Kosovo inzwischen der europäische Hauptumschlagsplatz für Drogen: Von 1,5 Tonnen vor 1999 stieg deren Menge inzwischen auf 5 Tonnen.

Die USA haben in Kosovo eine große Militärbasis mit 4000 Mann errichtet. Sie

heißt Camp Bondsteel. Dieser Stützpunkt befindet sich in unmittelbarer Nähe jener Route, auf der eine Öl- und Gasleitung gebaut werden soll, die vom bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas über Mazedonien und Kosovo bis zum albanischen Adria-Hafen Vlora führen wird. „Zufällig“ wurde das Projekt durch Halliburton ausgearbeitet, also jenen Superkonzern, dessen Boß lange Zeit USA-Vizepräsident Dick Cheney gewesen ist. Der „Zufall“ hat noch eine Fortsetzung: Auch Camp Bondsteel wurde von Halliburton entworfen. Schon 1999 bemerkte der frühere USA-Botschafter in Jugoslawien, Zimmerman: „Die NATO befindet sich für eine Periode von 20 bis 30 Jahren in dieser Region.“

Die derzeitigen Bestrebungen, Kosovo von Serbien loszulösen und in einen „unabhängigen Staat“ zu verwandeln, widersprechen eindeutig der Resolution Nr. 1244 des UN-Sicherheitsrates, die Serbien als souveränen Staat anerkennt, dessen Teil die mehrheitlich von Albanern bewohnte Provinz ist. Die Vereinten Nationen sicherten den Kosovaren zwar Autonomie, aber keine Unabhängigkeit zu. Das ist auch Belgrads Haltung. Verhandlungen zwischen Serben und Albanern aus Kosovo zu diesem Thema, die Anfang 2006 begannen, haben sich unterdessen festgefahren. UNO-Botschafter Martti Ahtisaari hat Anfang Februar in Pristina einen „eigenen“ Vorschlag unterbreitet, der nicht mehr von der territorialen Inte-

grität Serbiens ausgeht und die Anwesenheit einer internationalen Schutztruppe (mit anderen Worten: der NATO) auf unbestimmte Zeit vorsieht.

Der USA-Vertreter in Kosovo, Frank Wisner, ließ bald darauf wissen, daß die Vereinigten Staaten den Ahtisaari-Plan für „sehr vernünftig“ hielten. Auch NATO und EU sind's zufrieden. Serbiens Ministerpräsident Kostunica und Präsident Tadic erklärten hingegen: „Dieser Plan öffnet den Weg für die Abtrennung Kosovos von Serbien.“

Im UN-Sicherheitsrat drängen die USA jetzt auf eine „Modifizierung“ der Resolution 1244. Rußland und China haben dagegen Einwände erhoben und betont, eine Änderung der Grenzen bedürfe der Zustimmung beider beteiligten Seiten. „Wenn die Resolution für eine der beiden Parteien – Serbien und Kosovo – nicht akzeptabel sein sollte, wird Rußland von seinem Vetorecht Gebrauch machen“, erklärte dessen Belgrader Botschafter, Alexandr Alexejew.

Die Abtrennung Kosovos würde einen Präzedenzfall schaffen. Erstmals erklärte damit ein Staatsteil einseitig seine Unabhängigkeit. Das könnte eine Kettenreaktion auslösen. Deshalb gilt es, das neue imperialistische Manöver auf dem Balkan zu durchkreuzen.

RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Theodor Fontane bleibt aktuell

Das Trauerspiel von Afghanistan

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält.

„Wer da!“ – „Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan.“

Afghanistan! Er sprach so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

„Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all,
Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So laßt sie's hören, daß wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter, blast in die Nacht hinaus!“

Da huben sie an, und sie wurden's nicht müd,
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht,
Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.

Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.

„Wie sehr passen diese Zeilen aus dem Jahr 1859
in unsere heutige Zeit?“, schreibt Georg Ehmke
aus Werder, der uns die Verse einsandte.



Das Märchen vom lieben Storch (westliche Version)
Aus: „Proletären“, Göteborg

In Polen gibt es seit 1989 nur noch eine ideologische Strömung, die katholische. Zwischen 1956 und 1989 hatte es zunächst zwei gegeben. Die Marxisten besaßen die Unterstützung des Staates, während die katholischen Gruppen, die gesetzlich anerkannt waren, ihren Standpunkt in Büchern darlegen konnten. Der Staat erlaubte damals die Einrichtung der katholischen Universität von Lublin. Schon 1954 war eine katholische Akademie in Warschau eröffnet worden. Die Aktivitäten beider Strömungen führten zu heftigen politischen und philosophischen Debatten innerhalb der Gesellschaft, die auch in der Presse ihr Echo fanden.

In den Jahren 1956 bis 1959 verbesserte sich die Situation der polnischen Frauen sichtlich. Endlich wurden sie ernst genommen. Ihre emanzipatorischen Forderungen führten dazu, daß jeder Beruf für Frauen offen war. Die Traktorfahrerin verwandelte sich zum Symbol dieser jüngsten Vergangenheit.

Die Notwendigkeit, den Frauen die Freiheit zu geben und die Möglichkeit, ihr eigenes Leben zu planen, brachte den Bau einer großen Zahl von Kindergärten und Kinderkrippen mit sich. Das Ziel war es, den Frauen eine berufliche Tätigkeit zu ermöglichen. Auf damals geht das Gesetz zurück, das den Schwangerschaftsabbruch aus sozialen Gründen gestattete. Frauen erhielten die gleichen Bedingungen wie Männer beim Zugang zur Ausbildung. Es wurden Schulen in ländlichen Gebieten gebaut. Eine Unzahl von Stipendien wurde gewährt, damit Frauen, die das wollten, studieren konnten. Das gesamte Bildungssystem war für sie frei und kostenlos. Damals ließen die Frauen ihren auf vier Wände begrenzten Horizont hinter sich und konnten sich den Männern gleichgestellt fühlen. Die Wagemutigen stürzten sich, bewegt von der mitreißenden gesellschaftlichen Aktivität, ins politische Leben. Es ist unnötig zu sagen, daß das auf den Widerstand vieler Männer stieß. Allmählich aber erreichten die Frauen herausragende Positionen: Sie arbeiteten als Assessorinnen, Vizerektorinnen, Schulleiterinnen und auch als Vizeministerinnen.

Das politische Leben war damals voller ideologischer Diskussionen. Pseudowerte wie materieller Reichtum hatten nicht das gleiche Gewicht wie heute.

1989 wurde in Polen die „Demokratie“ eingeführt. Walesa versprach sogar, den Sozialismus „verbessern“ zu wollen. Keine Arbeiterin, kein Arbeiter, die damals streikten, hätten sich jemals vorstellen können, daß der Kapitalismus wieder errichtet wird und die Mehrheit der Bevölkerung in Armut stürzen würde. Nach 1989 sah man ein vorher ungekanntes Phänomen in Polen: die Arbeitslosigkeit. Als sich die polnischen Grenzen den großen westlichen Unternehmen öffneten, blieb die eigene Industrie zerstört zurück. Die strukturellen Umwandlungen in der Wirtschaft wirkten sich besonders negativ auf die Frauen aus. Die weibliche Arbeitslosigkeit stieg beachtlich an. Wenn

Wie Polens katholischer Klerus die Rolle der Frau pervertiert Küche, Kinder, Kirche

heute jemand einer Frau einen Arbeitsplatz anbietet, so gibt es für sie weniger Lohn und schlechtere Bedingungen für dieselbe Tätigkeit, wie sie ein Mann verrichtet. Nur sehr junge Frauen bekommen ohne große Schwierigkeiten Arbeit, z. B. als Bankangestellte oder Sekretärin.

Die Kinderkrippen und -gärten wurden geschlossen und die Frauen wieder in eine einzige Rolle gedrängt: die der Hausfrau. Aber die niedrigen Löhne, die ihre Ehemänner erhalten, erlauben es den Frauen nicht, eine Familie zu ernähren. Der Arbeitsplatzmangel bringt die illegale Prostitution, die Lokale, die im heutigen Polen als „Kontaktagenturen“ oder „Massagesalons“ bezeichnet werden, mit sich. Die in der Mehrzahl der Haushalte herrschende Not verhindert den Zugang der Frauen zur Ausbildung, die, im Unterschied zu den vergangenen Zeiten der Volksrepublik, ohne private finanzielle Mittel nicht zu haben ist.

Die massive Emigration auf der Suche nach Arbeit hat schon begonnen. Unter denen, die Polen verlassen, befinden sich besonders viele Frauen.

Die katholische Kirche lobt diese ökonomischen Schwierigkeiten. Unter ihrem Einfluß, aber auch dem der Frauenzeitschriften und der Massenmedien, wurde die polnische Mutter als Ideal, das es anzustreben gelte, inthronisiert. Das führt bei ledigen Frauen oder Frauen ohne Kinder zu Minderwertigkeitskomplexen, denn sie werden vom Klerus als Antimodell dargestellt.

Die Kirche lehnte die Einführung von Sexualerziehungsfächern in den Schulen ab. Nur einige wenige haben Zugang zu Verhütungsmitteln. Die illegalen Abtreibungen nehmen zu, und unter den armen Frauen kommt es sogar zur Kindestötung. Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder gehört zum Alltag.

Die Texte der Schulbücher reproduzieren die doktrinaire Meinung der katholischen Kirche, und das staatliche Fernsehen zensuriert alles, was sich von dieser Meinung entfernt. Radio Maryja und der Sender Trwam rufen nicht nur zur Intoleranz gegen sämtliche sich vom Katholizismus

abhebende Gedanken und Überlegungen auf, sondern auch zum offenen Antisemitismus und zur Sympathie für die polnischen Neofaschisten.

Polens Linke hat dies nicht besorgt gemacht. Nicht einmal, als sie selbst am Ruder war, strebte sie danach, den öffentlichen Medien die Achtung vor der Pluralität der Meinungen beizubringen. Die regierende Linke wußte nicht einmal ihre Macht zu nutzen, um die Möglichkeit einer Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialen oder persönlichen Gründen zu garantieren, weil sie die Unterstützung der Kirche wünschte. Was gemacht wurde, war ein taktischer Trick: Ein stillschweigend beibehaltener Pakt zwischen der früheren Regierung (der Linken) und der Kirche, dem gemäß der Klerus die Gesellschaft überzeugen sollte, für den Eintritt in die Europäische Union zu stimmen. Im Gegenzug würde der Staat kein Gesetz erlassen, das gegen die katholische Doktrin gerichtet sei. Damit verwandelte sich die Kirche als eingefleischte Gegnerin der Frauenemanzipation in die einzige politische Kraft Polens, mit der sich alle anderen zu arrangieren gezwungen sahen.

Das Bewußtsein der polnischen Frau ist heute mit Wertvorstellungen angefüllt, die die katholische Kirche propagiert. Der Aberglaube grassiert. Die Werbung für Luxusprodukte, Kleidung, Autos und Kosmetika weckt den Wunsch, sich um jeden Preis zu bereichern. Die Sensibilität für soziale Werte ist verlorengegangen.

Das gesellschaftliche Klima zwingt die Frauen zur Passivität. Vielen gelingt es mit Hängen und Würgen, für ihr Überleben zu kämpfen. Nur ein äußerst geringer Teil engagiert sich politisch. Sehr wenige Frauen nehmen als Kandidaten an den Parlamentswahlen teil, was erklärt, daß der Sejm völlig von Männern dominiert wird. Sogar die parlamentarische Linke diskriminiert die Frauen in ihren Reihen: Sie bietet ihnen die schlechtesten Listenplätze an und verweigert ihnen den Zugang zu hohen Posten in ihrer Partei.

Maria Szyszkowska

Aus „Sin Permiso“, Spanien

Übersetzung: Isolda Bohler, Valencia

Auf nach Portugal!

Vom **3. bis 11. September** kann man mit dem Berliner Reisebüro **TuK** eine Flugreise nach Portugal unternehmen. Übernachtungen in **Porto, Coimbra und Lissabon**. Den Höhepunkt bildet ein Besuch des großen Volksfestes der PCP-Zeitung „**Avante!**“ in **Seixal**. Der Preis beträgt 855 € (DZ) + 80 € Kerosinzuschlag. EZ möglich.

Der Gruppe gehören auch RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger**, langjähriger ND-Korrespondent in Lissabon, und **Bruni Steiniger** an.

Buchungen bei **Tourist und Kontakt International GmbH**
Danziger Straße 168, 10407 Berlin
Telefon 030/4233333, Fax 030/4233322

Am **13. April** um **15 Uhr** spricht die ehemalige DDR-Kundschafterin im BND-Hauptquartier **Dr. Gabriele Gast** auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Dresden** in der früheren Robotron-Gaststätte.

Ihr Thema lautet:

Zur Rolle und Wirksamkeit von Geheimdiensten im kalten Krieg und heute

Es war der 10. Oktober 2006. Zaragoza, die Hauptstadt Aragons, hatte uns, die Reisegruppe der Organisation „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik“, mit großer Herzlichkeit auf dem Bahnhof begrüßt. Anlässlich des 70. Jahrestages der Bildung der Internationalen Brigaden sagte Spanien liebevoll „gracias“. Belchite, knapp 50 km von Zaragoza entfernt, gehörte nicht zum Programm. Für meinen Freund Hermann Drumm, seine Schwester Katja und deren Enkelsohn stand aber fest, den Ort zu besuchen. Ausgemacht war auch, daß ich sie begleiten sollte. Die Fahrt durch die weite, baumlose Landschaft bot kaum Gesprächsstoff, und so schwiegen wir fast einträchtig, ehe uns das Schild BELCHITE, Pueblo Viejo (Ruinas Historicas), darauf aufmerksam

Interbrigadisten. Heute hat der neue Ort 1680 Einwohner. Gelegentlich finden hier Aufmärsche von Altfranquisten statt, aber auch Zusammenkünfte von Erinnerungsgruppen, die an der Aufklärung der Verbrechen des Franco-Regimes beteiligt sind. Wie kompliziert diese Arbeit ist, beweisen einige nicht getilgte Straßennamen: Sie würdigen z. B. Franco, den Falangeführer San Antonio oder den 18. Juli, jenen Tag, an dem die „Herren Generale“ gegen die Volksfrontrepublik putschten. Das „neue Belchite“ ist beileibe kein Einzelfall in Spanien. Beträchtliche Teile der Infrastruktur Spaniens wurden durch die Sklavenarbeit gefangener Republikaner errichtet: Brücken, Stadien, Wasserstraßen, Stauseen, Eisenbahnstrecken, Kasernen und Gefängnisse. Historiker sprechen

macher und Sänger Hermann Drumm war der Held des Angriffs; er war tollkühn genug gewesen, durch die Mauerbresche in den Klosterhof zu springen. Eine faschistische Kugel durchschlug ihm den Hals. Dennoch hatte er die Kraft, sich aufzurichten und die bereits abgezogene Handgranate ins Kloster zu schleudern ...“ Er rettete so nicht nur seine Kameraden, sondern ermöglichte es, daß diese das Kloster stürmen konnten. Mit drei anderen wurde er im Klosterhof bestattet. Im März 1938, als die Franquisten Belchite wieder besetzten, warfen sie die sterblichen Überreste der Gefallenen und der von ihnen Ermordeten in die Kanalisation. Kurz vor der Befreiung der Stadt brachten die Faschisten noch Hunderte Einwohner um, die im Verdacht standen, mit den Republikanern zu sympathisieren. 13 Soldaten der Franquisten liefen über. Der militärische Befehlshaber Belchites, der zur Kapitulation riet, wurde vom örtlichen Falangistenführer erschossen.

Nun erkennt der Leser den Grund der Fahrt nach Belchite: Ein Sohn suchte seinen Vater. Als wir genug rekonstruiert hatten, war uns bewußt, wo dieser, Capitán Hermann Drumm, gefallen war. Ich blieb bewußt zurück. Hermann Drumm jr. ging noch einige Schritte. Er hatte das Ziel erreicht. Ich bin überzeugt, daß er nun seine innere Ruhe gefunden hat.

Im November 1936 hatte sein Vater zu den Begründern des Thälmann-Bataillons gehört. Seine Frau Marta, wie Hermann sr. der saarländischen Sozialdemokratie zugehörig, war ihm im Februar 1937 aus der französischen Emigration nachgereist. Sie half beim Aufbau des Krankenhauses Albacete, arbeitete danach in Villa Nueva de la Jara und schließlich in Vic (Katalonien) als OP-Schwester. Zwei Monate nach dem Tod ihres Mannes kam ihr Sohn in Albacete zur Welt. Er erhielt den Vornamen des Vaters. Im Oktober 1938 mußte Marta Spanien verlassen. In der französischen Emigration ging sie die Ehe mit Josef Strasser, einem Kommunisten (und Interbrigadisten) aus Bayern, ein. Marta und „Sepp“ kämpften aktiv in der französischen Résistance. Sie kehrten 1945 nach Westdeutschland zurück. Marta trat Ende 1945 der KPD bei.

Im Dezember 1957 übersiedelten sie in die DDR. Auch hier war Marta politisch aktiv. Hermann Drumm jr. wurde Offizier der NVA, promovierte zum Dr.-Ing. und arbeitete viele Jahre an der Offiziershochschule der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung. Und nun schließt sich der Kreis. Als Hermann sr. in Spanien kämpfte, war mein Vater Josef Fisch (auch ein „Sepp“), seit 1926 KPD-Mitglied, nach Verbüßung einer mehrjährigen Haftstrafe im Zuchthaus Waldheim wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ Häftling im KZ Sachsenburg. Unsere Väter kämpften also auf der gleichen Seite der Barrikade, wenn auch an unterschiedlichen Fronten. Die Söhne kennen sich seit vielen Jahren aus ihrer Tätigkeit an der Offiziershochschule. Das gemeinsame Erlebnis Madrid-Zaragoza-Belchite-Barcelona war demnach kein Zufall.

Dr. Peter Fisch

Belchite: Reise in eine gestorbene Stadt

machte, angekommen zu sein. Dahinter: eine Trümmerstadt, die alle Tode der Welt in sich zu tragen scheint. Von Franco so angeordnet, sollte das zerstörte Belchite, einst eine Kleinstadt mit 3800 Bewohnern, eine Ruine für (seinen) Gott und (sein) Vaterland werden, ein Zeugnis der „rot-kommunistischen Furie“, so wörtlich im Jahre 1954. Der Diktator, verantwortlich für die Massenerschießung von 200 000 Spaniern allein in den Jahren 1939 bis 1941, bedachte Belchite mit einer der höchsten Auszeichnungen seines Regimes, dem „Cruz Laureada de San Fernando“. Die blutigen Repressionen, besonders im ersten Jahrzehnt nach dem Sieg über die Republik, stellen in der Geschichte Spaniens ein besonders düsteres Kapitel dar. Ca. 500 000 mußten das Exil erleiden. Zur Herrschaftslegitimation des spanischen Faschismus gehörte, den Kampf gegen die Republik als Kreuzzug „im Namen Gottes“ zu verkünden und eine entsprechende Erinnerungskultur zu installieren. Drei Orte sollten darin eine bestimmende Funktion einnehmen: der Alcazar von Toledo (ein Festungsbau), das „Tal der Gefallenen“ (Staatsmausoleum für Franco und den Falangegründer Primo de Rivera als Symbol für den Sieg der Putschisten) und das zerstörte Belchite. Doch dieses Vorhaben ging nicht auf. Die Trümmerstadt wurde kein Eckpfeiler franquistischen Geschichtsbewußtseins, sondern ein Mahnmal gegen das Vergessen. Daran änderte auch nichts die Tatsache, daß Franco befahl, ein „neues Belchite“ aufzubauen. 1954 wurde es von ihm persönlich „eingeweiht“ – errichtet von ca. 500 kriegsgefangenen Republikanern, meist

inzwischen von 190 Konzentrations- und Straflagern, in denen 280 000 Gefangene schmachteten. Viele starben an Hunger und Entkräftung.

Rückblende: Angesichts der fortgesetzten Umklammerung von Madrid und des Ziels, Zaragoza den Franquisten zu entreißen, beschloß der republikanische Generalstab im Sommer 1937, eine Entlastungsoffensive zu beginnen. Damit rückte Belchite in das strategische Kalkül der Volksarmee.

Am 24. August 1937 erfolgte der Angriff mit nahezu 25 000 Mann, darunter die Kämpfer der XI. und der XV. Interbrigade. Die Franquisten konnten nur 2300 Soldaten aufbieten, allerdings verschanzt in ausgebauten Befestigungsanlagen. Nach zwölf-tägigem, erbittertem Kampf – Gefangene wurden auf beiden Seiten nicht gemacht – besetzten die Republikaner den Ort. Nur eine Handvoll Faschisten entkam. Aber auch die Republikaner hatten hohe Verluste. Die Gesamtzahl der Toten betrug mindestens 3000.

Willi Bredel verdanken wir kenntnisreiche Darstellungen der harten Kämpfe im Aragon. Als Kriegskommissar des Thälmann-Bataillons erlebte er diese mit. Bestandteil seiner Berichte ist auch der Kampf um Belchite. Hermann Drumm, der „junge Saarländer“, der stets alle mit seiner Fröhlichkeit und der „hellen, kräftigen Stimme“ mitriß, der Mann, der beim Marsch auf Belchite an die Spitze der Einheit ging, als die Kräfte der anderen zu erlahmen drohten, begegnet uns hier. Die Stadt wurde genommen. Das Zentrum der faschistischen Verteidiger war das Kloster. Willi Bredel hielt fest: „Der Spaß-

Bei einem Besuch in Lehnitz schenkte mir Friedrich Wolf seine gerade im Aufbau-Verlag erschienene Gesamtausgabe mit einer Widmung, die für mich wie ein Ritterschlag war. Er hatte sogar vor, mit mir zusammen ein Filmzenarium zu schreiben über die Geschichte des Bauern Baetz, die er in den frühen Zwanzigern als Arzt auf der schwäbischen Rauhen Alb erlebt hatte: ein Mittelbauer, der mit seiner Familie Haus und Hof wie in einem Kriegszustand gegen die Pfändungsbehörden verteidigt hatte und zuletzt aus einem um das Haus herum geschanzten Schützengraben ein großes Gendarmerieaufgebot erfolgreich bekämpfte. Wolfs früher Tod vereitelte leider dieses Vorhaben. In seinem Arbeitsraum im oberen Stockwerk, von wo er einen wunderschönen Ausblick auf die Natur hatte, führte er mir vor, wie er sich zwischen der Arbeit mit einer Jogaübung entspannte. Später erzählte mir Else Wolf, seine wunderbare Frau, daß er in dieser Haltung, auf den Knien vor dem Sofa, das Gesicht in beiden Händen vergraben, friedlich gestorben sei.

Diese tapfere Frau, Mutter von Konni und Mischa, erzählte mir lächelnd – was aber alle schon wußten –, daß ihr geliebter und heißblütiger Friedrich eine Schwäche für das schöne Geschlecht hatte und daß sie mehrere Dolmetscher brauche, wenn sie sich mit seinen Kindern unterhalten wolle.

Erinnerlich ist mir der freundliche Empfang in Lehnitz. Sie fragte, da ich auch aus Süddeutschland stammte, ob sie zu Mittag nicht handgemachte Spätzle servieren solle, was ich mit großer Vorfreude bejahte.

Eine gütige, tapfere und verständnisvolle Gefährtin für diesen unvergessenen Dramatiker, dessen Arbeiten heute wieder eine beklemmende Aktualität haben.

Zwei Episoden fallen mir in diesem Zusammenhang ein. 1954 fand – wie jedes Jahr – ein sogenannter Theaterauscheid statt, an dem alle Bühnen der Republik, ob groß oder klein, mit je einem Stück ihrer eigenen Wahl beteiligt waren. Die von einer Jury ausgewählten besten Aufführungen wurden zu einem Gastspiel nach Berlin eingeladen. Mich traf dieses Glückslos mit einer Inszenierung von Wolfs „Thomas Münzer“ (Schreibweise von F. W.). Ein Bauerndrama mit einer riesigen Personage, die wir in meinem wunderbaren Altenburger Theater nicht hatten und wo somit manche Schauspieler bis zu drei Rollen verkörpern mußten. Wir fuhren nach Berlin mit dem erhebenden Gefühl, in dem berühmtesten Theater Deutschlands spielen zu dürfen, im Deutschen Theater in der Schumannstraße.

Die großen Namen, die mit diesen traditionsreichen Brettern zusammenhingen, waren uns heilig. Nicht mehr und nicht weniger. Das gab's damals noch!

Am frühen Nachmittag war eine kurze Verständigungsprobe, und dann sollten die Schauspieler noch zwei Stunden ruhen und sich mit ihrer Rolle beschäftigen. In der Nacht wollten wir mit unserem Bus und den Dekorationswagen wieder

zurückfahren, um die Hotelkosten zu sparen.

Während ich noch eine Umbau- und Beleuchtungsprobe machte, fragte mich einer meiner jugendlichen Helden flüsternd, ob er nicht mal schnell seine Westberliner Tante besuchen dürfe. Ich mußte ihn wohl blöde angeguckt haben, denn er wußte, daß es weder in meiner Macht noch in meinem Ermessen stand, eine solche Erlaubnis zu erteilen. Jeder mußte das in Berlin, das noch eine offene Stadt war, auf seine eigene Kappe nehmen. Ich murmelte wohl so was wie: „Hau ab, aber komm pünktlich zurück!“ – und vergaß es bei meinen vielen Verantwortlichkeiten.

Es war zehn Minuten bis Vorstellungsbeginn. Ich hatte meinen einzigen dunklen

mich im Vorfeld der Aufführung nicht unnötigerweise belasten.

Während sie mir einen Bauernkittel überwarfen, eine Perücke über den Kopf stülpten mit einer Kappe, die sie festhalten sollte, stieg ich in Stiefel, die drei Nummern zu groß waren. Gleichzeitig hämmerte mir der Regieassistent die 12 Sätze ein, die ich bei meinem Auftritt in zwei Minuten zu rülpfen hatte. Der Mann, den ich spielen mußte, war betrunken und Anführer einer ganzen Rote von Kirchenschändern, die von Münzer aufgehalten und zur Rechenschaft gezogen wurden. Auf der linken Hinterbühne drückte man mir eine Marienfigur in die Hand, mit der ich die makabre Horde anführen sollte. Ich stand vor der Sänfte, auf der Brigitte

„Thomas Münzer“ und die Westberliner Tante

Anzug zum anschließenden Vorhang-Verbeugen an und das dazugehörige weiße Paradehemd mit dem damals üblichen silbernen Schlips und schaute durch das obligatorische Vorhangloch. Stolz war ich, auf den geweihten Brettern zu stehen und zu erleben, wie der Zuschauerraum sich nach und nach füllte. Presse und Berliner Prominenz in den ersten beiden Reihen. Kaum ein Platz noch frei. Dann kam mein Theaterhalbgott, der Intendant dieses Theaters Wolfgang Langhoff mit seiner Frau. Mit freundlichem Kopfnicken nach rechts und links nahmen sie Platz.

Mit sichtlichem Interesse blickte er zum Vorhang hoch, denn er spielte zur Zeit in seiner eigenen Münzer-Inszenierung auch noch die Titelrolle. Da er als Hausherr natürlich wußte, wo das Guckloch war, hatte ich das Gefühl, er schaute mir direkt in die Augen. Schnell trat ich vom Vorhang zurück. Mein Herz klopfte. Vor Aufregung und glücklichem Stolz. Das letzte Klingelzeichen ertönte, das Saallicht erlosch in Zeitlupe, da zog mich der Inspizient heftig in die Kulissengasse und flüsterte mir kreidebleich zu: „Knietsch ist nicht da!“ Ich weiß heute nicht mehr, welche Gefühle mich in diesem Augenblick erfaßt hatten. Wut, Schmerz, Trauer, Enttäuschung. Ich weiß es nicht. Vielleicht alles zusammen. Ich nahm mir auch nicht die Zeit, in den Boden zu sinken. Instinktiv, wie im Tran, reagierte ich in Sekundenbruchteilen. Eiskalt. Während der Vorhang sich öffnete, die Scheinwerfer angingen und Wilm Noch, unser Thomas Münzer, die ersten Worte sprach, raste ich in die Garderobe. Unterwegs riß ich mir Jacke und Schlips vom Leibe.

Ankleider und Maskenbildner standen schon bereit. Meine Mitarbeiter hatten sträflicherweise gehofft, daß der sonst ehrenwerte Kollege sein Wort halten und rechtzeitig zurückkommen würde, wenn auch im letzten Augenblick. Man wollte

Krause als Schwarze Gret saß, mit einer gestohlenen Monstranz winkte und mir noch schnell über die Schulter spuckte, als es dann losging mit Gebrüll vor die kritische Meute des Berliner Publikums. Es ging gut.

Für die beiden folgenden Auftritte in anderen Rollen und Kostümen hatte ich Zeit, mich in Ruhe umzuziehen und den Text zu memorieren. In der Mitte des Stücks spielte ich einen Ritter und Bauernschlächter und im letzten Akt einen Landsknecht, der den gefesselten Rebellen Münzer zur Richtstatt zu bringen hatte.

Ich konnte daher weder die Aufführung kontrollieren noch die so heiß ersehnte positive Reaktion der Besucher im Parkett und auf den Rängen registrieren. Kurz vor Ende der Vorstellung erschien Knietsch in der Garderobe. Im wahrsten Sinne seines Namens zerknirscht und zerknietscht. Er habe sich nach dem Kaffee aufs Sofa gelegt, und da er so tief und so friedlich geschlafen hatte, habe es seine Tante nicht übers Herz gebracht, ihn zu wecken. Sie habe wohl auch sein Theaterspiel im Osten nicht so ernst genommen.

Er bat mich, wenigstens seinen dritten Auftritt absolvieren zu dürfen. Ich zischte nur „Geh mir aus den Augen!“ Aber sicher mit einem Tonfall, der ihn aus der Garderobe fegte.

Nun wollte ich den Kelch bis zur bitteren Neige trinken. Auch war mein schwarzer Anzug verschmutzt und zum Verbeugen nicht mehr zu gebrauchen. Das weiße Hemd war durch das intensive mehrmalige Umschminken ebenfalls hinüber. Der Abend war ein Erfolg, und ich fühlte mich beim Verbeugen in den viel zu großen Landsknechtpluderhosen pudelwohl. Langhoff gratulierte den Kollegen auf offener Bühne, und mit dem herzlichen langandauernden Beifall war auch Knietschs Sündenfall vergeben und vergessen.

Rudi Kurz

Vor 100 Jahren wurde Theun de Vries geboren

Ein Niederländer von Format

Einer seiner frühen Namensvetter war Adriaen de Vries (1560–1626), der Hofbildhauer Kaiser Rudolfs II. in Prag. Seine späten Werke leiten zum Frühbarock über. Die Rangliste der niederländischen Prosais ten des 20. Jahrhunderts führt Theun de Vries mit an. Zu seinem umfangreichen Lebenswerk gehören Gedichte, Erzählungen, Essays, Romane, Biographien, Stücke, Hör- und Fernsehspiele.

Der Schriftsteller, der eigentlich Theunis Uilke de Vries hieß, wurde vor 100 Jahren, am 26. April 1907, in Veenwouden (Friesland) als Sohn eines Kaufmanns geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums und autodidaktischer Weiterbildung war er als Bibliothekar und später als Redakteur einer während der faschistischen Besetzung seines Landes illegal erscheinenden Zeitung tätig. Theun de Vries war Mitglied der Kommunistischen Partei der Niederlande, für die er im Gemeinderat und in den fünfziger Jahren auch im niederländischen Parlament saß. Dieses Bekenntnis wurde ihm von bestimmten Kreisen während des kalten Krieges sehr übel genommen.

Seine niederländische Heimat besang Theun de Vries schon in seinem ersten Gedichtband „Rückkehr“ (1927), dem der Band „Erdgeist“ (1933) folgte. Mit neunzehn Jahren schrieb er seinen ersten Roman „Rembrandt“ (1931, deutsch seit 1951). Der Schriftsteller beteiligte sich aktiv am antifaschistischen Widerstandskampf seines Volkes und kam deswegen 1944 in das Konzentrationslager Amersfoort.

1946 legte de Vries seinen Roman „Schlag die Wölfe, Hirte“ vor. Zu den Epoche-Romanen des Autors zählt „Die Feuertaufe“ (1948). Hier beschäftigte er sich mit Vorgeschichte und Verlauf der Revolution von 1848. Besonders widmete er sich der Tätigkeit der Emigranten Karl Marx und Friedrich Engels. Theun de Vries' Roman-Zyklus „Fuge der Zeit“ umfaßt die Bände „Anna Caspari“ (1952) und „Pan unter den Menschen“ (1954). In dem letztgenannten Werk, das zeitlich vor dem Ersten Weltkrieg angesiedelt ist, scheint der Schriftsteller viel eigenes Erleben verarbeitet zu haben. Der Lebensweg des jungen Musikers Allard Rosweide gleicht zum Teil dem des Schriftstellers. Karl Stratil illustrierte Theun de Vries' „Hochzeitslied für Swaantje“ (Berlin 1957). Der opferreiche Kampf für die Befreiung vom Faschismus wurde das Kardinalthema seiner großen Romane „Stadt wider den Tod“ (1963) und „Ein Leben für die Liebe“ (1965). Theun de Vries' bekanntesten Roman „Das Mädchen mit den roten Haaren“

(1956) über die Widerstandskämpferin Hannie Schaft verfilmte Ben Verbong 1981. In seinem umfangreichen Roman „Stadt wider den Tod. Amsterdam 1941“ (Berlin 1965) berichtete der niederländische Autor vom zweitägigen Streik der Amsterdamer Docker gegen die beginnende Judenverfolgung in seinem Land, den man unter der deutschen Besatzung gewagt hatte. Von den Essays des Schriftstellers seien stellvertretend die über Dante, Diderot und Spinoza genannt. In seiner van-Gogh-Erzählung „Vincent im

dem Band „Die friesische Postkutsche“ (Berlin 1967) sind zehn Erzählungen mit Kindheits- und Jugenderinnerungen des Autors vereinigt. 2002 wurden de Vries' Bücher „Die Kardinalsmotette“ und „Vincent und Sein“ in deutscher Sprache verlegt.

Bereits 1961 wurde Theun de Vries' erster größerer dramatischer Versuch „Signale aus dem Dunkel“ im damaligen Karl-Marx-Stadt und in Quedlinburg uraufgeführt. Eine Zeitungsnotiz über Ausschreitungen der Kolonialherren in Kenia hatte den Ro-

manschriftsteller zu diesem Theaterstück angeregt. In zwei Akten rollte eine spannungsgeladene Handlung ab, in deren Mittelpunkt die ersten Aktionen der Afrikaner zur Befreiung ihrer Heimat standen.

Theun de Vries' reiches Lebenswerk besteht aus weit über dreißig Büchern. Das Grundmotiv seiner Werke bildet die soziale Gerechtigkeit, ohne daß sich der Autor zu Beginn seines Schaffens bereits parteipolitisch band. Im Zentrum vieler seiner Geschichtsromane standen herausragende Persönlichkeiten bestimmter Epochen und der antifaschistische Widerstandskampf. Der Schriftsteller gilt in seinen publizistischen und

literaturkritischen Schriften als mutiger Streiter für die Wahrheit. Theun de Vries wurde 1964 mit dem Nationalpreis des Königreichs der Niederlande ausgezeichnet. Er starb hochbetagt am 21. Januar 2005 in Amsterdam.

Dieter Fechner



Klassenkampf in der EU

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Haag“ (Dresden 1965) schilderte er, wie leidenschaftlich der Maler zwei Jahre im Proletarierviertel der holländischen Residenzstadt bemüht war, in seine Kunst soziale Auffassungen einzubringen. Der Henschel-Verlag brachte 1966 „Die drei Leben des Melchior Hintham“ heraus. In

**Förderverein
und Redaktion
übermitteln
unseren
Jubilaren
herzliche
Glückwünsche**

Am **13. April** wird Genosse **Kurt Schamel** aus Waren/Müritz **90 Jahre** alt.

Am **2. April** vollendet Genosse **Siegfried Griebenow** aus Güstrow sein **85. Lebensjahr**.
Beiden Genossen gilt unser ganz besonderer Gruß!

Auch die Reihen der **80jährigen** werden dichter:
Wir gratulieren **Dr. Heinz Schmidt** aus Berlin (**9. April**),
Rolf Lingott aus Berlin (**14. April**),
Hans-Joachim Heinecke aus Rostock (**16. April**) und
Lissi Hilbert aus Gera (**29. April**) zu ihren Jubiläen.

Genosse **Wolfgang Welkerling** aus Dresden begeht
am **11. April** seinen **75. Geburtstag**.

Wir grüßen alle Genossen, die in diesem Monat **70 Jahre** alt werden.
Es sind **Werner Schleese** aus Frankfurt/Oder (**5. April**),
Wolfgang Schumann aus Dresden (**5. April**),
Gerd Hommel aus Dresden (**10. April**),
Dr. Gerd Scharfenberg aus Berlin (**21. April**) und
Sonja Kunze aus Wesenberg (**29. April**).

Als Veteranen-Nachrücker beglückwünschen wir
Hans-Werner Fahring aus Wolfen (**10. April**) und
Günter Hecker aus Ballenstedt (**20. April**), die **60 Jahre** alt werden.

Es ist eine alte Weisheit, daß die Wege, auf denen der einzelne zur sozialistischen Weltanschauung findet, sehr unterschiedlich sind. Den meisten ist dabei sicher nicht bewußt, wann sie sich auf diesen Pfad begeben haben. Ich kann meine Startphase ziemlich genau datieren: Es war an einem Sommertag meines ersten Schuljahres 1928 – eine Zeit äußerster politischer Brisanz. Was den einen „die goldenen Zwanziger“ waren, bedeutete für die Mehrheit der Bevölkerung zunehmende soziale Not. Das spiegelte sich auch im Schulalltag, im Verhältnis der Kinder zueinander wider. In den Pausen zwischen den Unterrichtsstunden war durchaus zu erkennen, bei wem „Schmalhans Küchenmeister“ war und wer aus sogenannten besseren Verhältnissen kam. Während manche gar kein Frühstücksbrot mitbekommen hatten, wickelten andere achtbar belegte Stullen aus. Unabhängig von der unter Kindern üblichen Bereitschaft abzugeben, trugen die Umstände zu einer gewissen Polarisierung bei. Diese Erfahrung machte ich, noch unbekannt, an jenem Sommertag, als ich den Unterricht hinter mich gebracht hatte. Der Ranzen flog in irgendeine Ecke des Elektroladens, den meine Eltern im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain betrieben. Als ich wieder auf die Straße hinausging, um mich nach Spielgefährten umzuse-

hen, war zunächst keiner zu erblicken. Doch – da kam oben ein Junge über die Straße. Er lief geradewegs auf mich zu. Einen halben Kopf kleiner als ich, wirkte er aber sehr kompakt. Er baute sich vor mir auf, musterte mich gewissermaßen und fragte dann: „Du bist doch der Geschäftsjunge, wa?“ Ich hatte dieses Wort nie zuvor gehört, verstand aber, was er meinte. Arglos bejahte ich. „Denn muß ich dir erstmal eene kleben“, meinte er daraufhin. Und ehe ich mich's versah, sprang er regelrecht an mir hoch und klatschte mir seine flache Hand ins Gesicht. Er blieb dann vor mir stehen und wartete die Wirkung ab. Ich fing an zu flennen – weniger wegen des Schmerzes, den mir diese Backpfeife bereitete, als vielmehr wegen der überraschenden Attacke, die für mich keine erkennbare Ursache hatte. Meine Reaktion schien den Jungen jedenfalls zu befriedigen. Er steckte beide Hände in die Hosentaschen und schlenderte pfeifend davon. Ich lief mit verheultem Gesicht in unseren Laden und erzählte meiner Mutter, welche Ungeheuerlichkeit mir soeben widerfahren sei. Diese ahnte vermutlich Zusammenhänge und versuchte, mir die Gründe dieses Jungen zu erklären. Natürlich be-

griff ich nichts – die Erfahrung, Schläge ohne ersichtlichen Grund zu bekommen, wollte erst einmal verarbeitet werden.

Das Leben ist bekanntlich noch immer der beste Lehrmeister, um zu Einsichten zu gelangen, die die liebevollsten mütterlichen Erläuterungen nicht bewirken können. Die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 brachte es mit sich, daß Existenzen des kleinbürgerlichen Mittelstandes massenweise ins Proletariat, also in die Reihen der Besitzlosen gestürzt wurden. So erging es auch meinen Eltern, die das Geschäft mangels zahlungskräftiger Kundschaft – es war die Zeit, als man in Deutschland sechs bis sieben Millionen Arbeitslose zählte – aufgeben mußten. Es ging ihnen – und damit auch mir – ausgesprochen dreckig. Jetzt gehörte ich selbst zu jenen, die ein mageres Frühstücksbrot in die Schule mitbekamen – oder auch gar keines.

Rückblickend kann ich nicht ausschließen, daß mein Altersgefährte, der mir vor fast 80 Jahren „eene jeklebt“ hat, mein Denken und Handeln in den folgenden Jahrzehnten in puncto sozialer Gerechtigkeit irgendwie beeinflusste.

Helmuth Hellge

Die Wolgograder Fischsuppe

Vor geraumer Zeit brachte das RBB-Fernsehen einen Beitrag über Reisen in die UdSSR zu Zeiten der DDR. Man wählte den Trip zweier junger Männer nach Rumänien aus. Sie nutzten 1968 die Möglichkeit eines zweitägigen Transits durch die UdSSR, um daraus einen längeren illegalen Aufenthalt in der Sowjetunion zu machen. Der Tenor des Beitrags war: DDR-Bürger nahmen unsägliche Schwierigkeiten und Gefahren auf sich, um die staatlich festgelegten Reisebeschränkungen zu umgehen. Entsprechend waren die üblichen antikommunistischen Seitenhiebe.

Ich möchte demgegenüber deutlich machen, daß es durchaus viele Varianten gab, auch unabhängig von Reisegruppen privat zu fahren, ohne dabei die Gesetze der DDR oder des Gastlandes zu verletzen. Wir besuchten etliche sozialistische Länder auf dieser Basis. Voraussetzung war der irgendwie zustande gekommene Kontakt mit Bürgern des in Erwägung gezogenen Landes. Er ergab sich vor allem aus persönlichen Begegnungen, aber auch über Korrespondenzen, den Briefmarkentausch oder beim Aufenthalt ausländischer Delegationen in der DDR. Der Briefwechsel führte oft zu wechselseitigen Einladungen. Die jeweilige Gastfamilie übernahm dabei die Kosten für Unterbringung und Verpflegung in der eigenen Wohnung. Weitere Aufwendungen trug man selbst. Nicht selten kam es bei solchen Besuchen zu kuriosen Situationen.

Mit unserem Gast aus Wolgograd standen wir z. B. auf einem S-Bahnhof und warteten auf den Zug. Plötzlich fragte mich der russische Genosse: „Was heißt eigentlich Diens?“ Ich antwortete ihm, daß es ein solches Wort nach meiner Kenntnis im Deutschen nicht gebe. Daraufhin führte er mich an die Tür der Bahnhofsaufsicht, wies auf ein Schild und sagte: „Was Traum heißt, weiß ich, aber was heißt Diens?“ Die Aufschrift lautete: „Dienstraum“.

Bei einem Gegenbesuch in Wolgograd war eines Tages die Besichtigung einer kleinen Bildergalerie angesagt. Dort wurden etwa 60 Arbeiten über das Leben auf dem Lande gezeigt. Nach einer halben Stunde verließen wir das Gebäude. Als wir wieder auf der Straße standen, fragte uns der Gastgeber, ob wir in der kurzen Zeit wirklich alles gesehen hätten. Höflich und lobend äußerten wir uns über die Werke. Da bat uns der russische Freund, noch einmal die Ausstellungsräume aufzusuchen. Er zeigte auf ein Bild. Der Dialog, der sich nun entspann, verlief etwa so: Was siehst Du? Eine Bauernstube. Welche Jahreszeit ist es? Winter, es liegt Schnee. Wie ist das Fenster? Es steht offen. Was ist in der Stube zu sehen? Ein Mann sitzt am Tisch und ißt. Was hat er an? Er hat einen Hut auf und den Mantel an. Beginnt er mit dem Essen? Nein, es stehen schon mehrere leere Teller vor ihm. Was macht die Bäuerin? Sie bringt einen neuen Teller Suppe. Und was wird der Gast tun? Er will durch das Fenster entkommen.

Der russische Genosse bestätigte unsere Wahrnehmungen. Dann sagte er: „Das Bild heißt „Demjanskaja Ucha“. Ucha bedeutet Fischsuppe und Demjanskij ist der Familiennamen der Gastgeber. Das gilt bei uns als Synonym für ins Maßlose übertriebene Gastfreundschaft. Sie schlägt jeden Besucher in die Flucht.“ Wir standen lange vor dem Bild, das eine hier als Schwäche empfundene Stärke der russischen Menschen aufs Korn nahm.

Dr. Manfred Graichen



Als Archie noch an die DDR-Ostsee fuhr

Schon früh in seinem Leben hatte es Archie an die See gezogen, als er es selbst bestimmen konnte, ans offene blaue Meer, das ihm das erste Mal erschien wie ein gläserner Berg am Horizont. Mit dem Fahrrad hat er die Strecke bewältigt, war buchstäblich im Ostseesand steckengeblieben, geschwächt und fiebrig ermattet umgesunken. Jugendliche von der Halbinsel Poel hatten ihn, der er selber noch in ihrem Alter war, regelrecht aus dem Straßengraben aufgeklaut und in einem alleinstehenden Haus aufgepäppelt, bis er wieder fähig war, weiterzufahren.

Dieses Haus diente einer offenen Erziehungsanstalt oder einem Jugendwerkhof, wie es später hieß, als Erholungsheim, wo gestrauchelte oder straffällig gewordene Halbwüchsige untergebracht waren. Archie wurde an seine Zeit auf der Straße als Flüchtling erinnert. Er kannte elternlos gewordene und herumziehende Heranwachsende, verstand ihre Sprache und ihren mitunter rauhen Ton. Sie ihrerseits begriffen seine Lage und halfen ihm spontan. Eine knappe Woche blieb er bei ihnen mit Zustimmung der Erzieher und hörte sich ihre teilweise grotesken und erschütternden Geschichten an. Endlich hatten sie einen Gefundenen, dem sie helfen konnten, sonst brauchten sie immer Hilfe. Zum Abschied gaben sie ihm Wegzehrung und sagten: „Paß auf dich auf, Tave!“

Das ist über ein halbes Jahrhundert her. Später als Student fuhr Archie mit einem Freund und dessen Motorrad an die Ostsee zum Zelten. In Pepelow am Salzhaff, grade rüber von Rerik, landeten sie auf einem schönen Zeltplatz. Es war auch ein Ferienlager für behinderte Kinder am flachen Haff, wo man knietief weit ins Meer hinauswaten konnte. Gelegentlich halfen die Freunde den Kindern beim Baden. Auf dem Heimweg verloren sie das auf dem Gepäckträger festgeschnallte Schlauchboot, das Archies Vater gehörte. Guter Rat war teuer. Archies Freund gab eine Annonce in der „Ostseezeitung“ auf mit wenig Hoffnung. Aber – siehe da – es kam Antwort. Sie knatterten hin, trafen eine vielköpfige Familie von einer LPG in einem Bauernhaus an und mußten gleich am Tisch zum Essen Platz nehmen. Als es anfang zu regnen, sagte die Bäuerin zu ihrem Mann: „Weißt du, Hinnerk, im Regen auf zwei Rädern, dat tut nich gut.“ Und so blieben sie eine Nacht und einen Tag. Archie holte aus dem Dorf-Konsum Schokolade und eine große Schachtel Konfekt. Als sie losfuhren, zurrte der LPG-Bauer das Schlauchboot auf dem Gepäckträger fest und sagte schmunzelnd: „Ihr Dösbattel verliert das sonst wieder, denn man tau!“ Und so fuhren sie los, versorgt mit gutem Bauernbrot und frischer Landwurst.

Das waren so Archies frühe Erinnerungen an die DDR-Ostsee und ihre Bewohner, nette, hilfsbereite, gar nicht maulfaule Mecklenburger, wie sie damals hießen. Später hatten Hunderte DDR-Betriebe komfortable Ferien- und Erholungsheime an der Ostsee und an der Müritz, und so

war es Archie öfter vergönnt, zusammen mit der Familie samt den drei Kindern schöne, unbeschwerte, preiswerte FDGB-Urlaubstage und Wochen zu verbringen. Da war das Ferienlager der DEFA in Trassenheide auf Usedom, großzügig ausgebaut vom Betrieb, mit allem gut versorgt für die Werktätigen, an das Archies Kinder jetzt noch begeistert zurückdenken. Auch das Berliner Ensemble als Theaterbetrieb hatte sein Ferienlager an der Ostsee, in Putgarten bei Kap Arkona mit dem „Haus Weigel“ als Orientierung. Hier war Archie neben seinem Amt als Dramaturg auch als Betreuer in den Ferien für die Kinder der Kollegen, vom Pfortner bis zur Intendantin, mit Lust und Liebe tätig. Manchmal kommt sich Archie schon vor wie ein Märchenonkel, wenn er davon erzählt. Die Enkel interessiert es kaum noch, die Ur-Enkel werden es schon nicht mehr glauben. Die Jetzt-Zeit mit ihrem Gesellschaftssystem diffamiert diese gute Tradition der DDR nur allzu gern, wie man in TV-Sendungen der BRD pausenlos sehen und hören kann.

Sein letztes großes Ferienerlebnis an der Ostsee hatte Archie in einem FDGB-Heim in Börgerende, nahe Heiligendamm, in einem Betonklotz zwar, einem Ferienheim vom EAW Treptow, einem Haus direkt am Meer, voller Leben sommers wie winters, mit Werktätigen und ihren Familien ständig ausgebucht. Nachts sah das Haus von außen wie ein erleuchtetes Schiff aus. Der Spaziergang an der Küste entlang nach Heiligendamm, dem ersten deutschen

Seebad, gegründet 1793, als Ortsteil von Bad Doberan, war ein beliebtes Ziel. Man saß nach der Wanderung, sturmzerzaust oder sonnenbeschienen, anschließend im „Fritz-Reuter-Haus“, trank Kaffee oder schlürfte einen Likör, ließ es sich gemütlich gut sein und blickte auf die weißen Gebäude an der Strandpromenade, die zu DDR-Zeiten Sanatorien für Werktätige waren. Archies Tochter war als werdende Mutter und Werktätige dazu später ebenfalls zur Kur dort.

Das Wort werktätig mutet heute wie ein seltsamer Begriff aus einer längst verschollenen Welt an. Das FDGB-Heim in Börgerende gähnt in öder Leere mit zerbrochenen Fensterscheiben vor sich hin, seit Jahren. Heiligendamm ist verlorengegangen fürs Volk, fürs sogenannte Wahl-Volk, die schlimmstmögliche Wendung ist eingetreten, die Einheimischen sind dort sogar unerwünscht.

Das ist nicht mehr Archies Ostsee, das ist ein kaltes Meer in einem kalten kapitalistischen Land, global beliebig, kalt auch im Sommer, wenn das Ozonloch Hitze ausbrütet. Die soziale Kälte überstrahlt alles andere. Das Kapital hat ganze Arbeit geleistet für sich selbst. Für die ehemaligen Werktätigen bleiben als Almosen-Anteil von der Staatstorte die Krümel, genannt Hartz IV. Namensgeber ist ein Leistungsträger des Kapitals von zweifelhaftem Ruf, aber dafür hochdotiert. Nein, das ist nicht mehr Archies Ostsee, er fühlt sich da nicht mehr hingezogen.

Manfred Hocke



Schwedens Wirtschaft braucht höhere Vorstandsgehälter
Wenn die Manager eine saftige Steigerung ihrer Bezüge als Hauptgericht bekommen, dann serviert ihnen Reinfeldt (Schwedens Ministerpräsident) auch noch einen Nachtisch in Gestalt gesenkter „Arbeitgeber“-Anteile.

Aus: „Proletären“, Göteborg

Leserbriefe an RotFuchs



Hiermit bestelle ich den „RotFuchs“.
Am 21. Juni werde ich 98 Jahre alt.

Dr. Kurt Schwaen, Berlin

Bemerkung der Redaktion

Lieber Genosse Kurt Schwaen, wir betrachten es als große Ehre, daß Du als namhafter Komponist der DDR zu unseren Lesern gehören willst und grüßen Dich auf das herzlichste.

Als politische Wissenschaftlerin, die ihre Ausbildung in Westdeutschland und später in Australien erhielt, glaube ich den Zusammenbruch der Sowjetunion und des sogenannten Ostblocks unter einem weniger gefühlsbetonten Gesichtspunkt analysieren zu können. Vor allem will ich den Genossen im Osten zurufen: „Vergrabt Euch nicht hinter einem selbstbezichtigenden ‚mea culpa‘ (meine Schuld). Nein, Ihr tragt keine Schuld am Geschehen, und Eure politische Führung trägt sie auch nur bedingt. Sie gab nicht offen und ehrlich zu, daß sie von Moskau längst unterrichtet worden war, die ‚Wiedervereinigung‘ und damit die Preisgabe der DDR als beschlossene Sache, die nicht mehr zur Debatte stand, betrachten zu müssen.

Die sogenannte Wiedervereinigung war also keine Frage der freien Entscheidung Eures Staates. Hätte die DDR allein einen Angriff vom Westen aus widerstehen können, nachdem Gorbatschow den sowjetischen Militäreinheiten befohlen hatte, ihre Kasernen keinesfalls zu verlassen? Über seinen Verrat am Kommunismus ist viel geredet und geschrieben worden. Tatsache ist, daß er in der DDR eine Sondergruppe des KGB mit der Bezeichnung „Lutsch“ (Strahl) zur ständigen Beobachtung der Entwicklung eingesetzt hatte. Sie unterstand ihm direkt. Jeglicher Widerstand gegen Moskaus gewandelten Kurs hätte sofort entsprechende Vorbereitungen zur bewaffneten Intervention Bonns und Washingtons nach sich gezogen. Nein, 1989 hätten Ihr die DDR nicht mehr verteidigen, nicht mehr retten können.“

Dr. Vera Butler, Melbourne

Im Rückblick auf das Jahr 1989 muß man feststellen, daß die Führung der UdSSR schon Jahre zuvor eine Umorientierung vorgenommen hatte. An sich bewährte Mechanismen der Zusammenarbeit und Verträge wurden aufgegeben. Wer sich da von wem kaufen ließ, gewissenlose Abenteuerpolitik betrieb oder schlicht zu ignorant war, bleibt noch festzustellen. Allein war die Führung der DDR außerstande, die ökonomischen und politischen Verhältnisse dieser veränderten Situation anzupassen. Die Überbetonung der sozialen Vorzüge des Sozialismus, ohne entsprechende ökonomische Triebkräfte zu aktivieren, hat die Wirtschaft in eine schwierige Lage gebracht. Am Ende ist die DDR einer klassischen feindlichen Übernahme zum Opfer gefallen. Ob sich in dieser Lage, in der man keine neue ökonomische Konzeption besaß, ein gewaltsamer Machterhalt angeboten hätte, bleibt stark zu bezweifeln. Vermutlich war es vor allem die Perspektivlosigkeit, die noch mehr Menschen in den Westen trieb, in dem sie damals mit offenen Armen empfangen wurden.

Für mich entsteht die Frage: Wie muß man ein politisches System gestalten, damit es in einer ökonomischen Konkurrenzsituation genügend eigene Triebkräfte entwickelt, um gleichzeitig ein Maximum an sozialen Möglichkeiten zu verwirklichen?

Eines ist aber auch klar geworden. Ein ökonomisches System, das wie das derzeitige den Profit zum Maß aller Dinge macht, scheitert letztendlich an seinem sozialen Unvermögen,

mit all den unmenschlichen Begleiterscheinungen.

Jochen Singer, Leipzig

Auch ich begrüße, daß wir uns jetzt im RF intensiv mit den Ursachen unserer Niederlage befassen. Das ND und andere haben bereits allzuviel Irreführendes zu dieser Thematik geschrieben, was eher zur Lähmung und Spaltung der Linken als zu deren Mobilisierung beiträgt. Die Diskussionsteilnehmer unter den RF-Lesern haben sich ehrlich bemüht, ihre persönlichen Erkenntnisse vorzutragen. Die Mehrzahl räumt auch ein, selbst Anteil an diesem Desaster zu haben. Die wenigsten werden allerdings konkret. Urteile über andere sind schnell gefällt. Auch auf mich trifft zu, daß ich es mir zu lange habe gefallen lassen, daß meine Analysen „frisiert“ und meine kritischen Diskussionsbeiträge zensiert und entschärft wurden. Ich habe einige Fragen: Wollen wir uns nicht einmal ernsthaft vorstellen, in welcher abschaulichen Lage ehrliche Spitzenfunktionäre der SED gerieten, als sie – früher als die Genossen der Basis – vom sich abzeichnenden Verrat der KPdSU-Führung Kenntnis erhielten. (Anders als 1989 wurde die Konterrevolution 1953 mit Hilfe der Sowjetarmee zerschlagen.) Warum erwähnt niemand die Namen solcher Leute wie Schabowski und Mittag? (Und es gab noch mehr einflußreiche „Läuse“ im Pelz der DDR.) Wie souverän war die DDR trotz ihrer UNO-Mitgliedschaft und diplomatischer Beziehungen zu mehr als 130 Staaten? Sollten wir nicht aufhören, uns gegenseitig zu beschuldigen (Sicherheitsorgane gegen Partei oder umgekehrt; MfS gegen Volkspolizei und NVA oder umgekehrt; Basis gegen Führung oder umgekehrt)? Wer von uns hat denn tatsächlich gegen Funktionäre aufgemerkt, die sich über berechnete Kritik hinwegsetzten und sich von den Werktätigen entfernten? Müssen wir nicht anerkennen, daß in der DDR unter Führung der SED trotz aller Unzulänglichkeiten sehr viel Bewahrenswertes errungen wurde? Müssen wir die unvollkommene sozialistische Demokratie nicht trotz ihrer Defizite als der heuchlerischen bürgerlichen Scheindemokratie haushoch überlegen betrachten? Haben wir nicht alle – der eine mehr, der andere weniger – unsere Klassenfeinde unterschätzt und uns schon auf der Siegerstraße gefühlt? Und schließlich: Welchen Anteil hatten bestimmte Personen an der Zerschlagung der SED, die 1989/90 sofort von einem dritten Weg schwadronierten, die „Stalinismus-Keule“ schwangen und die Konterrevolution als „friedliche Revolution“ willkommen hießen?

Horst Jäkel, Potsdam

Meinen Dank für die ausgezeichnete Diskussion im RF Nr. 110. Ich halte die Debatte über den Untergang der DDR, dessen Ursachen und negative Auswirkungen auf die kommunistische Weltbewegung, die Genosse Timm begonnen hat und die durch Beiträge von Betroffenen, Zeitzeugen und Historikern fortgesetzt wurde, für dringend notwendig und äußerst nützlich, um in Gegenwart und Zukunft im Klassenkampf voranzukommen. Denn auch an der nächsten Generation wird die Konterrevolution nicht spurlos vorübergehen, zeigte sie doch, daß der Imperialismus in der ideologischen Beeinflussung der Massen erfahren ist und jede Schwäche unserer Seite gnadenlos ausnützt.

Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln

Der Berliner SPD-Politiker Walter Momper übernahm es, anlässlich der Verleihung der „Ehrenbürgerwürde“ an Biermann die Laudatio zu halten. In einem an Momper gerichteten Brief habe ich ihn darüber informiert, daß Biermann seinerzeit den Auflösern des MfS den Rat erteilte, „ihre Unterdrücker und deren Büttel von der Stasi an die nächsten erreichbaren Laternen zu knüpfen“. Ich habe Herrn Momper darauf hingewiesen, daß diese „Empfehlung“ dem Wesen nach eine Aufforderung zur Lynchjustiz und Mordhetze ist. Zugleich empfahl ich ihm zu prüfen, ob und inwieweit Biermanns Tat mit dem Rechtsstaatsverständnis der BRD zu vereinbaren sei.

Im übrigen stimme ich mit Gerhard van de Sand (RF 110), dessen künstlerisch-literarischer Beitrag meine eigene Gefühlslage widerspiegelt, darin überein, daß der „Ehrenbürger“ aus Antikommunisten für Berlin keine Zierde ist.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

Großen Zuspruch fand am 21. Februar eine „RotFuchs“-Veranstaltung mit Genossen Rainer Rupp in Güstrow. 170 Mitglieder, Leser und Interessenten aus Güstrow, Teterow, Malchin, Rostock und Neubrandenburg (einschließlich dreier Vertreter einer diskreten Behörde) waren zugegen. Der einstige DDR-Kundschafter im Brüsseler NATO-Hauptquartier setzte sich anschaulich, sachbezogen und überzeugend mit dem Thema „Der Anfang vom Ende der USA-Vorherrschaft“ auseinander. Die anschließende Diskussion, in der viele Fragen aufgeworfen wurden, verlief lebhaft und konstruktiv. Wir müssen unsere revolutionären Werte weitaus wirksamer verteidigen, wurde betont. Der Marxismus-Leninismus sollte, gestützt auf den neuesten Erkenntnisstand, immer mehr in den heutigen Klassenkampf einfließen, der von unten bewußt geführt werden müsse. Die gemeinsame Veranstaltung mecklenburgischer Regionalgruppen des RF unterstrich: Einigkeit ist das Unterpfand für den Erfolg und stärkt uns als politische Kraft. Die Aktivität unserer Leser und Mitglieder hat durch die Begegnung mit Rainer Rupp einen spürbaren Impuls erhalten.

Walter Krüger, Dudinghausen

Meine Gedanken zum Beitrag Fritz Dittmars über das „Ankommen“ (RF 109): Nicht nur durch in den Medien bekanntgemachte Geschäftspraktiken, sondern auch durch eigene Erlebnisse, Erfahrungen und Beobachtungen weiß ich, daß das marktwirtschaftlich geprägte Leben in der BRD ein unvorstellbares Maß an moralischer Verkommenheit erreicht hat. Täuschung, Betrug, Abzockerei und Falschinformation sind inzwischen zum System gehörende „Werte“, die überall gang und gäbe sind, von zentralen Institutionen bis zu Handwerksbetrieben.

Mir dessen immer bewußt und daher auf der Hut zu sein, wenn möglich dagegen anzugehen oder zu protestieren – das nenne ich mein „Ankommen“ in der BRD. **Helmut Müller, Berlin**

Im „RotFuchs“ stehen Informationen, die man sonst kaum noch in den Medien findet. Doch manchmal wäre etwas weniger Nostalgie mehr. Tatsache ist, daß schlechte Erinnerungen schneller verblasen als gute. Dennoch sollte man nicht vergessen, daß viele Menschen in der DDR durch begangene Fehler verprellt worden sind. Jeder Arbeiter konnte z. B. nach einem Jahr Kandidatenzeit in die Partei aufgenommen werden, aber Angehörige der bereits in der DDR ausgebildeten Intelligenz erst nach zwei Jahren. Auch die mangelhafte Bildung vieler Funktionäre (bei weitem nicht aller!) hat geschadet. Bisweilen wäre keiner besser gewesen als ein schlechter. Oft wurde fehlendes Wissen durch Phrasendrescherei und politischen Fanatismus im Interesse der Karriere ersetzt. Es ist ja bekannt, daß manche unteren Ebenen Keuchhusten bekamen, wenn in Berlin jemand geniest hatte. Selbst bei gutgemeinter konstruktiver Kritik wurde oftmals der Einfluß des Klassenfeindes und ein Abweichen von der Parteilinie unterstellt. Keiner wird bestreiten, wie man in diesen Fällen oft niederkartätscht wurde, so daß man nichts mehr sagte. Hinzu kam die Weisung „Keine Fehlerdiskussion!“, die viele gute Hinweise einfach erstickte. Wie sollte man denn Fehler ausmerzen, wenn man nicht darüber diskutieren durfte?!

Reinhard Melzer, Moritzburg

Für die Tatsache, daß Politiker aus SPD, CDU, CSU und FDP zu geistiger Umnachtung neigen, spricht deren Absicht, parallel zu dem in Heiligendamm stattfindenden G-8-Treffen in Wismar einen sogenannten Jugendgipfel zu veranstalten. Jeweils acht Jugendliche aus den USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich,

Italien, Japan, Kanada und der BRD sollen daran teilnehmen. Das Spektakel nennt sich „Junior-8-Gipfel“. Die 16- bis 17-jährigen werden wie die Großen dringende Probleme „erörtern“ und „lösen“.

Unter dem Motto „Du bist der Gipfel“ läuft diese Show ab. Schirmherr ist Ministerpräsident Harald Ringstorff. Bekanntlich gab es zur Zeit des Faschismus in Deutschland ein Hitler zeigen-des Plakat mit der Aufschrift „Du bist Deutschland“. Eine BRD-Fernsehsendung lief ebenfalls unter diesem Motto. Angela Merkel bediente sich ähnlicher Worte. „Ich diene Deutschland“, formulierte sie treffend.

Dieter Kramp, Grevesmühlen

Zum Exklusiv-Interview des RF mit Genossen Egon Krenz über seinen Kuba-Besuch im Dezember kann ich nur sagen, daß mir warm ums Herz wurde, als ich diese Zeilen las. Besonders war es gut, davon zu erfahren, daß es in Kuba eine bemerkenswerte Einheit der Generationen gibt und daß die Führungsgremien seit langem verjüngt wurden.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Täglich hören wir, daß die Wirtschaft fit gemacht werden muß, um im globalen Wettbewerb Schritt halten zu können. Die Banken brauchen höchste Gewinne, um wettbewerbsfähig zu sein. Dazu müssen sie zahlreiche Leute entlassen. Die Krankenkassen stehen im Wettbewerb und müssen die Beiträge erhöhen. Die Kranken bleiben dabei auf der Strecke. Die Betriebe brauchen Wettbewerb, um die Produktion zu steigern. Dazu benötigen sie Billiglöhne und Aufhebung des Kündigungsschutzes. Ich war auch einmal Wettbewerbssieger. Im Ergebnis konnte ich meine Erfahrungen den anderen Brigaden übermitteln. Sie vermochten ihre Leistungen zu steigern, die Qualität zu verbessern und die Arbeit zu erleichtern. Es wurde niemand entlassen, der Gewinn des Betriebes und damit der Kultur- und Sozialfonds erhöhten sich und somit auch die Qualität unserer Betriebsferienheime.

Echter Wettbewerb ging von solchen Initiatoren wie Adolf Hennecke, Frieda Hockauf, Nikolai Mamai und anderen aus. Er wurde öffentlich geführt, und der Stärkere half den Schwächeren. Gewinner im Wettbewerb waren wir alle. Nennen wir doch das Kind beim Namen: Was uns da als Wettbewerb schmackhaft gemacht werden soll, ist nichts anderes als gnadenloser Konkurrenzkampf, und das global. Hier gibt es keine Hilfe durch den Stärkeren. Hier gilt allein das Wolfsgesetz: Der Stärkere frißt den Schwächeren. Die Gewinner sind bekannt.

Was mich am meisten stört, ist das Verschweigen oder gar Akzeptieren dieser Verschleierung durch angeblich linke Politiker.

Günter Vehoff, Hagenow

Wenn deutsche Sportler Welt- oder Europameisterschaften gewinnen, überschlagen sich unsere Medien und verfallen in einen nationalen Taumel. Als aber die von Ingo Steuer trainierten Eiskunstläufer Aljona Sawtschenko und Robin Szolkowy Ende Januar endlich wieder einmal einen WM-Titel in die BRD holten, herrschte im bürgerlichen Medienwald beinahe Schweigen. Der übersteigerte Jubel samt Deutschtümelei entfiel.

Wie viele andere habe auch ich mich über den unerwarteten Erfolg sehr gefreut. Vor allem deshalb, weil es sich beim Chemnitzer Sportlerpaar um charakterfeste Menschen handelt, die es ablehnten, auf ihren Meistertrainer zu verzichten, nur weil dieser als junger Mann angeblich eine Verpflichtung zur MfS-Mitarbeit unterschrieben hatte. Bis heute verzeihen das die „Stasi“-Jäger Ingo Steuer nicht. Er sollte arbeitslos werden und das Paar nicht mehr betreuen dürfen. Sogar die Teilnahme an Meisterschaften wollte man ihm verweigern. Das scheiterte an Gerichtsurteilen und an der Haltung seiner Sportfreunde. Robin Szolkowy wurde sogar aus der Bundeswehr entlassen, weil er die Zusammenarbeit mit seinem Trainer nicht aufkündigte.

Angesichts der Rufmordkampagne ist der Sieg erstklassiger Sportler, die Ingo Steuer geformt hat, besonders bemerkenswert.

Peter Schubert, Weimar

Der Berliner Freundeskreis der Sport-Senioren finanzierte das Flugticket für den Chemnitzer Trainer Ingo Steuer zu den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften, die vom 19. bis 25. März in Tokio stattfanden.

Wegen seiner 18 Jahre zurückliegenden inoffiziellen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR erhält Steuer ebenso wie seine Schützlinge Aljona Sawtschenko und Robin Szolkowy, die im Januar in Warschau Paarlauf-Europameister wurden, keinerlei finanzielle Förderung durch die Deutsche Eisläufer-Union (DEU). Seitens des Bundesministeriums des Innern wurde zudem gedroht, der DEU sämtliche Zahlungen zu verweigern, falls diese weiter an einer Zusammenarbeit mit Steuer festhält.

Der Freundeskreis, der rund 150 Angehörige zählt, entschloß sich spontan zu dieser solidarischen Geste, um Ingo Steuer die Möglichkeit zu geben, sein Paar auch bei den Weltmeisterschaften zu betreuen. **Erhard Richter, Berlin**

Über die Veröffentlichung des Artikels zum 100. Geburtstag von Magnus Poser habe ich mich besonders gefreut. Seit 1946 kenne ich seine Witwe, die als stellvertretende Bürgermeisterin Jena und später dann als Vorsitzende des Rates des Bezirks Gera für uns als Vorbild galt. Sie hat uns damals in der FDJ und in der Partei den richtigen Weg gewiesen und vorgelebt. Ein Detail: Lydia Poser ist nie mit dem Dienstfahrzeug des RdB nach Hause gefahren, sondern wie viele, die in Gera arbeiteten und in Jena wohnten, mit dem Bus.

Die Gedenkstätte für Magnus Poser auf dem Jenaer Nordfriedhof besteht noch und wird ständig mit Blumen geschmückt.

Winfried Freundt, Jena

Was ich in Gesprächen zu hören bekomme, ist immer das gleiche: „Ich bin ja überhaupt nicht ausländerfeindlich. Keineswegs. Nur: Was haben die Ausländer eigentlich bei uns zu suchen? Die wollen sich doch allein in unser soziales Netz legen.“

Ausländer, die eine gute Ausbildung haben, werden sogar angelockt. Da hat man bei ihnen nämlich die Ausbildungskosten gespart und kann sie gleich gewinnbringend einsetzen. In diesem Zusammenhang fiel im Fernsehen das Wort „einkaufen“. Das scheint wohl aus den Zeiten des Sklavenhandels übernommen worden zu sein. Würden die Menschen nicht weltweit ausgebeutet (wovon wir in der BRD profitieren), blieben sie sicherlich lieber bei ihren Familien und in ihren Heimatländern. So müssen sie sich Gefahren und Demütigungen aussetzen, die ihnen bei der Jagd nach einem bescheidenen Lebensunterhalt drohen.

Statt auf die gleichgeschalteten Medien zu hören, sollte man lieber den Verstand betätigen.

Elisabeth Monsig, Friedrichsthal

Es stimmt mich sehr nachdenklich, wie die Debatte um den unsäglichen Stein in Berlin-Friedrichsfelde geführt wird. Bekannt ist, daß zahlreiche ehrliche Kommunisten unter Stalin leiden und sogar ihr Leben lassen mußten. Weniger diskutiert wird darüber, daß der Begriff „Stalinismus“ eine Erfindung aus der Zeit des kalten Krieges ist, der kreiert wurde, um in den Köpfen von „unpolitischen“ Menschen die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus zu verankern. In geschickter Art und Weise sollten die negativen Merkmale des Personenkults um Stalin den positiven Entwicklungen in der Sowjetunion gegenübergestellt werden.

Diese Propaganda trägt durchaus Früchte. Auf der Rückfahrt von der LLL-Demo nach Hannover hat ein junger, ehrlicher und aktiver Genosse mit Vehemenz die These vertreten, der Stein habe seine Berechtigung. Das machte mir deutlich, wie tief die Propaganda der Antikommunisten selbst in die Köpfe gutwilliger,

fortschrittlicher Menschen, besonders junger, eingedrungen ist. Für mich ist das ein Lehrstück, welche Gedanken wir uns machen müssen, den nachwachsenden Generationen jenes Wissen an die Hand zu geben, das sie befähigt, diese Welt zu erkennen und zu verändern.

Mein Resümee: Der Stein muß weg!

Rolf-Eberhard Blumenstein, Hannover

Bei der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung in Friedrichsfelde hat die „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ am Stein des Anstoßes einen Kranz niedergelegt. Da mußten dessen Initiatoren doch hellwach geworden sein, sind sie mit diesem Kranz von unseren schärfsten Gegnern gelobt worden. War es nicht August Bebel, von dem der Satz stammt: „Wenn mich meine Feinde loben, dann habe ich einen Fehler gemacht.“

Klaus-Dieter Betzien, Lubmin

Der Stein wird Folgen haben. Er ist der Anfang vom Ende der Gedenkstätte in der heutigen Gestalt. Karl und Rosa und alte Sozialdemokraten werden dort „Bestandsschutz“ haben. Aber alles, was nach DDR riecht, also jene DDR-Repräsentanten, die an der Ringmauer beigelegt wurden, dürften dort nicht über kurz, aber über lang verschwinden. Denn Stalinisten – und das waren sie ja in den Augen der heutigen „DDR-Bewältiger“ – haben nach der Logik des Schandsteins dort nichts mehr zu suchen. Das wäre dann ein weiterer Beitrag zur „Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes“. Der Grundstein dazu ist gelegt.

Joachim Ortmann, Berlin

Zum Leserbrief von Henrik Fuchs aus Wurzen (RF 109) möchte ich ergänzend bemerken: In absehbarer Zeit wird es einen neuen Anlauf zum Sozialismus geben. Davon war Prof. Jürgen Kuczynski überzeugt, der die Frage mit Hilfe wissenschaftlicher Wahrscheinlichkeitsrechnungen untersuchte. In einer Rezension zu dessen Schrift „Was wird aus unserer Welt?“ hieß es u. a.: „Und dann zaubert J. K. ein letztes Mal eine Prognose aus dem Hut: Im Deutschland des Jahres 2046 werden „sich die ersten Anfänge einer sozialistischen Gesellschaft andeuten“. Wie es dazu innerhalb des nächsten halben Jahrhunderts kommen wird, verschweigt er. Dennoch sei ihm für diese Weissagung gedankt, die uns Zubodengeworfenen und Niedergedrückten ein Fünkchen Hoffnung gibt. Vielleicht ist es 2046 wirklich wieder soweit für einen neuen Anlauf zum Sozialismus.

Ich wäre in diesem Falle für vorfristige Planerfüllung – aber nicht infolge eines Weltkrieges!

Manfred Merlack, Mylau/Vogtland

Man wünscht sich ja nachgerade eine Erlösung von den Gedankenketten, als deren Sklave man sich mitunter empfindet. Und warum ist in der christlichen Religion so wenig von Erlösung die Rede? Wenn man einmal von Eugen Drewermann absieht, der sich durch die Psychoanalyse dem „subjektiven Faktor“ nähert, hört man von den Philosophen wenig darüber. Dabei gibt es für jeden Menschen bestimmt irgendeinen Zugang zur Befreiung!

Aber halten wir fest: Ohne Verknüpfung mit dem Marxismus und der Gesellschaftskritik (entsprechend individueller Aufhellung des Horizonts) wird es keine soziale Revolution mit einem guten Ende geben, glaube ich. Die Praxis verlangt danach. Und so habe ich auch „Die Unbesiegbaren“ und „Maske in Rot“ von Dr. Steiniger im RF verstanden. Theorie und Praxis sind notwendigerweise aufeinander bezogen. In manchen Zeiten mag die eine oder andere Seite überwiegen.

Andreas Rösler, Hamburg

Mit großem Interesse habe ich den Artikel Erhard Lonschers (RF 110) über den legendären Professor Nikolai Janzen in der Antifaschule 2040 (Ogre bei Riga) gelesen. Mir wurde nach rund fünfjähriger Gefangenschaft im ersten Halbjahr 1949 die Gelegenheit geboten, an

einem Lehrgang dort teilzunehmen. Ich kann bestätigen, daß alles genau so war, wie es Lonscher beschreibt, einschließlich der Betroffenheit, die wir nach den Lektionen solcher Lehrer spürten. Ja, wir waren objektiv mitschuldig am Krieg, aber in Ogre wurde uns das nicht mit Drohungen oder gar Anklagen klargemacht, sondern mit einfühlsamen Worten, auch für unsere Situation als Kriegsgefangene, denen sich wohl keiner von uns „Kursanten“ verschließen konnte. Eigentlich wurden wir dort durch die Vorträge von Nikolai Janzen, Robert Naumann und anderen so gründlich und überzeugend von der Nazi-Ideologie befreit, daß dies bis heute anhält. Die oft zu hörenden Phantasien bürgerlicher Historiker und Kommunistenfresser, wir seien dort einer „Gehirnwäsche“ unterzogen worden, sind absoluter Blödsinn. Wir haben verstanden, daß die Welt und das Leben auch anders aussehen können, als wir es bislang kannten und durchlitten. Sozialismus, Frieden, Völkerfreundschaft waren uns das erstrebenswerte Lebensziel. Die DDR wurde in diesem Sinne vielen von uns echtes Vaterland. Es ging uns verloren, u. a. auch deshalb, weil es der SED nicht gelungen ist, Lehren aus der in Ogre praktizierten Überzeugungsarbeit zu ziehen. Herumkommandieren statt Überzeugen, Formalismus und Schönfärberei, düsterer Personenkult. Natürlich war das nicht in jeder Ebene so, es gab auch Ausnahmen, aber die reicht nicht aus, um den größten Teil der DDR-Bevölkerung davon abzuhalten, sich so würde- und bedingungslos der westdeutschen Bourgeoisie zu unterwerfen. Es ist schmerzhaft für einen ehemaligen „Kursanten“ zu erkennen, sich nicht mit aller Kraft gegen solche Praktiken gewehrt, sondern aus Parteidisziplin daran mitgewirkt zu haben. **Hans Rehfeldt, Berlin**

Eine Bemerkung zum Leserbrief von Karl-Heinz Volck (RF 109): Die kleinbürgerlichen Ideologen des „bedingungslosen Grundeinkommens“ ebenso wie Vertreter und Angehörige der Bourgeoisie bemühen sich mit dieser Forderung nicht ohne Erfolg um die Einbindung der Arbeitslosen und der Sozialromantiker in die bestehende Gesellschaftsordnung. Doch die Mär vom „bedingungslosen Grundeinkommen“ dient nur der Ablenkung vom Kampf zur Überwindung der Ausbeutergesellschaft! Unter den gegenwärtigen Bedingungen wären folgende Forderungen richtig: drastische Verkürzung der Arbeitszeit (30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich), Einstellung aller Erwerbslosen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit (unabhängig vom Lebensalter), Bezahlung nach Tarif gemäß der beruflichen Qualifikation, Erhöhung der Tarife, gleicher Lohn für gleiche Arbeit (unabhängig von Lebensalter, Geschlecht und Herkunft)! Parallel mit dem Klassenkampf zur Durchsetzung dieser Forderungen wären die geistige Aufklärung und die politisch-ideologische Auseinandersetzung zu führen.

Reinhold Schramm, Berlin

Wolfgang Mäder sei Dank für seinen nachdenklichen Artikel zu Fragen der Übergangsperiode (RF 108). Tatsächlich ist der Begriff der Diktatur des Proletariats bei Marx zwar als Übergangsphase definiert, aber nicht exakt eingegrenzt. Selbstverständlich kann man auch in einer bestimmten Phase des Sozialismus oder einer vorsozialistischen Produktionsweise relativ lange verharren.

Michael Mansion, Wallerfangen

Wie jeden Monat vertiefte ich mich auch in die interessanten Beiträge der Februar-Ausgabe des RF. Meistens lese ich alles in einem Zuge oder an zwei aufeinanderfolgenden Tagen. Der Redaktion kann ich nur wünschen, daß der Leserkreis weiter wächst.

Dankbar bin ich Dr. Günter Wehner aus Berlin für seinen Leserbrief. Er ergänzte als Kenner der Greifswalder Ereignisse von 1945 meinen „RotFuchs“-Beitrag „Kein Gewissen in Aufruhr“ durch interessante und aufschlußreiche neuere Recherchen. Dadurch wurden die Absichten des „Dokumentaristen“ Dr. theol. Buske un-

strittig weiter entlarvt. Es ist nur schade, daß die Menschen in und um Greifswald solcherlei kaum erfahren dürften. Ein entsprechender Beitrag in einer dortigen Tageszeitung wäre da hilfreich. **Dr. Dieter Rostowski, Kamenz**

Nach über 10jähriger Leserschaft habe ich mein ND-Abo gekündigt. Unter anderem auch deshalb, weil es den „RotFuchs“ gibt, aber hauptsächlich, weil ich mich mit meinen Auffassungen in dieser Zeitung nicht mehr wiederfand.

Mir genügte es nicht, wie brav ND und PDS bei der Beschäftigung mit der Geschichte beider deutscher Staaten sind, angefangen von Adenauers Einbeziehung berüchtigter Kriegsverbrecher und Nazis in den Staatsaufbau der BRD über die Aktivitäten der Westparteien gegen die DDR bis zur Tätigkeit der Westgeheimdienste. Abwerbungen und Menschenschmuggel hat es offenbar nie gegeben. Wir sind der Hetze und den Lügen unserer Klassenfeinde so widerstandslos ausgeliefert.

Als ich vor einiger Zeit im ND eine Karikatur sah, die Fidel Castro als Skelett zeigte, war ich froh, diese Zeitung, die mich so lange begleitete, abbestellt zu haben. **Werner Sandig, Greiz**

Die PDS liebäugelt schon seit geraumer Zeit mit der Theorie des Revisionisten Eduard Bernstein (1850 bis 1932). Ich bin Karl Marx treu geblieben und will weiter dazu beitragen, die Gedanken des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbreiten. Für mich und viele von uns war und ist der Marxismus kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. Um ihn unter die Menschen zu bringen und für die aktive politische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus ist eine starke und kämpferische sozialistische Organisation erforderlich. Das ist die PDS in meinen Augen nicht mehr. Deshalb habe ich sie verlassen.

Karl-Heinz Ebeling, Fürstenwalde

Die große Mehrheit in Deutschland ist Umfragen zufolge gegen den Einsatz von Tornados in Afghanistan. Das nimmt die Bundesregierung nicht einmal zur Kenntnis. Es gebe ja, so die Aussage von Minister Jung, keinen Kampfauftrag. Wo liegen die Grenzen? Wer bestimmt, wann und wo welcher Auftrag erteilt wird? Wie schnell kann ein Aufklärungsauftrag in einen Kampfauftrag umgewandelt werden! Außerdem: Aufklärung hat stets zur Folge, daß Angriffe auf ausgespähete Ziele stattfinden. Die Kameras unterscheiden nicht, ob sich Zivilisten oder Terroristen da unten befinden. Aber im engeren Sinne geht es darum, daß sich die BRD auf NATO-Verlangen beteiligen muß und auch will, um am Ende ein Stück vom erbeuteten Kuchen abzubekommen.

Und wer sagt uns denn, ob jene, die sich gegen Eindringlinge zur Wehr setzen, Terroristen sind? Das ist die Wortwahl der Bush-Regierung. Sie hat den Terrorismus mit ihrer Weltgendarmenrolle in den letzten Jahren mächtig angeheizt. In diesem Falle werden Ursache und Wirkung verwechselt. **Georg Ehmke, Werder**

Die Entscheidung der USA- und NATO-Führung über Truppenverstärkungen in Afghanistan deuten auf ein Scheitern der Aggressoren hin. Washington legitimierte bekanntlich seine Intervention in Afghanistan am 7. 10. 2001 damit, den internationalen Terrorismus an den Wurzeln zu zerschlagen. In wenigen Wochen gelang es den Truppen der USA und der NATO sowie den Warlords der Nordallianz, die Taliban zu vertreiben und Ausbildungslager von Al Kaida zu zerstören. Der internationale Terrorismus wurde dadurch fast nicht geschwächt. Eine asymmetrische Kriegsführung starker Truppenverbände gegen die „Aufständischen“ mit Tausenden Selbstmordattentätern ist nach Expertenmeinungen militärisch kaum zu gewinnen. Die Lage gleicht zunehmend den Bedingungen in Vietnam.

Joachim Wolf, Strausberg

Am 17./18. 2. dokumentierte das ND unter dem Titel „Keine neue Linke ohne unser Erbe“ eine Position des stellvertretenden Berliner PDS-

Fraktionsvorsitzenden Stefan Liebich. Neben den üblichen Sprechblasen vom „Sozialismus als Bewegung, Ziel und Wertesystem“, der unvermeidlichen „Stalinismus“-Keule und dem Anspruch, das Erbe der deutschen Sozialdemokratie antreten zu wollen, gibt es hier in einem Punkt allerdings eine neue Qualität. Denn es wird nicht nur zum x-ten Male der Bruch mit dem „demokratischen Zentralismus“ unserer Vorgängerpartei und der dieser unterstellten „Trennung von sozialen Menschenrechten einerseits und individuellen Bürgerrechten andererseits“ postuliert. Neu ist, daß nicht nur wieder einmal das „Stalinismus“-Verdikt gegen Andersdenkende geschleudert wird, sondern daß nun auch „mit all seinen Spielarten“ (!) gebrochen werden müsse. Dieser Bannstrahl richtet sich gegen Kommunisten inner- wie außerhalb der Linkspartei.PDS. Hierzu paßt das Selbstverständnis, daß es keinen „abstrakten Geschichtsplan“ gebe, wie er den Marxisten immer wieder, unzulässig verkürzt, unterstellt wird, sondern daß sich die Gesellschaft „in einem offenen Geschichtsprozeß“ entwickle. Mit dem hier praktizierten Antikommunismus treten Herr Liebich und die seinen in der Tat eines der übelsten Erbtelle der deutschen Sozialdemokratie späterer Jahre an.

Heinz-W. Hammer, Essen

In der hochgelobten „Demokratie“ der USA können sich Mordbanditen im Priestergewand in den Medien tummeln. Da gibt es z. B. den Fernsehprediger Pat Robertson, der offen Mordhetze gegen den venezolanischen Präsidenten Chávez betreiben darf. Der sei „ein Werkzeug des Teufels“, bedeute „Lebensgefahr für den Weltfrieden“ und betätige sich als „Handlanger der Kommunisten“. Robertson forderte: „Es soll doch schnellstens jemand losziehen und den Christenfeind umlegen. Der Dank des amerikanischen Vaterlandes ist dem Chávez-Killer gewiß.“ Kein amtlicher Sprecher verurteilte diesen Aufruf zum Töten und riet den Bürgern von solchen Handlungen ab. Das USA-Außenministerium nannte Robertsons Mordhetze lediglich „unangemessen“. Man habe ihn mißverstanden, sagte der Prediger. In der „Demokratie“-Auffassung Washingtons ist Mordhetze gegen Linke also kein Strafdelikt.

Gert Thiede, Suhl

Da äußert sich Herr Böhmer, CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, in einer für seine Partei bemerkenswerten Offenheit besorgt zu den Ursachen der Politik- und Demokratieverdrossenheit eines nicht geringen Teils seiner Landsleute. Er meint: „Alles das, was wir als Diktatur beklagen, ist Folge einer ursprünglich einmal gut gemeinten sozialen Absicht gewesen.“

Die Ansicht von Herrn Böhmer war kaum veröffentlicht, schon stürzten sich einstige „Bürgerrechtler“, namentlich der Region Leipzig, auf ihn und warfen ihm „Verharmlosung der DDR“ vor. In ihrer bornierten Denkweise und ihrem abgrundtiefen Haß gegen alles, was nur den Anschein erweckt, die DDR halbwegs positiv darzustellen, tun sie gerade so, als habe Böhmer Landesverrat begangen.

Daß die Bürgerbewegten derart aufgeregt reagieren, ist nicht verwunderlich, empfinden doch inzwischen in diesem System Angekommene die BRD als das ideale Staatswesen.

Die ehemaligen DDR-Bürger haben ihren Staat nicht als „zweite deutsche Diktatur“ (welch infame Gleichsetzung mit dem Hitlerfaschismus!) wahrgenommen.

Ganze Generationen, die hier aufgewachsen sind, gearbeitet und gelebt haben, wollen nicht, daß ihre Biographien ständig schlechtere oder die positiven Erinnerungen an die DDR aus ihrem Gedächtnis gelöscht werden. Sie möchten als frühere Bürger des anderen deutschen Staates in Würde behandelt werden.

Gottfried Fleischhammer, Leipzig



Hurra, der Aufschwung ist da!

Grafik: Klaus Parche

Am **14. April** um **10 Uhr** spricht
Dr. Gabriele Gast,
Kundschafterin der HVA,
ehemalige Regierungsdirektorin im
Sowjetunion-Referat des BND,
auf einer Veranstaltung der
Regionalgruppe in Chemnitz
Rothaus, Lohstraße 2 (Getreidemarkt),
über das Thema

Rolle und Wirksamkeit von Geheimdiensten im Kalten Krieg und heute

Am **20. April, 16.30 Uhr**, liest die
Nestorin der Schriftsteller aus der
DDR **Elfriede Brüning** in der
Begegnungsstätte der Volkssolidarität,
Torstraße 203–205, aus ihrem neuen
Buch

Gedankensplitter

Veranstalter ist die
Regionalgruppe Berlin des RF.

Die 97jährige Autorin
lädt zum Gespräch ein.

Am **22. April** um **14 Uhr** spricht
Prof. Dr. Götz Dieckmann,
stellv. Vorsitzender des
RF-Fördervereins,
im Stadtteilzentrum Lisa, Jena,
Werner-Seelenbinder-Straße 28 a,
über das Thema

Ursachen und Hinter- gründe des Sieges der Konterrevolution

Veranstalter ist die **RF-Regional-
gruppe Jena-Weimar-Rudolstadt**.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“
ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik
und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnick
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Werner Roß
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche, SHAHAR

**Internet-Präsentation
des „RotFuchs“ und
akustische Ausgabe**
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.